Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 145 September/Oktober 2009 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 145 September/Oktober 2009 berichten wir über:



Allein nach Eruh kamen 25 000 Menschen zum 25. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Aufstands am 15. August 1984 in Kurdistan Foto: DIHA



Die gesamte kurdische Bevölkerung, ob jung oder alt, ist permanent in Bewegung für einen gerechten Frieden und die Beendigung des Krieges Foto: DIHA



Eine Geste der Hoffnung – zwei Frauen in Trauer um ihre getöteten Kinder: die Mutter eines getöteten Soldaten, die Mutter eines getöteten Guerillas Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

selten zuvor war die Frage nach der Lösung des Konflikts in Kurdistan und der Türkei so präsent wie zurzeit. Alle warteten auf den 15. August, sollte da doch die Road Map von Abdullah Öcalan für die Beendigung des Krieges in der Türkei an die Öffentlichkeit gelangen. Zuerst waren es wieder einmal „widrige Wetterbedingungen", so dass die AnwältInnen von Abdullah Öcalan ihren Mandanten nicht auf der Gefängnisinsel Imralı sprechen konnten, dann brauchte er noch etwas Zeit für die Ausarbeitung bzw. Auswertung für den Friedensplan, dann ein „Bootsschaden" – wieder kein Zusammentreffen. Eigentlich Alltag in der Lebenssituation des strengst isolierten Gefangenen auf der Marmara-Insel. Doch momentan richtet die (Welt)-Öffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit auf diese kleine Insel, auf der der einzige Gefangene seit zehn Jahren Vorschläge für eine Beendigung des Konflikts und einen gerechten Frieden macht.

Die Bevölkerung selbst feierte den 15. August mit Kundgebungen und Demonstrationen. Allein in Eruh, dem Ort, an dem der bewaffnete Aufstand vor 25 Jahren begann, kamen 25 000 Menschen zu einem Kulturfest zusammen.

Die kurdische Bevölkerung ist voller Hoffnung und Zuversicht, dass ihre Stimme endlich gehört und ihr Aufstand über die Grenzen Kurdistans und der Türkei hinweg an Bedeutung gewinnen wird. Kann diese über Jahrzehnte schwellende Auseinandersetzung mit einer positiven Entwicklung für die Menschen in der Region beendet werden?

Die Bevölkerung und ihre Freiheitsbewegung sagt ja – endlich Frieden, endlich die Waffen zum Schweigen bringen und nicht die Menschen. Nicht müde werdend gehen sie mit unterschiedlichsten Friedenskampagnen auf die Straße, alle, jung oder alt, Frau oder Mann.

Das neue Selbstbewusstsein ist einer umfassenden Reform der Freiheitsbewegung zu verdanken, die gelernt hat, sich gemäß den Fragen der Zeit zu entwickeln. Von einer kleinen Guerillagruppe, die am 15. August 1984 den bewaffneten Widerstand begann, hin zu einer Bewegung, die einen politischen Rahmen für die gesamte Bevölkerung bietet.

Im Gespräch mit seinen AnwältInnen am 17. August sagte Herr Öcalan dazu : „... den Kurden wird der Weg freigemacht, so dass sie sich auf jedem Gebiet organisieren können. Wenn sie ihren eigenen Sport, ihre Bildung, ihre religiösen Organisierungsformen, ihre Räte, ihre Verwaltungen organisieren können, werden sie es selbst tun."

Wichtig für die nächste Zeit wird sein, welche Taten folgen werden. Die von der *Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan* KCK am 13. April erklärte „Phase der Aktionslosigkeit", ein einseitiger Waffenstillstand mit dem Prinzip der „aktiven Selbstverteidigung", wurde erst einmal bis zum 1. September ausgedehnt. Ginge es nach der KCK, stände einer Waffenruhe nichts im Weg, wenn auch die türkische Seite ihre militärischen Operationen beenden würde. Dem ist aber zurzeit leider noch nicht so.

Einen wichtigen Schritt in Richtung Frieden haben zwei Frauen getan. Im Grunde eine einfache Handlung, sie gaben sich die Hand, nahmen sich in den Arm – und weinten gemeinsam um ihre getöteten Kinder – die Mutter eines getöteten türkischen Soldaten und die Mutter eines getöteten Guerillas. Dies war eine besondere Handlung zweier Menschen, über die die gesamter türkische und kurdische Gesellschaft redete. Ein Schritt aufeinander zu, eine Geste der Versöhnung, der Beginn eines Dialogs.

Die zum Frieden ausgestreckten Hände müssen von den Verantwortlichen ergriffen werden.

Der aktuelle Kurdistan Report mit seinen Analysen und Reportagen gibt einen Einblick in diese spannende Situation.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Während die Klischees zerfallen ...

Tuncay Doğan

Während des Kalten Krieges wurde der internationale Radiosender „Radio Free Europe“ gegründet, um im Ostblock zu senden. Dieser Sender machte in den vergangenen Tagen ein Interview mit Henri J. Barkey, Professor an der *Carnegie Endowment for International Peace* und der *Lehigh University Pennsylvania*, über das „Projekt zur Lösung der kurdischen Frage“. Darin traf Barkey interessante Aussagen: „Allen voran müssen in der Verfassung einige Revisionen bezüglich der ´StaatsbürgerInnen` gemacht werden. Diese bedürfen einer umfassenderen Definition. Als zweites braucht es kulturelle Reformen. Als drittes muss ein Teil der Autorität an die Kommunalverwaltung abgegeben werden. Und selbstverständlich muss auch eine Generalamnestie erteilt werden. Das Militär ist nun endlich in der Position angelangt zu verstehen, dass es den seit fünfundzwanzig Jahren mit der PKK oder den KurdInnen geführten Kampf nicht gewinnen kann.“

Barkey ist einer der erfahrensten auswärtigen ExpertInnen in Sachen Türkei und kurdische Frage. Vor allem verfolgt er die damit zusammenhängenden Geschehnisse in der Türkei genau. Auch unausgesprochen scheint er wegen der entsprechenden Entwicklungen, ob von Regierungs- oder von PKK-Seite, sehr zuversichtlich. Wieso soll er auch nicht? Sowohl die Regierung als auch die PKK, also beide Seiten dieses seit dreißig Jahren andauernden Konflikts, haben sich in Bezug auf die Lösungsmethode auf einem Nenner getroffen. Und das in einer seit Jahrhunderten umstrittenen Frage.

Wir erinnern uns: Abdullah Öcalan kündigte die Veröffentlichung einer Roadmap für die Lösung der kurdischen Frage an. Hierfür hat er die Meinungen verschiedenster Kreise einbezogen: „Ich kann diese Roadmap auch allein erstellen. Aber dies sollte nicht nur mein Projekt sein. JedeR sollte einen Beitrag dazu leisten.“ Das ist auch richtig. Gleich nachdem Öcalan dies erklärt hatte, zog auch die Regierung dieselbe Methode in Betracht. Können Sie sich vorstellen, was dies für ein Fortschritt ist? Ein Staat mit einer Mentalität, die einst behauptete: „Und wenn der Kommunismus in dieses Land kommen sollte, dann wird der Staat es sein, der ihn bringt“, weicht nun ab; er versucht nun eine Herangehensweise, die vorsieht, die Meinung aller einzubeziehen; er öffnet die Türen und bietet allen die Grundlage dafür, mitzuwirken und mitzugestalten. Dies offenbart noch einmal, von welchem Ausgangspunkt die Türkei bis zu welchem Punkt gelangt ist.

Nun kommen wir zurück zu Barkey … Ich denke, über die Entwicklungen in der Türkei freuen sich am meisten die USA, denn sie arbeiten seit Längerem daran. Nun endlich sind einige konkrete Schritte zu sehen. Das eigentliche Ziel der USA hier ist es, den türkisch-kurdischen Konflikt von der militärischen auf die politische Ebene zu lenken. Denn dies ist für ihre Pläne in der Region vonnöten. Und wie es aussieht, herrscht gerade zwischen den USA und der Regierung und dem Militär der Türkei ein vorläufiger Kompromiss. Daher zieht es das Militär vorerst vor zu schweigen. Aber wie lange?

Was passiert denn eigentlich wirklich? Wie wird sich die Phase weiterhin entwickeln? Ist die Haltung der Regierung glaubwürdig? Ist darauf zu vertrauen? Was sollten die KurdInnen machen? In den jüngsten Erklärungen Abdullah Öcalans [*vgl. folgenden Artikel*] finden wir die Antworten auf all diese Fragen:

„[…] Es wird gesagt, es liege [*auf Regierungsseite*] nichts Konkretes an, es handele sich lediglich um eine Absichtserklärung. Natürlich ist das so. Schließlich ist es nicht so einfach, die Dinge zu konkretisieren. Es ist kein Kinderspiel; es handelt sich um sehr sensible Themen, um ernsthafte Themen, die sie nicht so einfach konkretisieren können. Sie denken in Klischees. Auch ich hatte früher Klischees, diese habe ich überwunden. […]

Es wird zu Veränderungen auf der Ebene des Verständnisses kommen. Früher dachte ich, wenn wir einen Staat gründen, wird alles klappen. Später bin ich zu dem Gedanken gekommen, dass der Staat nicht die Lösung, sondern die Quelle des Problems ist. […]

Mein Lösungsmodell ist folgendes: Es gibt den Staat, und auf der anderen Seite gibt es auch eine demokratische kurdische Nation. Die KurdInnen erkennen die Existenz des Staates an, und der Staat erkennt das Recht der KurdInnen, eine demokratische Nation darzustellen, an. Auf diese Weise treffen und einigen sie sich. Das ist kurz gesagt meine Auffassung von Lösung. Alles Weitere kommt danach. […]“

Klischees … Die Klischees, die im letzten Jahrhundert das System der Türkei prägten und von denen wir immer noch loszukommen versuchen. Alle die-

jenigen, die schon einmal in Kurdistan waren, haben sicherlich den Satz „Wie glücklich ist, wer sagen kann, ich bin ein Türke!" gelesen. Denn der steht ausgiebig auf Feldern, Felsen und Berghängen geschrieben. Dies ist nicht nur eine Parole, die einfach mal so, aus Langeweile geschrieben wurde, es ist eine Reflektion der hundertjährigen Tabus der Türkei. Eine Mentalität, aufgebaut auf Leugnung und Vernichtung, eine Mentalität, die niemand als ihnen selbst ein Existenz- und Lebensrecht zugesteht. Eine Mentalität, die sich auf den Beinen hält, indem immer wieder Feinde in In- und Ausland geschaffen werden. Eine solche Mentalität und entsprechende Klischees …

Hoffnung auf Freiheit

Auch die KurdInnen hatten vor dreißig Jahren Klischees und Tabus. Zum Beispiel: „Der Staat ist riesig und mächtig, gegen den darf der Kopf nicht erhoben werden. Er ist unantastbar. Daher richten wir uns nach dem Staat. Wir werden das tun, was der Staat anordnet und für richtig hält." Das Verlangen nach Demokratie, Freiheit und Gleichheit wurde noch nicht einmal untereinander laut ausgesprochen. Die dreißigjährige Freiheitsbewegung hat bei den KurdInnen diese Tabus zerstört. Stattdessen hat sich bei ihnen die Hoffnung auf Freiheit gebildet.

Wir begehen zurzeit den fünfundzwanzigsten Jahrestag des Datums, an dem die KurdInnen den bewaffneten Kampf begannen. In diesen fünfundzwanzig Jahren haben sie zuerst die eigenen Ängste und Tabus abgelegt. Jetzt sind sie dabei, eine Grundlage zu schaffen, damit nun die Türkei ihre Tabus ablegen kann. Nun fordern sie die Veränderung und den Wandel des Staates ein. Obwohl sie wissen, dass es sehr schwer ist und vielleicht sogar Jahre dauern wird. Also ist es realistischer, das „Projekt zur Lösung der kurdischen Frage" nicht als etwas zu betrachten, das von heute auf morgen geschehen wird, sondern als eine Frage der Zeit. Richtig ist, diesen Prozess als einen schwierigen politischen Kampf zu sehen.



Frauenkundgebung in Ankara — Foto: DIHA

Während in der Türkei Diskussionen um eine Lösung der kurdischen Frage geführt werden, ist es die kurdische Seite, die ihre Forderungen und auch entsprechende Projekte für die Zukunft am „ruhigsten" und am übersichtlichsten vorbringt. Sie fordert die Anerkennung ihrer demokratischen Rechte innerhalb der bestehenden Grenzen. Dasselbe lässt sich jedoch vom türkischen Staat oder von den politischen Parteien innerhalb dieses Systems nicht sagen. Obwohl die Mehrheit der Gesellschaft, die demokratischen Massenorganisationen und auch die Intellektuellen die gegenwärtige Phase unterstützen.

Opposition unter Druck

Die Oppositionsparteien *Republikanische Volkspartei* CHP und *Partei der Nationalistischen Bewegung* MHP bewerten das „Projekt zur Lösung der kurdischen Frage" als Verrat und lehnen es strikt ab. Auch wenn MHP-Führer Devlet Bahçeli davon spricht, „selbst auf die Berge" zu gehen, ist ihm eigentlich klar, dass er niemanden mitnehmen könnte. Sein Problem liegt ganz woanders: Ihm geht es darum, auf dem bald stattfindenden Parteikongress erneut Vorsitzender zu werden.

Für die Sozialdemokraten (CHP) sieht die Situation noch verhängnisvoller aus. Die Partei unter der Führung von Deniz Baykal ist in den letzten fünfzehn Jahren von 30 % bei den Wahlen nun fast unter die 10%-Hürde gerutscht. Daher ist er momentan der am stärksten unter Druck stehende „Parteivorsitzende". Er bemüht sich regelrecht um kritische Unterstützung, von der *Sozialistischen Internationale* bis hin zu demokratischen Kreisen innerhalb der Türkei, gegen das Projekt. Na ja, also er versucht zumindest, hiergegen Widerstand zu leisten. Es ist ihm bewusst, dass seine Zeit vorbeigehen wird, sollte er einer Lösung im Wege stehen. Seine Hilferufe an das Militär stoßen momentan auf taube Ohren und schallen wieder zu ihm zurück.

Ich schließe meine Bewertung mit Zitaten von Abdullah Öcalan, der gerade an der Schwelle steht, die Roadmap zu veröffentlichen:

„Es funktioniert nun einmal nicht mehr mit diesem Verständnis von Bestellung. Alle müssen selbst Entscheidungen treffen. Es geht nicht, dass die Verantwortung immer mir zugeschoben wird. Wenn sich etwas entwickeln soll, dann sind auch sie Teil des Prozesses. Es geht nicht zu sagen: Soll irgendwo etwas vorbereitet werden und ich handele dann nach Befehl. Alle, die Jugendlichen, die Frauen, jedeR muss ihre/seine eigenen Entscheidungen treffen. Wer auf bestellte Lösungen wartet, kommt nicht zum Erfolg oder zu einer Lösung. Diese Art von Lösungslogik war früher in theokratischen Strukturen vorherrschend und später im Positivismus, im Nationalstaat ist sie immer noch herrschend. [...]

Ihr müsst alles, was der alten Zeit, dem alten Leben angehört, verlassen. Wenn Ihr Mut, Kraft und Wissen habt, gründet Ihr neue Freiheitsutopien, neue Lebensformen. [...]" ♦

Auf dem Weg zur Roadmap

Abdullah Öcalan: „Alles muss sich ändern“

Yeni Özgür Politika, 17.08.2009

Im Gespräch mit seinem Verteidigerteam auf der Gefängnisinsel Imralı hat sich Abdullah Öcalan am Freitag, dem 14. August, zu den jüngsten Entwicklungen geäußert:

Der Lösungsplan wird in den Medien thematisiert, alle warten darauf, oder? Das bedeutet, dass sich eine große Sache entwickelt hat. Ich habe mich sehr auf diesen Lösungsplan konzentriert. Solch ein Heft habe ich voll, an dem zweiten schreibe ich noch. Ich denke, dass ich in zwei bis drei Tagen fertig bin. Ich wusste, dass die Angelegenheit sich so entwickeln würde, dass es an diesen Punkt kommen würde.

Henri Barkey sagt, Öcalan ist der stille und konstruktive Akteur dieses Prozesses. Er schreibt weiter, dass wenn die Regierung keine tief greifenden und wichtigen Schritte zu einer Öffnung macht, die Entwicklungen statt zum Erfolg zu einer Enttäuschung führen werden, und dass die Kurden als ein Volk mit großen Errungenschaften in der Region sich selbst regieren können und an einem Punkt angelangt sind, an dem es keine Rückkehr gibt. Das stimmt natürlich.

Ich weiß nicht, können Sie es nicht erklären oder begreifen sie [*DTP etc.*] es einfach nicht? Es funktioniert nun einmal nicht mehr mit diesem Verständnis von Bestellung. Alle müssen selbst Entscheidungen treffen. Es geht nicht, dass die Verantwortung immer mir zugeschoben wird. Wenn sich etwas entwickeln soll, dann sind auch sie Teil des Prozesses. Es geht nicht zu sagen: Soll irgendwo etwas vorbereitet werden und ich handele dann nach Befehl. Alle, die Jugendlichen, die Frauen, jeder muss seine eigenen Entscheidungen treffen. Wer auf bestellte Lösungen wartet, kommt nicht zum Erfolg oder zu einer Lösung. Diese Art von Lösungslogik war früher in theokratischen Strukturen vorherrschend und später im Positivismus, im Nationalstaat ist sie immer noch herrschend. Sie sollen sich dort entscheiden, ich entscheide mich hier, die anderen woanders, auf diese Weise regeln wir diese Angelegenheit gemeinsam.

Es hat eine neue Entwicklungsphase begonnen, eine neue, andere Zeit, die wichtiger ist als die Gründung der Republik durch Mustafa Kemal. In dieser Zeit wird eine demokratische Gesellschaft aufgebaut werden. Die Gesellschaft der Türkei wird die Demokratie, die Demokratiekultur lernen. Daraus werden noch tiefer greifende Resultate entstehen als aus der Gründung der Republik. Ich leugne nicht die Errungenschaften der Republik, aber die Republik wird sich jetzt demokratisieren. Alle positiven Seiten und Errungenschaften der Republik werden in der neu begonnenen Phase übernommen werden. Es ist reichlich spät, aber es wird gut. Was 1920 eigentlich hätte geschehen müssen, wird jetzt umgesetzt werden. Wir werden die in den zwanziger Jahren begonnene Arbeit vollenden. In jener Zeit wurde die Republik gegründet, jetzt wird sie sich demokratisieren.

Diese neue Phase sollte verstanden werden. Auch die DTP sollte sie in ihrer ganzen Tiefe begreifen. Wenn sie das nicht tut, wird sie überwunden werden. Auch die MHP und CHP werden ihr Ende finden, wenn sie so weitermachen. Sie sollten nicht versuchen, die Entwicklungen zu behindern; ansonsten wird es in sechs Monaten mit ihnen vorbei sein. Es wird der Geist der neuen Zeit sein, der ihnen ihr Ende bereitet. Auf die alte Art und Weise kann weder die Macht noch die Opposition bestehen.

Die TKP sagt zum Plan der „kurdischen Öffnung“ der Regierung, es handele sich dabei um einen Plan der USA, den sie nicht unterstützen würden. Ständig sprechen sie von Imperialismus. Aber sie waren es doch, die bis heute die Reserve für Amerika darstellten. Sie wurden vom Generalstab ausgebildet. Alle erhalten Weisungen von Gladio. Das gilt nicht nur für die TKP, viele weitere sehr kleine Organisationen sind eingeschlossen. Und alle stehen in Zusammenhang mit Ergenekon. Die USA haben sie 2007 links liegen lassen, und der Generalstab hat das gleiche gemacht. Sie dienen anderen, ohne es zu wissen. Es ist noch nicht mal eindeutig, worauf sie ihren Sozialismus stützen, auf Russland, auf Putin, auf China? Auch Russland und China sind zurzeit die Reserve für die USA und den Kapitalismus.

Auch die AKP kann nicht mehr lange warten. Nach September, in ein, zwei Monaten, wird sich herausstellen, was die wirkliche Absicht der AKP ist und wie weit sie gehen kann. Es wird deut-

lich werden, ob sie aufrichtig ist oder nicht. Wenn sie keine befriedigenden, tief greifenden Schritte setzt, wird sie sich auflösen.

Ich habe das bestehende Leben, das draußen auf der Straße, immer als Furcht erregend empfunden. Ich bin davor geflüchtet, und jetzt bin ich sechzig Jahre alt und flüchte noch immer. Auch ich wollte früher einmal Pilot werden, ins Weltall fliegen, ich hatte Träume. Aber diese Träume habe ich alle fallen gelassen und bin der Freiheit hinterhergelaufen. Ihr müsst alles, was der alten Zeit, dem alten Leben angehört, verlassen. Wenn Ihr Mut, Kraft und Wissen habt, gründet Ihr neue Freiheitsutopien, neue Lebensformen. Ihr müsst sowohl Eure emotionale als auch Eure analytische Intelligenz weiterentwickeln. Wenn Ihr sie gemeinsam nutzt, dann so, dass sie sich gegenseitig unterstützen und bereichern.

2007 haben die USA Gladio ihre Unterstützung entzogen und deklariert, dass sie keine extralegalen Hinrichtungen, keine illegalen Morde mehr unterstützten. Es wird wahrscheinlich nicht mehr so extrem zu extralegalen Hinrichtungen kommen. Was getan wird, wird im Rahmen der Gesetze geschehen. Die USA und die anderen politischen Kräfte werden im Mittleren Osten auf neue Art und Weise Politik machen. Sie wollen nicht, dass auch die PKK in dieser neuen Phase ihren Platz hat, aber sie haben verstanden, dass die PKK nicht mit Waffengewalt zu vernichten ist. Sie wollen die PKK entwaffnen, aber dabei müssen sie sich auch mit uns verständigen. Es wird zu einer Einigung kommen; einer Einigung in der Politik Großbritanniens und der USA der letzten 200 Jahre, in der auch wir Beachtung finden. Ohnehin besteht eine Zusammenarbeit mit Barzani und Talabani. Sie werden auch mit uns eine Einigung dieser Art wollen.

Es wird ein Bereich der Freiheit entstehen, der sich überall widerspiegelt, auch bei mir. Wenn ein Weg oder ein Bereich der Freiheit entsteht, wird er sich auf alle Bereiche ausdehnen, auf die draußen und die drinnen, auf Europa, auf mich, auf die Berge, überall.

Es wird gesagt, es liege [*auf Regierungsseite*] nichts Konkretes an, es handele sich lediglich um eine Absichtserklärung. Natürlich ist das so. Schließlich ist es nicht so einfach, die Dinge zu konkretisieren. Es ist kein Kinderspiel; es handelt sich um sehr sensible Themen, um ernsthafte Themen, die sie nicht so einfach konkretisieren können. Sie denken in Klischees. Auch ich hatte früher Klischees, diese habe ich überwunden. Es gibt niemanden, der konkrete Ideen für die Türkei hat. Deshalb warten sie ja auch auf mich, deshalb sind sie so fixiert auf das, was ich schreibe. Ich bin sehr konzentriert auf dieses Thema, deshalb spreche ich auch auf diese Art. Mein Kopf dreht sich, in zwei bis drei Tagen werde ich fertig sein. Es wird eine Zusammenfassung aller Dinge sein, die ich bis heute gesagt habe, weniger von der Art einer Formel, ich spreche eher das Mentale, das Verständnis an.



„Kommt auf den Weg" ... Transparent auf einer 15.-August-Demonstration in Nusaybin Foto: DIHA



Frauen-Fackelmarsch in Mardin: „Die Adresse für eine Lösung ist auf Imralı“ Foto: DIHA

Es wird zu Veränderungen auf der Ebene des Verständnisses kommen. Früher dachte ich, wenn wir einen Staat gründen, wird alles klappen. Später bin ich zu dem Gedanken gekommen, dass der Staat nicht die Lösung, sondern die Quelle des Problems ist. Hegels Begriff vom Staat, dass er die Form des auf den Erdboden heruntergekommenen Gottes sei, ist wichtig. Das stimmt. Die Existenz des Staates löst die Probleme nicht, sondern vertieft sie nur. Deshalb sehe ich die Lösung nicht im Staat. Wenn mir ein föderaler Staat wie in Südkurdistan angeboten würde, würde ich ihn nicht annehmen.

Aber ich sage auch nicht, dass in der Lösung der kurdischen Frage der Staat nicht vorkommen soll. Den Staat wird es geben, aber es wird ein Staat sein, der die Freiheiten respektiert. Muttersprache, dies und jenes, wenn es dies nicht gibt, wird das nicht sein usw., das ist alles nicht wichtig. Eine Lösung beinhaltet die komplette kurdische Lebensweise, ihre Folklore und sogar ihren Sport. Aber es geht nicht darum, dass uns der Staat dieses oder jenes geben soll. Auch der Minister hat vom Modell der Türkei gesprochen. Natürlich weiß ich nicht, wie er das umsetzen oder mit Inhalt füllen will. Mein Lösungsmodell ist folgendes: Es gibt den Staat, und auf der anderen Seite gibt es auch eine demokratische kurdische Nation. Die Kurden erkennen die Existenz des Staates an, und der Staat erkennt das Recht der Kurden, eine demokratische Nation darzustellen, an. Auf diese Weise treffen und einigen sie sich. Das ist kurz gesagt meine Auffassung von Lösung. Alles Weitere kommt danach. Das bedeutet eine Demokratisierung der Zivilgesellschaft. Es wird sich eine demokratische, zivile Gesellschaft herausbilden. Danach kann der Staat überall seine Fahne aufhängen, Dienstleistungen anbieten oder Türkisch lehren. Aber den Kurden wird der Weg freigemacht, so dass sie sich auf jedem Gebiet organisieren können. Wenn sie ihren eigenen Sport, ihre Bildung, ihre religiösen Organisierungsformen, ihre Räte, ihre Verwaltungen organisieren können, werden sie es selbst tun. Sie sollen sogar ihre eigene Selbstverteidigung haben. Es wird keinen Bedarf mehr an Jandarma und Polizei geben. Sie werden Verteidigungskräfte haben, mit denen sie ihre eigenen Probleme lösen können. Das heißt, die Kurden werden sich selbst auf demokratische Weise organisieren. Eine Gesellschaft, die sich nicht selbst organisiert, ist eine tote, eine taube, eine stumme Gesellschaft.

Aber es muss darüber gesprochen werden, wie diese Verständnisweise nach der Einigung der Kurden mit dem Staat mit Inhalt gefüllt wird. Ich möchte keinen Palast, aber um dieser Phase eine Entwicklungsmöglichkeit zu geben und damit wir sie gemeinsam fortführen können, müssen für mich die entsprechenden Bedingungen hergestellt werden.

Alles und jeder muss sich von Kopf bis Fuß ändern. Ihr Jugendlichen müsst diese Veränderung begreifen und Euer Leben dementsprechend ändern. Ihr müsst Eure alten Utopien zurücklassen. Ich habe meine kindlichen Träume zurückgelassen, auch Ihr müsst Euren Utopien, Eurem Leben in dieser neuen Zeit eine neue Form geben.

Ich spreche von einer Neustrukturierung der Gesellschaft, von einer neuen demokratischen Struktur, von einer Veränderung bis in die kleinste Zelle hinein. Alles, was gut und schön ist, wird auf den Tisch gelegt, nebeneinander, und das, was anziehender ist und mehr gefordert wird, wird gewinnen. Es handelt sich nicht um eine Konkurrenz im kapitalistischen Sinne, sondern um einen Wettbewerb.

Zum Beispiel wird von muttersprachlicher Bildung und Kultur gesprochen. In meinem Lösungsmodell legen die Türken ihre eigene Sprache, ihre Kultur, ihre Art und Weise neben die unsere auf den Tisch, und welche stärker gefordert wird, bekommt den Zuschlag und gewinnt das Interesse.

Ich betrachte die Veränderung nicht wie früher auf den Staat oder die Macht fokussiert. Die Gesellschaft muss ihre eigene demokratische Funktionsweise, ihre Bildung und sogar ihre Selbstverteidigung selbst strukturieren. Der Staat darf das nicht behindern, er kann Unterstützung gewähren oder auch nicht. ♦

Türkei diskutiert über eine Lösung – Initiative liegt bei den KurdInnen

„… das Verlorene dort suchen, wo es verloren wurde …“

Kenan Kırkaya

Die regen Diskussionen, die in der Türkei seit einer geraumen Zeit geführt werden, haben die Hoffnung geweckt, dass die kurdische Frage wirklich gelöst wird. Das Treffen zwischen DTP und Ministerpräsident und einige Entwicklungen im Anschluss an dieses Gespräch verstärken diese Hoffnung. Trotzdem sind bisher keine konkreten Schritte unternommen worden. Dies führte dazu, dass die KurdInnen diesen Entwicklungen zwar positiv gegenüberstehen, doch behutsam vorgehen. Alle warten auf die Roadmap Abdullah Öcalans, die am 15. August veröffentlicht werden soll. Die Haltung des Staates zu dieser Roadmap wird auch zeigen, in welche Richtung die Entwicklungen gehen werden.

Seit einiger Zeit reden sowohl Staatspräsident Gül als auch andere Autorisierte von der kurdischen Frage als einer „historischen Gelegenheit“ und dass sie das größte Problem in diesem Land darstelle, also auch „baldmöglichst gelöst“ werden müsse. Wenn auch nur theoretisch – es ist das erste Mal, dass die kurdische Frage in einem anderen Ausmaß und in neuer Dimension diskutiert wird. Die Debatten und Friedensforderungen sowie die Friedensbedürfnisse der Bevölkerung im Anschluss an die über dreißig Jahre dauernden Auseinandersetzungen haben den Staat und entsprechend Verantwortliche zu einem Schritt gezwungen. Denn die Gesellschaft in der Türkei ist davon überzeugt, dass dieser Krieg zu keinem Ergebnis führen kann. Es ist ihr klar, dass dieser Krieg nur einen finanziellen Verlust bedeutet, der ja für andere gesellschaftliche Bedürfnisse investiert werden kann. Und es ist der Gesellschaft klar, dass kein Konflikt mit Krieg gelöst werden kann.

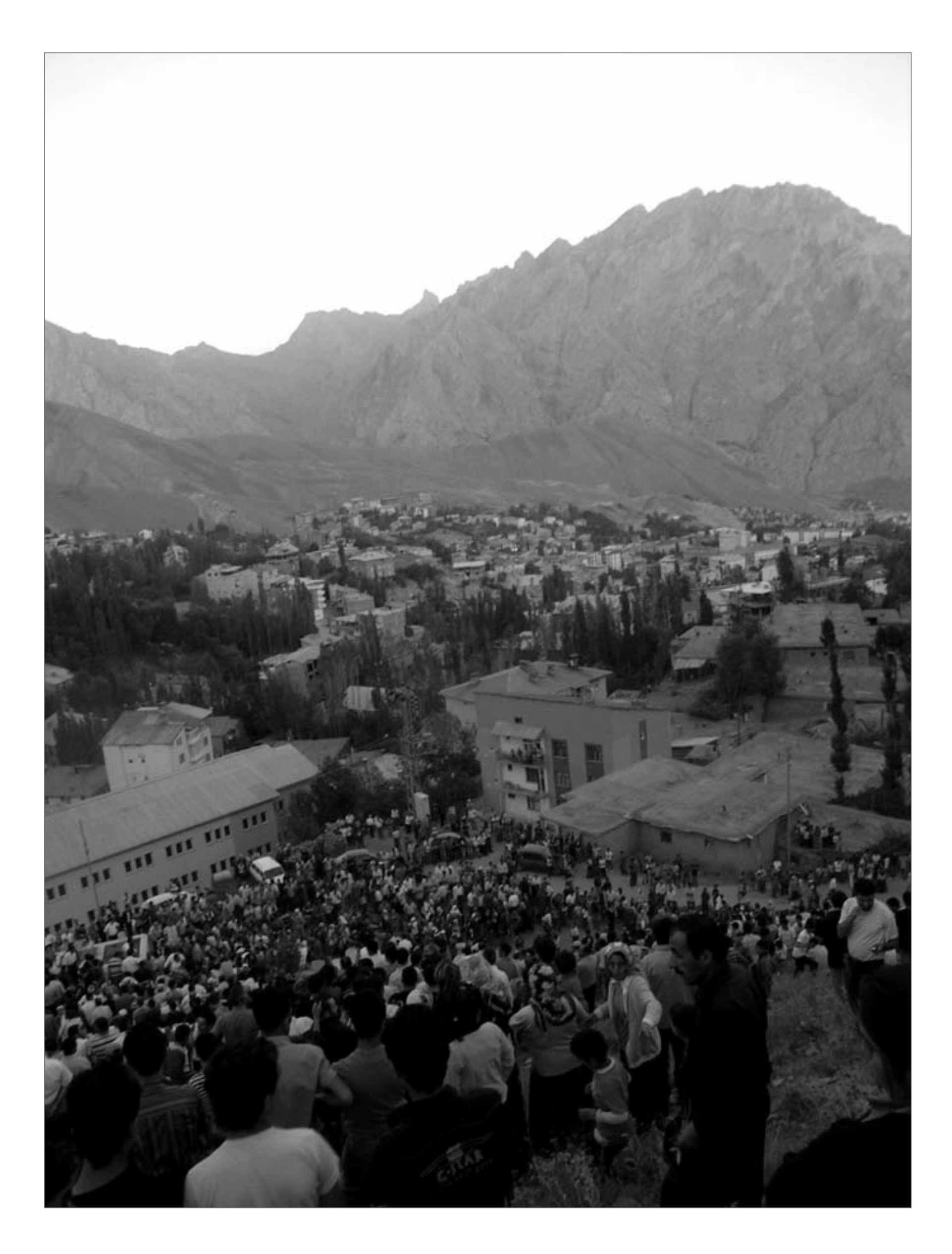
„Projekt zur Lösung der kurdischen Frage“ auf Beschluss des *Nationalen Sicherheitsrates*

Die „Verantwortlichen“ in der Türkei, der Staat und auch beide Parteien sind durch den Druck der Öffentlichkeit zu Erklärungen und praktischen Schritten gezwungen worden. Während die gegenwärtigen Entwicklungen der türkischen Politik in einem kultivierten Land als normal empfunden werden würden, so hätte sie in der Türkei noch vor wenigen Jahren niemand für möglich gehalten. Es sind wirklich bedeutende und nicht irgendwelche Schritte. Erkennbar ist, dass auch der Staat dies so sieht. Auf der letzten Versammlung des *Nationalen Sicherheitsrates* MGK wurde beschlossen, das Problem mit einer bisher nicht angewandten Methode zu lösen. Im Rahmen dieses Beschlusses wurden entsprechende innerstaatliche Kooperationen begonnen, was auch gegenüber der Öffentlichkeit erklärt wurde. Deshalb trafen diejenigen Minister, die auch Mitglied des MGK sind, Mitte Juli zusammen. Sie entwarfen entsprechende Pläne, die von Innenminister Beşir Atalay koordiniert werden sollen. Obwohl zu deren Inhalt bisher noch nichts veröffentlicht wurde, gab es doch am 29. Juli einige Andeutungen von Atalay. Zwar keine konkreten Angaben über die Art der Schritte, der Pläne und des Ziels,



25 000 Menschen kamen zur 15.-August-Feier nach Eruh Foto: DIHA

stattdessen über die Verfahrensweise. Weit bedeutsamer und auffallend war die vorsichtige und positive Wortwahl des Innenministers. Dies führte zu Beifall bei all denjenigen, die für eine Lösung stehen, allen voran bei den KurdInnen. Kurz nach dem Ministertreffen fand am 5. August ein Gespräch zwischen Ministerpräsident Erdoğan und den DTP-Co-Vorsitzenden Emine Ayna und Ahmet Türk statt. Es war ein Austausch über Lösungsansätze. Somit war also der Ministerpräsident – der bis vor kurzem die Bedingung aufgestellt hatte, die DTP solle die PKK als „terroristische Vereinigung“ bezeichnen – aufgrund der Entwicklungen zu einem Treffen mit der DTP gezwungen – der legitimen kurdischen Vertretung im türkischen Parlament. Die DTP hatte am 28. April offiziell um eine Zusammenkunft mit Erdoğan nachgesucht, das jedoch am 26. Juni wieder zurückgezogen. Der Druck war so groß, dass Erdoğan nun selbst ein Gespräch für den 5. August anbot.



Die Beerdigung eines gefallenen Guerillas ist eine Demonstration für den Frieden, an der die Bevölkerung, wie hier in Hakkarî, teilnimmt Foto: DIHA

Parallel dazu hatten zivilgesellschaftliche Organisationen intensive und geheime Vorbereitungen getroffen, diejenigen, die während des Krieges das ganze Leid ertragen haben und gezwungen waren, gegeneinander zu kämpfen, zusammenzubringen, ohne Provokationen und Behinderungen. Angehörige gefallener Guerillas und Soldaten hatten am 8. August ein historisches Zusammentreffen und vermittelten einheitlich die Botschaft: „Wir sind bereit, unser Leid zu vergessen – für eine Lösung.“

Wer die Entwicklungen in der kurdischen Frage verfolgt, weiß, dass diese Phase nicht von allein entstanden ist. Zum einen hat der dreißig Jahre dauernde Konflikt, zum anderen haben die Entwicklungen der letzten zwei Jahre zu dem heutigen Stand geführt. Begonnen hat dies konkret mit der türkischen Parlamentswahl vom 22. Juli 2007. Dabei handelte es sich nicht nur um eine Routineabstimmung, nach der die Regierung wechselt. Es war eine Wahl, die die Kräfteverhältnisse neu definierte – mit internationaler Unterstützung natürlich. Denn am 22. Juli bekam die AKP-Regierung – unter erheblicher US-Hilfe – 47 % der Stimmen und war damit sogar in der Lage, die Verfassung allein zu ändern. Denn sie hatte die Mehrheit der Sitze im Parlament. Zum ersten Mal gewährten sowohl Militär als auch Justiz der AKP in den kurdischen Gebieten uneingeschränkte Unterstützung und arbeiteten für die AKP wie deren Nebensektionen. Nachdem Parteien wie CHP und MHP in der kurdischen Region ausradiert worden waren, wollten Militär und Justiz, die ja dort keine Unterstützung haben, sich durch die AKP in diesen Gebieten verankern.

Die Rede Erdoğans 2006 in Diyarbakır schaffte große Sympathie bei den

KurdInnen. Sie konnten die AKP nicht wirklich analysieren. Aus diesen beiden Gründen konnte die AKP so viele kurdische Stimmen ergattern. Diesen Erfolg nutzte sie natürlich, um eine legale Vernichtungsbasis gegen die kurdische Befreiungsbewegung zu schaffen. „Wir haben 75 kurdische Abgeordnete. Wir repräsentieren die Kurden. Daher werden unsere Vernichtungsangriffe und Militäroperationen auch Unterstützung von den Kurden bekommen", sagte sie sich. Im Anschluss an ihren Wahlerfolg führte die AKP ihre umfangreichsten militärischen Vernichtungsoperationen durch.

Kommunalwahl vom 29. März ließ Hoffnung auf Vernichtung platzen

Im Gefolge dieser Operationen wurden die türkischen Streitkräfte zum ersten Mal radikal kritisiert. Und das auch noch von Parteien wie MHP und CHP. Ferner haben die Guerillaangriffe auf Bezele und Oramar das Image des Militärs schwer geschädigt. Daher wurde die Kommunalwahl vom 29. März von staatlicher Seite zu einem Referendum hoch stilisiert. Mit umfangreichem Wahlbetrug wollte der Staat die Massen der Befreiungsbewegung brechen: Sollte der Wahlerfolg der AKP zufallen, wären alle militärischen Operationen gegen die kurdische Bewegung somit legitimiert gewesen. Die DTP würde marginalisiert werden. Der Druck auf die DTP, die PKK als „terroristische Organisation" zu denunzieren, würde immens wachsen. Mit internationaler Hilfe hätte man die PKK in die Zange zu nehmen und sie für immer zu eliminieren versucht.

Trotz allen Wahlbetrugs der AKP verdoppelte die DTP die Zahl ihrer gewonnenen Gemeinden und Kommunen und trug somit einen großen Sieg davon. Damit mussten Staat, Militär, AKP und auch die internationalen Mächte zu einer neuen Bewertung der PKK gelangen. Denn ihre Pläne waren nicht aufgegangen. Es wäre nicht falsch zu sagen, dass klar wurde, dass die PKK nicht mit Kriegsmethoden vernichtet werden kann. Neue Lösungsansätze mussten also her. Dies war also schon einmal eine Grundlage für den heute erreichten Prozess, der auch öffentlich irgendwie legitimiert werden muss. Denn mit diesen Entwicklungen schwand auch in der Öffentlichkeit die Hoffnung, die kurdische Frage mit Waffengewalt zu lösen oder die PKK mit Gewalt zu besiegen. Die Öffentlichkeit reagierte also auf die Diskussionen um eine mögliche Lösung ganz unerwartet positiv und unterstützte diesen Prozess.

Alles hängt vom 15. August ab

Damit wurde also die Grundlage für die Entwicklungen der letzten Monate geschaffen. Wie diese jedoch weiterhin aussehen werden und in welche Richtung die „positive Luft" in der türkischen Politik ziehen wird, hängt von der Roadmap ab, die der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan am 15. August vorlegen wird. Die Haltung des Staates wird sich also nach deren Veröffentlichung herauskristallisieren.

Außerdem ist es von erheblicher Bedeutung, dass die Roadmap an einem solchen Datum veröffentlicht wird. Denn Abdullah Öcalan will „das Verlorene dort suchen, wo es verloren wurde", den 15. August, an dem der bewaffnete Kampf 1984 begann, zum Tag des Beginns einer friedlichen Lösung machen. Daher steigern sich von Tag zu Tag die positiven Erwartungen in der Gesellschaft und der Öffentlichkeit.

Trotzdem dauern jedoch bestimmte Verhaltensweisen an, die die gegenwärtige Phase manipulieren, sabotieren und negativ wenden wollen. Wie z. B. bestimmte Zeitungsartikel, in denen über die Roadmap spekuliert und gefragt wird, ob sie dazu aufrufen werde, „die Waffen niederzulegen oder nicht". „Sollte die Roadmap diesen Punkt, also die Niederlegung der Waffen, nicht beinhalten, wird es keinen Fortschritt geben", schreiben einige Journalisten. Diese Herangehensweise ist sehr gefährlich. Denn dabei wird die Roadmap nur auf diesen Punkt reduziert, obwohl sie im Gegenteil als Mittel zum Zweck, als Mittel zur Lösung genutzt werden kann. Fraglos haben solche und ähnliche Herangehensweisen das Ziel, die positive Atmosphäre zu beeinflussen. Denn obwohl alle Dimensionen des Problems offen dargelegt sind und zum ersten Mal eine solche optimale Atmosphäre für eine Lösung geschaffen wurde, ist es als provokative Haltung zu bewerten, die Diskussion nicht vom Problem her zu beginnen, sondern mit dessen Resultat, also dem bewaffneten Kampf, zu definieren. Aber auch dies kann die Öffentlichkeit mittlerweile erkennen. Sollte sich das Problem also lösen, werden auch die Waffen bedeutungslos. Auch diese Erkenntnis wird in der Öffentlichkeit immer stärker übernommen. Daher sollte hier eher die Frage gestellt werden, ob der Staat mit einigen Schritten die Rechte des kurdischen Volkes garantiert und rechtlich verankert, damit somit die Waffen auch wirklich bedeutungslos werden. Für eine Lösung ist eine solche Annäherung konstruktiver. Das Gegenteil wird keine Lösung bringen, sondern die Zusammenstöße nur noch verstärken.

KurdInnen sind für alle Eventualitäten gerüstet

All diese Entwicklungen werden von den KurdInnen selbst natürlich viel intensiver, in all ihren Dimensionen und konkreter verfolgt. Daher stellen für sie das Gespräch zwischen DTP und Ministerpräsident und die am 15. August zu eröffnende Roadmap noch einmal etwas anderes dar und werden auch näher verfolgt. Das Regierungs-„Projekt zur Lösung der kurdischen Frage" und von der Regierung zu treffende Maßnahmen werden von den KurdInnen positiv bewertet. Sie erwarten aber gleichwohl noch konkretere Schritte. Daher werden sie „den Joghurt pustend essen, da sie sich den Mund an der Milch verbrannten". Sie gehen behutsam, aber mit großen Hoffnungen und Erwartungen an diesen Prozess heran. Sie sind auf alles vorbereitet.

Langer Rede kurzer Sinn: Alle wissen, dass dieser Prozess ein sehr langer sein wird. Doch sind alle der Hoffnung, dass dieser entsprechende Tag einen Tag früher kommt. ♦

Führt das AKP-„Projekt zur Lösung der kurdischen Frage“ zu einer Lösung?

Kurdische Frage an Scheideweg angelangt!

Analyse von Baki Gül

Zuerst erhob der türkische Präsident Abdullah Gül sein Wort und sagte: „Wir sind an einer historischen Schwelle angelangt, positive Dinge werden geschehen.“ Anschließend ging Hasan Cemal aus rein journalistischem Interesse nach Kandil und interviewte wichtige Funktionäre der PKK und fragte sie nach ihrer Meinung zur gegenwärtigen Phase, was er dann mit der türkischen Öffentlichkeit teilte. Abdullah Öcalan, Gründer der *Arbeiterpartei Kurdistan* PKK, seit zehn Jahren auf der Gefängnisinsel Imralı, erklärte, dass er am 15. August 2009 eine „Roadmap zur Lösung der kurdischen Frage“ vorstellen werde. Nach diesen Äußerungen klärte Beşir Atalay, Innenminister der türkischen Regierung, die Öffentlichkeit über die Methoden dieser „Lösung“ auf. Anschließend nahm Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, der es zuvor öffentlich abgelehnt hatte, die legal im Parlament vertretene *Partei für eine demokratische Gesellschaft* DTP als einen Verhandlungspartner zu sehen, im türkischen Fernsehsender *CNN Türk* Stellung zum „Projekt zur Lösung der kurdischen Frage“; er behauptete: „In dieser Phase wird unser Verhandlungspartner die legal gewählte Partei DTP sein.“

Diese Diskussionen zeigen deutlich, dass die Türkei in Bezug auf die hundertjährige kurdische Frage an einen wichtigen Punkt gelangt ist. Die türkische Presse räumt zum ersten Mal Platz für Diskussionen über die kurdische Frage ein, die nicht nur die Ansicht der offiziellen „Kurden-Politik“ des türkischen Staates widerspiegeln. Anders als zuvor blieben Diskussionen darüber, dass die PKK keine terroristische Organisation sei, dass „der Staat in diesem Krieg verloren“ habe und dass bei der Lösung dieses Problems die DTP, die PKK und Öcalan als Ansprechpartner akzeptiert werden müssten, sehr lange auf der Tagesordnung. Diese parallel entstandenen Entwicklungen legen offen dar, dass dieser seit ca. dreißig Jahren geführte Krieg „beidseitig“ ist. Somit haben sich die auswendig gelernten Gewissheiten der türkischen Presse und der türkischen Politik als falsch erwiesen. Die auswendig gelernten Legenden der türkischen Presse wurden überwunden. Es wurde begonnen, die PKK und deren Gründer Abdullah Öcalan mit anderen Worten zu beschreiben.

Die aktuellen politischen Taktiken Abdullah Öcalans und der wichtigen Funktionäre der PKK führten dazu, dass die Tür zu den Diskussionen der kurdischen Frage immer weiter geöffnet wurde. Die von Imralı aus erfolgten Erklärungen haben nun in der türkischen Presse und der türkischen Politik einen wichtigen Platz eingenommen und eine wichtige Agenda geschaffen. Das positive Klima bei den Intellektuellen und der türkischen Presse hat sich immer mehr vertieft. Grund hierfür war, dass die *Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan* KCK trotz heftiger militärischer Angriffe und Bombardierungen seitens des türkischen Militärs den deklarierten Waffenstillstand zweimal verlängerte.

Grundlage dieser Diskussionen kam von Öcalan

Der Grund dafür, dass sich die Diskussionen über die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei so stark verbreitet und verankert haben, war, dass Öcalan über seine Rechtsanwälte von politischen Parteien in der Türkei, von Intellektuellen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und vom Volk „Vorschläge für eine Lösung“ einholte. Dass er eine solche Methode anwendete, wird in Zukunft noch in anderer Form die Tagesordnung bestimmen. Auch international wird gründlich analysiert werden, dass er die gesellschaftliche Basis des kurdischen und türkischen Volkes in diese „Lösungsphase“ mit einbezieht.

Was geschah? Was wird geschehen?

Realistischerweise lassen sich die Diskussionen um eine mögliche Lösung der kurdischen Frage in den Zeiten vor 1999 mit den von Öcalan verkündeten Waffenstillständen in Verbindung bringen. 1999 jedoch konzentrierte sich die türkische Staatspolitik bezüglich der kurdischen Frage auf der militärischen Ebene. Dies waren die Jahre, wie auch *Nationaler Sicherheitsrat* MGK und Generalstab definierten, in denen „der schmutzige Vorhang des schmutzigen Krieges“ nicht aufgezogen wurde und in denen die türkische Presse und die souveränen Parteien die Realität nicht sehen wollten. Anders gesagt waren dies die Jahre, in denen die Verbrechen von JITEM, Ergenekon, Konterguerilla und Banden in dem Ausmaß, in dem es heute der Fall ist, nicht zum Vorschein kamen. 1999 dachte der Staat, er habe einen absoluten Sieg errungen. Für die Kurden waren es schwierige Jahre: Die PKK musste große Barrieren überwinden und unzähligen Luft-Boden-Operationen widerstehen. Auf der militärischen Ebene wurde das Charisma der türkischen Streitkräfte (TSK) durch den

Oramar-Zap-Bezele-Erfolg der Guerilla zerstört. Auf politischer Ebene waren die kurdischen Erfolge der Parlamentswahl vom 22. Juli 2007 und der Kommunalwahl vom 29. März 2009 und die Tatsache, dass die kurdische Bevölkerung ununterbrochen für eine politische Lösung aktiv war, Grundlage für die heutige Situation. Hinzu kommen die aktuellen Entwicklungen im Irak, die Tatsache des Föderalen Kurdistan und der Wandel der regionalen Dynamiken. All dies führte dazu, dass die Türkei einsehen musste, dass sie in der kurdischen Frage nun an einen Scheideweg gelangt ist.

Die Politik der PKK, die auf Widerstand beruht, und der Zusammenbruch des Bestrebens, die Politik in der Türkei durch das Militär bestimmen zu lassen, führten dazu, dass sich in der Türkei eine neue Konstellation von Macht-Zentren bildete, die rege Diskussionen untereinander führten. Die Widersprüche zwischen AKP und Militär, MHP und Militär, CHP und Militär, außerdem all die „schmutzigen Dinge", die durch Ergenekon ans Tageslicht gekommen waren, sowie die Tatsache, dass das Militär alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel nutzte, um seine Hilflosigkeit gegenüber der PKK zu überwinden, haben das Klima der in der Türkei andauernden Diskussionen bestimmt. Wichtig ist, wer in diesen Diskussionen was und mit welchem Ziel sagt. Wichtig ist, ob die Äußerungen eine Lösung realisierbar machen.

Problem des Staates ist die Wortwahl

Kommen wir zuerst zur Haltung des Staates in diesen Diskussionen. Hier ist der AKP-Vorsitzende Recep Tayyip Erdoğan derjenige, der die jüngste und aktuellste Aussage traf: „Vor einer Woche haben wir als Regierung gemeinsam mit meinen Kollegen des Generalstabs, des MIT und des *Nationalen Sicherheitsrates* ein Projekt begonnen. Da es sich um die innere Sicherheit handelt, betrifft dies unseren Innenminister. Ihm haben wir diese Aufgabe übertragen, und dementsprechend führt er mit allen entsprechenden Ministerien Gespräche. Er wird gemeinsam mit den involvierten Institutionen wie dem Generalstab, dem MIT u. a. alle nötigen Vorbereitungen treffen. Außerdem wird er auch mit den Abgeordneten aus den kurdischen Regionen zusammentreffen. Er wird uns diesbezüglich einen zusammenfassenden Lagebericht vorlegen, auf dessen Grundlage wir dann unsere endgültige Bewertung unter uns erörtern und anschließend der Öffentlichkeit gegenüber präsentieren werden." Diese Verlautbarung zeigt uns, dass es eine Übereinkunft zwischen Regierung, türkischen Streitkräften und MIT gibt. (Natürlich lassen wir nicht außer Acht, dass die Worte Erdoğans durch plötzliche Attacken der TSK ins Leere laufen können. Und lassen Sie uns auch nicht außer Acht lassen, dass einige Staatsanwälte auf die Äußerung von Premierminister Gül „Es werden positive Dinge geschehen" Verfahren gegen ihn einleiteten.) Sollte jedoch das „Projekt zur Lösung der kurdischen Frage" der AKP-TSK-MIT-Übereinkunft nur aus bekannten „Schritten" wie TRT6, Kurdologie-Lehrstühlen an den Universitäten, Investitionen in den kurdischen Regionen, Legalisierung kurdischer Namen und ähnlichen Mitteln aus dem Arsenal der Wahlpropaganda bestehen, so wird dieses „Projekt" keine Wirkung entfalten. Oder sollte die AKP denken, durch dieses Projekt Ergenekon und die TSK oder die Kurden und somit die PKK blockieren zu können, um damit bei den Wahlen erfolgreich zu sein, wird dies ebenfalls nicht funktionieren. Denn all dies wird, wie auch in den letzten sieben Jahren der AKP-Regierungszeit zu sehen, nach hinten losgehen und die Kraft der politischen Dynamik in der Türkei gegen die PKK immer weiter schwächen. Es wäre auch kein kluger Schachzug, als Gegenleistung für diese „Schritte" von der PKK zu verlangen, die Waffen niederzulegen, oder zu verlangen, den politischen Kampf aufzugeben.

Die Instabilität zwischen Hewler, Ankara, Teheran, Damaskus und Washington

Auch wenn die AKP glaubt, durch das „Projekt zur Lösung der kurdischen Frage" (falls es die oben genannten „Schritte" sein werden) eine Zusammenarbeit zwischen Südkurdistan, Bagdad, Washington und Ankara zu etablieren, um somit Teheran und Damaskus in das anti-kurdische/Anti-PKK-Bündnis einzubinden, wird auch dies ein historischer Fehler sein, der ebenfalls ins Leere führen wird. Denn all diese politischen Kräfte – mit Ausnahme von Ankara – sehen sehr deutlich, in welcher schwierigen, ausweglosen Lage die türkische Regierung in der kurdischen Frage steckt. Sie sehen aber ebenfalls sehr deutlich, dass die PKK und die Kurden eine immer reifere und somit stärker werdende Dynamik herausbilden. Das Verhalten dieser Kräfte Ankara gegenü-



Friedensdemonstration der kurdistanweiten Kampagne gegen die Militäroperationen in Adana: WERIN RÊ – Kommt auf den Weg Foto: DIHA

ber wird als flüchtige, amateurhafte und immer nur für eine kurze Zeit geltende Politik im Rahmen eigener Interessen gesehen. Die Kurden-Politik der USA stimmt mit der von Ankara nicht überein. Die Zeit, in der die USA Ankara militärisch-politische Unterstützung im Kampf gegen die PKK leisteten, ist zum größten Teil vorbei. Deshalb übermittelte Obama Ankara die Botschaft „Löst das Problem!“. Hewlers Politik gegenüber der Türkei basiert auf der Grundlage der eigenen Verteidigung. Auch wenn es so aussieht, als ob sie abhängig von Ankara sei, so zeigt die Kehrseite der Medaille ihr Bemühen, den Kriegskurs und die Zersplitterung zwischen den Kurden aufzuheben.

CHP und MHP wiederholen das auswendig Gelernte

Stellen wir uns die Frage, ob all diejenigen, die aktuell in den Gesprächen, Diskussionen und Versuchen für Lösungsansätze involviert sind, das Problem an sich verstanden haben, um auf dieser Grundlage eine Linie zu schaffen, die zu einer Lösung des Problems führt. Die Haltung der MHP geht weit über eine passive Haltung hinaus. Es ist die Wiederholung des auswendig Gelernten. Denn die MHP schätzt seit 1999 die Entwicklung in der kurdischen Frage falsch ein. Sie steht immer noch hinter der Devise „ein Land, eine Fahne, eine Sprache, ein Volk“. Die CHP wiederum ist in Sachen Kurden-Politik gar nicht mit im Spiel. Nach der Niederlage all ihrer Bestrebungen, dabei mitzumischen, hat sie eine immer schlimmer werdende Kampfhaltung eingenommen, die das Potential trägt, den Weg zu einer eventuellen Lösung zu versperren.

Die sozialistische Linke wiederum hat es nicht geschafft, ein Lösungskonzept zu erstellen. Außerdem hat sie es nicht geschafft, eine „Dachpartei“ zu gründen. Ihre Basis im Volk ist sehr schwach. Dies sind die Gründe, warum sie nicht sehr wirksam sein kann. Aber auch wenn die sozialistischen Linken sehr schwach sind, bemühen sie sich, eine Brücke zur kurdischen Bewegung zu bauen. Natürlich ist es wichtig zu unterstreichen, dass ich von den sozialistischen Linken spreche, die weder offen noch verdeckt unter dem Einfluss von Ergenekon stehen. ♦

Abdullah Öcalan: „Eine Lösung erfordert Ernsthaftigkeit“

Im Gespräch mit Anwälten aus seinem Verteidigerteam hat sich Abdullah Öcalan am 24. Juli auf der Gefängnisinsel Imralı zu den jüngsten Diskussionen zu einer Lösung der kurdischen Frage in den türkischen Medien geäußert:

„In den Medien wird das Problem der Ansprechpartner [*für eine Lösung der kurdischen Frage*] thematisiert. Es geht mir nicht darum, Ansprechpartner sein zu müssen. Ich werde daran arbeiten, den Fahrplan, der ebenfalls in den Medien stark thematisiert wird, bis zum 15. August fertig zu stellen. [...] Solange sich keine politische Lösung anbahnt, übernimmt der militärische Flügel die Initiative. Wenn sich keine Lösung entwickelt, wird der militärische Flügel rasant an Stärke zunehmen. Die Ergebnisse dessen können schlimmer sein, als wir uns alle das vorstellen. Aus diesem Grund sage ich, dass es eine Lösung geben muss. Löst dieses Problem, wie auch immer, aber löst es. Nehmt als Ansprechpartner, wen Ihr wollt. Aber bleiben wir ernsthaft. [...]

Für mich zählen der Mensch an sich sowie seine Grundfreiheiten. Es gibt ein Sprichwort, das da lautet: ‚Die Tiere verstehen sich, indem sie sich beriechen, die Menschen, indem sie miteinander sprechen.’ Ich wende mich an Herrn Erdoğan: Du sagst, Du wirst das Problem lösen, wie und mit wem willst Du es denn lösen? Ihr wollt immer, dass alles Euch gehört, aber unseren menschlichen Grundwerten muss auch Achtung erwiesen werden. Ohne eine Anerkennung unserer Werte lässt sich diese Frage nicht lösen. Es kann ein ‚Rat der Weisen’ gegründet werden. Ich bin bereit, einer solchen Kommission meine Gedanken zu einer Lösung darzulegen, mit allen Vor- und Nachteilen. Die Kurden nicht als Ansprechpartner wahrzunehmen, bedeutet, Krieg zu wollen. Dafür bin ich nicht verantwortlich. [...]

Es heißt, die Gefechtslosigkeit müsste unbedingt andauern. Das sollte sie, wenn sie denn etwas nützt. Ich arbeite sowieso seit zehn Jahren daran. Aber bis heute wurde das immer als Schwäche interpretiert. Es handelt sich um eine Frage der Ethik. Auch in dieser Phase der Gefechtslosigkeit sind immer Menschen gestorben, sie sterben noch immer. Wenn aber Menschen sterben, dann heißt das, dass es nichts nützt. Mein Hauptziel ist, dass keine weiteren Menschen sterben. Es heißt außerdem, dass die offizielle Sprache Türkisch sein soll. Das sind sehr schlichte Dinge, mit so etwas mühe ich mich nicht ab. Aber wir wollen auch unsere Freiheit, unsere menschliche Freiheit, unseren Lebensbereich. Ohne das geht es nicht. Ein Kind hat bei der Geburt eine Muttersprache, diese Sprache benutzt es. Es muss einen Bereich für die Benutzung dieser Sprache und ein freies Leben geben. [...]

Mein Verständnis von Staat ist nicht orientalisch. Das westliche Verständnis des Nationalstaates ist nationalistisch und faschistisch. Wenn sie nationalistisch sind, sind sie unausweichlich auch faschistisch. Ich denke nicht so wie die Europäer über die nicht entwickelten Länder. Sie sind profitsüchtig und nationalistisch. Das Ergebnis ihres Begriffes vom Nationalstaat wird heute in Afghanistan, Pakistan, Iran und Irak offensichtlich. Sie versuchen, ihre eigene Existenz über Kriege und Konflikte fortzusetzen. Ich dagegen setze auf ein Verständnis, das die Freiheit der Menschen ins Zentrum stellt. [...] Die Europäer schützen sich mit ihrem Nationalismus. Die Türkei ist von Europa aus mit dem Nationalismus infiziert worden. Und dabei kann sie sich nicht mal mit Nationalismus schützen, wie im Kaukasus, in China, Russland, dem Balkan, dem Mittleren Osten zu sehen ist, sie können die Türken nicht schützen. [...]“

Quelle: ÖP, 27.07.2009, ISKU

Ankaras „Projekt zur Lösung der kurdischen Frage“ in der türkischen Presse

Rege Diskussionen zur kurdischen Frage in der türkischen Presse

Baki Gül

Die Lösung der kurdischen Frage wird in der türkischen Presse rege diskutiert. Diese Debatten fassen die Realität der Türkei zusammen. Die Stimme derjenigen, die wirklich für eine Lösung stehen, ist lauter geworden. Aber auch die Stimmen, die keine wollen und eine mögliche Lösung unmöglich machen wollen, sind nicht weniger geworden.

Die AKP-nahe Presse: „Lösen wir es, eliminieren wir die PKK und schaffen wir unsere eigenen Kurden“

Zeitungen wie Şafak, Zaman, Star, Sabah, Vakit, Yeni Asya, die islamisch-liberal tendieren, und die TV-Kanäle und Internetseiten, die diesen Zeitungen entsprechen, publizieren und senden auf der Grundlage der AKP-Politik. Ihre Analysen und Kolumnen basieren hauptsächlich auf der Herangehensweise der AKP. Selbstverständlich gibt es feine Unterschiede zwischen diesen Presseorganen. Jedoch stellen diese Unterschiede nicht die Unterstützung der AKP in Frage.

Yasin Doğan, Kolumnist der Zeitung Yeni Şafak, der die PKK, Öcalan und die DTP als „Verursacher dieser Probleme“ betrachtet und dafür steht, dass jeder Schritt der AKP als Lösung gesehen werden sollte, schreibt in seinem Artikel mit der Überschrift „Wie können diejenigen, die die Probleme verursachen, Akteure der Lösung sein?“, Folgendes: „Es ist sowohl falsch als auch unrealistisch, dass die PKK versucht, Öcalan als Ansprechpartner zu legalisieren. Ohne Frage ist es eine Tatsache, dass Öcalan, wenn es um Fragen der PKK geht, großen Einfluss hat. Es mag auch sein, dass er in dieser Phase im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Rolle übernehmen möchte. Aber dass er als Repräsentant, Sprecher, Ansprechpartner bei der Lösung der kurdischen Frage eingestuft wird, ist grundlegend falsch. Dies zeigt geradezu das Bestreben, nicht eine umfangreiche Frage zu lösen, sondern eine Person zu retten. Dies ist nicht aufrichtig, denn die eine Sache wird als Mittel für einen ganz anderen Zweck benutzt.“

Wir befinden uns in einer Phase, in der nur radikale Schritte als wirkliches „Projekt zur Lösung“ gesehen werden können

Şamil Tayyar (Star), der darauf hinweist, dass Militär und AKP über die Ergenekon-Frage ein Abkommen schließen können, schreibt: „Eine wichtige Veränderung, auf der die Regierung gerade beharrt, ist das von Erdoğan benannte ´Projekt zur Lösung der kurdischen Frage`. Über Folgendes müssen wir uns einig sein: Wir befinden uns in einer Phase, in der nur radikale Schritte als wirkliches ´Projekt zur Lösung` gesehen werden können. Daher ist es von großer Bedeutung, dass es eine Übereinkunft zwischen Regierung und Militär gibt. Wenn also diese ´Schritte`, die zu dieser ´Lösung` führen sollen, hierarchisch nach ihrer Priorität geordnet werden, oder anders gesagt, wenn Ergenekon oder die Morde ohne Täter durch dieses ´Projekt zur Lösung der kurdischen Frage` eingetauscht werden sollen, sollte dies für niemanden eine Überraschung sein.“

Mahmut Övür (Sabah) schreibt unter der Überschrift „Wird die AKP die kurdische Frage lösen?“, dass er sehr große Bedenken habe und dass trotz seiner Bedenken die Regierung ziemlich zuversichtlich bezüglich „guter Dinge“ sei, die geschehen werden.

1999, bevor das Verfahren gegen Abdullah Öcalan begonnen hatte und noch bevor Öcalan verurteilt worden war, sprachen viele Medienorgane davon, dass Öcalan hingerichtet werden solle, und bedienten sich nicht auszusprechender Schimpfwörter gegen ihn. Damals schrieb die Hürriyet, eine Zeitung, die starke psychische Manipulation zur Grundlage ihrer Publikation nimmt, dass Öcalan nicht hingerichtet werden solle, und vollzog somit eine 180°-Wendung. Genauso wie damals schreibt die Hürriyet nun, dass Öcalan für eine mögliche Lösung eine wichtige Rolle spiele.

Öcalan ist die Person, die diese Entscheidungen sehr leicht fällen kann

Am 18. Juli 2009 beschrieb Hürriyet-Kolumnist Ertuğrul Özkök unter dem Titel „Wird es etwas geben, dass es verhindert, immer wieder die auswendig gelernten Punkte zu wiederholen?“ seine Erwartungen so: „Wenn die Türken und die Kurden dieses Problem wirklich lösen wollen, dann müssen, denke ich, beide Seiten wirklich erst einmal Dinge zur Sprache bringen, die weit über das bisher immer wieder auswendig Gelernte und Wiederholte hinausgehen. Ich bin sehr gespannt, wie die Erklärung Öcalans aussehen wird. Denn ich glaube immer noch daran, dass er in der Lösung der kurdischen Frage einen wichtigen Platz einnehmen kann. Werden die

bewaffneten PKKler die Türkei verlassen? Werden die Waffen niedergelegt werden? Öcalan ist die Person, die diese Entscheidungen sehr leicht fällen kann. Wenn er als Erster die Waffe in die Hand genommen hat, sollte er auch derjenige sein, der die anderen davon überzeugt, die Waffen niederzulegen. Daher bin ich sehr neugierig, was für eine Erklärung am 15. August aus Imralı kommen wird. Wird er wieder von ganz allgemeinen Sachen wie ´Demokratische Republik` sprechen? Oder wird er das auswendig Gelernte der Türken und der Kurden überwinden und mutig sein ...“

„Die PKK ist keine terroristische Organisation“

Anhand einiger Artikel einiger Kolumnisten der Zeitungen Taraf, Radikal, Vatan und Sabah ist zu sehen, dass es auch Unterschiede in der Denkweise gibt. In der aktuellen Phase sind allen voran die Nachrichten und Kolumnen der Zeitung Taraf sehr interessant. In ihren Veröffentlichungen sind Akzente zu finden, die die AKP darin unterstützen und auch ermutigen, das Problem zu lösen: „Der Vergleich zwischen Mandela und Öcalan“, „Die PKK ist keine terroristische Organisation“, „Der Staat hat im Krieg gegen die PKK verloren“. Solche und ähnliche Aussagen geben den Kurden selbstverständlich ein Gefühl des Triumphs. Doch gleichzeitig steht auch fest, dass die Nachrichten dieser Zeitung von kurdischer Seite mit Bedacht wahrgenommen werden sollten.

Zunächst einmal ist es für beide Seiten das Richtige, die „Finger vom Abzug“ zu nehmen

Ein weiterer erwähnenswerter Kolumnist ist Hasan Cemal von der Milliyet. Er ist in Bezug auf seine Aussagen zur kurdischen Frage in der Position, beide „Seiten“ verstehen zu wollen. Seine Antworten auf die Frage „Wie soll diese Lösung aussehen?“ sind vor allem realistische Herangehensweisen, da er Vorschläge macht, die der Realität der Türkei entsprechen. Doch wie auch bei allen anderen Liberalen zu sehen, hat auch Hasan Cemal in der nahen Vergangenheit davon gesprochen, dass „die PKK ohne jegliche Bedingungen die Waffen niederlegen“ müsse. Dies würde dann natürlich die Umsetzung seiner Vorschläge erschweren. Am 24. Juli beschreibt er unter der Überschrift „Noch mehr Leid zu ertragen wäre dumm“ die Parteien dieses Krieges sehr konkret und schlägt eine von jeglichen kriegerischen Aspekten freie Lösungsmethode vor: „Es ist wichtig, bei den Schritten, die jeder erwartet, eine Auflistung zu machen, um somit die Prioritäten der notwendigen Schritte festzulegen. Die Gewalt muss als Mittel der Politik abgelehnt werden. Zunächst einmal ist es für beide Seiten das Richtige, die ´Finger vom Abzug` zu nehmen. Ohne Vorbedingungen sollte die PKK einen zeitlich unbefristeten Waffenstillstand einleiten und, wie es ja die PKK auch selber benennt, einen Rückzug in die ´Gebiete ohne Gefechte` machen. Wenn Öcalan wirklich will, dass die Waffen schweigen und nach einer bestimmten Zeit für immer niedergelegt werden, sollte er zunächst aufhören, so detaillierte Erklärungen abzugeben, und stattdessen den Waffenstillstand stabilisieren, so dass niemand mehr fürchten muss, dass der Krieg wieder beginnt.“ Cemal, der auch darauf hinweist, dass Öcalan nicht außer Acht gelassen werden kann, sagt weiterhin: „Eine solche Haltung würde in die Sackgasse führen. Auch die kurdische Frage und die PKK können nicht voneinander getrennt werden. Beide fließen ineinander. Es wird nicht möglich sein, eine Wand zwischen beide zu ziehen. Wenn Ihr die kurdische Frage klären wollt, dann gibt es keine andere Möglichkeit, als konkrete Schritte einzuleiten, die die PKK von den Bergen herunterholt. Als Letztes möchte ich Folgendes darlegen: Mit einigen schon längst abgenutzten und seit Jahren als nicht tauglich bewiesenen Klischees, auswendig gelernten ´Staatspostulaten` und natürlich auch mit dem Verständnis von Gewalt und Terror der PKK wird sich kein Weg zum Frieden öffnen.“



Friedensmarsch gegen Militäroperationen durch Ortschaften Kurdistans Foto: DIHA



Lösung der kurdischen Frage muss parallel zu einer gerechten juristischen Phase stattfinden

Auch die Aussagen des Journalisten Cengiz Çandar, der die Entwicklungen im Mittleren Osten und in der kurdische Frage aus der Nähe verfolgt, sind den Feststellungen von Cemal sehr nahe. In seinem Artikel vom 24. Juli in der „Radikal“ mit der Überschrift „Was für eine Lösung?“ macht er auf die Ereignisse von 1999 aufmerksam: „Hätten die ´Fehler des Staates in der Vergangenheit` wie beispielsweise die Leugnung der Kurden und die Assimilationspolitik einen politisch-ideologischen Hintergrund, so hätten die Worte Erdo-

ğans 2005 in Diyarbakır, die ja auch als eine ´Selbstkritik` bewertet werden können, wirklich starke Ansätze im Sinne der Lösung der kurdischen Frage bedeutet. Aber welche Ironie, wir haben es gegenwärtig mit Straftaten zu tun, die die ´Fehler der Vergangenheit` weitaus übertreffen. Daher muss das Projekt der Lösung der kurdischen Frage parallel zu einer gerechten juristischen Phase stattfinden. Genau deswegen ist es nötig, dass sich die Ergenekon-Ermittlungen auch östlich des Fırat [*Euphrat*] ausdehnen. Eine ´juristische Phase` wird das Problem nicht von allein lösen. Die Lösung der kurdischen Frage muss einen Inhalt haben."

Unvorhergesehene und komplexe Lösungsanalysen!

Unter den liberalen Kräften sind auch noch andere Meinungen zu finden. Alle wiederzugeben würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen. Daher möchte ich hier zwei Meinungen hervorheben, eine von Mehmet Ali Birand und die andere von Ruşen Çakır. Birand beschreibt in Bezug auf die kurdische Frage einen regelrechten Zickzack-Kurs. Er widerspricht immer wieder seinen früheren Texten. In seinen Artikeln aus den Jahren 2007, 2008 bezüglich der kurdischen Frage und der PKK engagiert er sich für das Militär und steht der EU ablehnend gegenüber. Zu beiden Themen hat er vieles „vorhergesagt". Nur hat sich keine seiner Prognosen bewahrheitet. Eine andere Kolumnistin, die genauso paradox schreibt wie Birand, ist Ruşen Çakır. Sie war selbst vor 1980 in revolutionären Bewegungen aktiv. Anschließend arbeitete sie zum Islam und zum türkischen Nationalismus. In der letzten Zeit ist zu beobachten, dass sie auch über die Kurden Analysen schreibt und Kommentare abgibt. Auch diese Schriften von Ruşen Çakır sollten vielseitig betrachtet werden. Denn sie muss einerseits den Anforderungen des Systems entsprechen, aber auch aufpassen, dass sie ihren Ruf als „Forscherin und Revolutionärin" nicht verliert. Dann kommt noch hinzu, dass, wenn sie etwas „Richtiges" entdeckt hat, über das sie schreiben kann, sie aber auch ihren Job nicht verlieren darf. Daher schreibt sie offene Briefe an wichtige Funktionäre der PKK, schreibt darüber, dass der Staat als Ansprechpartner gesehen werden muss, und bewegt sich durch ihre Kommentare bis hin zur ideologischen und auch persönlichen Welt Öcalans. Wenn wir die Analysen Çakırs nicht aus der politischen Perspektive betrachten, offenbart sich etwas anderes. Sie kommt aus einer revolutionär-sozialistischen Vergangenheit. Vielleicht steckt ja hinter ihren Bemühungen, Öcalan und die PKK nicht zu verachten, dass sie diese „Revolution" nicht selbst gemacht hat und dass eben diejenigen, die sie in der Vergangenheit als „Dörfler" abtat, nun schon mehr als dreißig Jahre, ohne aufzugeben, ohne müde zu werden, gegen alles Widerstand geleistet haben. Also eine komplexe Situation, die nicht benannt, deren Existenz nicht gesehen und über die nicht sehr viel nachgedacht wird. ♦

Check-ups durch Guerillaärztin

In den Dörfern und auf den Almen in der Umgebung der Kleinstadt Sideka in Südkurdistan wird die gesundheitliche Versorgung durch eine Guerillaärztin gewährleistet. Die aus Deutschland stammende „Doktor Medya" besucht seit zehn Tagen die einzelnen Dörfer in der Gegend und hat bisher bei 334 Dorfbewohnern Check-ups durchgeführt. Die Menschen in der Bergregion leben unter schweren Bedingungen und sind an keine Gesundheitsversorgung angebunden. Die von der Guerillaärztin Medya angebotene medizinische Versorgung beinhaltet auch die Aufklärung über Hygienemaßnahmen und ist kostenlos.



Dr. Medya ist seit ungefähr fünfzehn Jahren bei der Guerilla: „Wir waren erst auf den Almen im Kandil-Gebiet unterwegs, um der Bevölkerung eine gesundheitliche Versorgung zu bieten. Aufgrund der Angriffe des Iran auf das Gebiet sind wir nach Xinere gegangen. Die Menschen waren erst misstrauisch und fragten sich, was wir von ihnen wollen. Als sie gesehen haben, dass wir für die medizinische Hilfe keine Gegenleistung fordern, haben sie sich sehr interessiert gezeigt." Die Bevölkerung in der Gegend sei wegen der Angriffe insbesondere der iranischen Armee stark traumatisiert: „Insbesondere bei den Frauen und Kindern ist die Angst vor weiteren Angriffen ständig präsent. Zu ihren ohnehin harten Lebensbedingungen kommt die ständige Bedrohung hinzu. Dadurch entsteht Stress, und Stress ist nun mal der größte Feind der Gesundheit."

Neben der mobilen Ambulanz von Dr. Medya existiert im Gebiet Xinere auch ein Guerillakrankenhaus, das trotz der Bombardierung durch türkische Kampfflugzeuge seine Dienstleistungen fortsetzt. Im „Seyit-Rıza-Krankenhaus" wird für die Zivilbevölkerung einmal wöchentlich kostenfreie Gesundheitsversorgung angeboten.

Quelle: ANF, 01.08.2009, ISKU

Die 7. Generalversammlung des Kongra-Gel

Die historische Gelegenheit sollte richtig genutzt werden

Aus der Pressekonferenz von Murat Karayılan

Vom 21.–27. Juli 2009 fand die 7. Generalversammlung dese Kongra-Gel (Volkskongress) in den Medya-Verteidigungsgebieten statt. Auf der Generalversammlung wurden ein neuer Präsidialrat und ein neuer aus 30 Personen bestehender Exekutiv-Rat der KCK gewählt. Zum Vorsitzenden des Kongra-Gel wurde Remzi Kartal gewählt. Als Vorsitzender des Exekutivrates wurde Murat Karayılan bestätigt. Auf einer Pressekonferenz am 4. August erläuterte Murat Karayılan die Ergebnisse der Konferenz. Im Folgenden Auszüge aus seiner Rede:

Gründung einer Versöhnungskommission und Amnestie für Dorfschützer

„Die 7. Generalversammlung beschloss die ansatzweise Gründung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission. Um jedoch alle Tatsachen, Delikte, Verbrechen und Vergehen ans Tageslicht zu bringen, die während des Krieges geschehen sind, wurde besonders auf den Bedarf und die Dringlichkeit einer erweiterten Versöhnungskommission hingewiesen, an die sich beide Seiten wenden können, um eine wirkliche Versöhnung zu erreichen.

Unsere Generalversammlung hat beschlossen, Dorfschützern erneut die Möglichkeit zu geben, sich im patriotischen Sinne am gesellschaftlichen Leben der kurdischen Bevölkerung zu beteiligen. Es ist bekannt, dass der türkische Staat mit bestimmten Mitteln versucht, unser Volk in dieses Dorfschützersystem zu integrieren, um sie gegen diejenigen Kurden einzusetzen, die sich am Freiheitskampf beteiligen oder sich in diesem Sinne engagieren. Kurden wurden gegen Kurden aufgehetzt. Diejenigen, die sich für das Dorfschützersystem entschieden haben, wurden von dem Rest der Gesellschaft ausgeschlossen und ausgestoßen. Wir möchten allen Dorfschützern die Möglichkeit geben und diese auch dazu aufrufen, ihre Position als Dorfschützer aufzugeben, um sich im Gegenteil den Friedensbemühungen unseres patriotischen Volkes anzuschließen. Innerhalb der nächsten 6 Monate haben alle Dorfschützer die Möglichkeit, dies zu bedenken.

Gewalt wird die Verstrickungen nur vertiefen und keine Lösung bringen

Erneut haben wir auf unserer Generalversammlung darauf hingewiesen, dass es für die Türkei nichts anderes bringen wird als die Vertiefung der ökonomischen, sozialen, und politischen Krise, wenn sie auf Krieg und der ungelösten kurdischen Frage beharrt. Sie wird keine Gewinne dadurch haben. Die Türkei muss verstehen, dass das kurdische Volk nicht hilflos und verzweifelt gegenüber solch einer Politik des Staates ist. Unsere Bewegung und auch unser Vorsitzender Abdullah Öcalan haben mit ihrer aufrichtigen und selbstlosen Haltung für ein gemeinsames Leben der Türken und Kurden offen dargestellt, dass wir für eine Lösung dieses Problems bereit sind. Doch sollten wir trotz dieser Bereitschaft einer Leugnungs- und Vernichtungspolitik seitens des türkischen Staates gegenüberstehen, wird dem kurdischen Volk nichts anderes übrig bleiben, als einen anderen Weg in Betracht zu ziehen, um eine eigene unabhängige demokratische konföderale Lösung anzustreben. Unsere Generalversammlung hat diesen Aspekt besonders unterstrichen.

Die historische Gelegenheit sollte richtig genutzt werden

Unsere Generalversammlung hat erneut auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, auf der Linie des Friedens- und Demokratieprozesses zu beharren. Jedoch hat sie es auch als richtig empfunden, die erlangten Errungenschaften und die kurdische Bevölkerung vor möglichen Angriffen zu schützen. Deshalb war es wichtig, die Politik der Volksverteidigungskräfte zu stärken. Die Generalversammlung ist einheitlich zu der Überzeugung gelangt, dass alle Bereiche der Guerilla sowohl für den Frieden als auch bei möglichen Angriffen für einen Verteidigungskampf bereit sind. Entsprechende Perspektiven wurden gemeinsam diskutiert und beschlossen.

Am 15. August wird unser Vorsitzender eine Road Map für eine demokratische Lösung in der kurdischen Frage veröffentlichen. Alle Kreise, aber allen voran der türkische Staat, sollten eine ernsthafte Herangehensweise an diese Phase zeigen. Diese historische Gelegenheit muss unbedingt genutzt werden. Daher haben wir als Generalversammlung den Ministerpräsidenten, den Generalstabschef und den Staatspräsidenten der türkischen Republik dazu

aufgerufen, die Road Map, die in einigen Tagen von unserem Vorsitzenden bekannt gegeben wird, richtig zu bewerten. Wir werden auch, und so hat es unsere Generalversammlung erneut betont, alles in unserer Macht Stehende dafür tun, um die im Rahmen der Road Map auf uns zufallenden und notwendigen Schritte zu praktizieren. Wir haben erneut alle Parteien in dieser Frage dazu aufgerufen, eine verantwortungsbewusste Haltung einzunehmen und sich der Wichtigkeit dieser Phase bewusst zu sein. Sollten trotz all unserer Bestrebungen, die Lösung auf demokratische Weise zu erlangen, seitens des türkischen Staates militärische Mittel eingesetzt und unsere Kapitulation angestrebt werden, wird es zu einer Situation führen, deren Umkehrung nicht möglich ist. Es wird fatale Folgen haben, die niemand verantworten kann und die auch nicht wieder gutgemacht werden können.

Internationale Kräfte sollten sich für eine Lösung einsetzen

Ohne die kurdische Frage zu lösen, wird es nicht möglich sein, dass sich Demokratie, Frieden und Stabilität im Mittleren Osten entwickeln. Alle Kräfte im Mittleren Osten, allen voran Iran, Syrien und Irak, sollten sich den Demokratiebestrebungen unserer Bewegung anschließen, um somit ihren Beitrag zur Lösung dieser Frage zu leisten. Die demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage wird die Tür zu demokratischen und friedlichen Lösungen anderer Konflikte im Mittleren Osten darstellen. Es ist wichtig, dass internationale Kräfte wie USA, EU und Russland den seitens unserer Bewegung gestarteten Friedensprozess, die Road Map unseres Vorsitzenden und eine Lösung der kurdischen Frage unterstützen. Die Leugnungs- und Vernichtungspolitik der letzten hundert Jahre gegen unser Volk hat große Tragödien heraufbeschworen. Das kurdische Volk ist das älteste Volk in der Region. Gemäß den international verbrieften Grundsätzen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte niemand verhindern, dass dieses Volk die ihm zustehenden natürlichsten und legitimsten Rechte besitzt.

Die Schritte des türkischen Staates sollten nicht oberflächlich sein

Nach den Kommunalwahlen im nördlichen Kurdistan und der Türkei, die einem Referendum glichen, haben wir am 13. April einen Waffenstillstand ausgerufen. Die kurdische Bevölkerung forderte eine friedliche Lösung. Gleich nach den Kommunalwahlen führte der türkische Staat eine umfangreiche Operation durch und verhaftete 400 Personen, die auf legaler, legitimer Basis kurdische Politik machen, und sperrte sie ein. Gleichzeitig haben die umfassenden militärischen Operationen immer weiter angehalten. Trotz dieser Angriffe haben wir an dem Waffenstillstand festgehalten. Unser Beharren auf dem Frieden hatte Einfluss auf den türkischen Staat. In den nächsten Tagen wird unser Vorsitzender eine neue Road Map bekannt geben. Dies hat beim türkischen Staat zu einer Panik geführt. Als Reaktion besteht seitens des türkischen Staates gerade das Bestreben, nicht die Lösung von Abdullah Öcalan zu diskutieren, sondern seine eigene zu entwickeln. In diesem Sinne wurden schnellstens einige Erklärungen abgegeben und Schritte unternommen. Wir sind der Meinung, dass diese Schritte das Ziel haben, den Einfluss der Road Map unseres Vorsitzenden zu verringern. Hierdurch wollen sie eine Mauer gegen das Verlangen des kurdischen Volkes nach Demokratie und Freiheit errichten. In den Erklärungen des Innenministers waren positive Ansätze zu sehen. Es sieht allerdings so aus, als ob der türkische Staat diese Erklärungen sehr schnell und zügig von sich gibt. Daher sehen wir das Risiko, dass diese „Schritte" sehr oberflächliche Schritte sein werden. Auch der vorgeschlagene Rahmen zur Lösung der kurdischen Frage wird dementsprechend sehr eng und falsch sein.

Sollten Diskussionen über die kurdische Frage gestartet werden, dann sollte allem voran damit begonnen werden, über die Genozide und Massenmorde sowie die Vertreibungen zu reden. Nicht damit diejenigen, die sich auf den Bergen befinden, da heruntergeholt werden können. Diejenigen aus der Gesellschaft, mit denen der Staat redet, haben nicht die Autorisierung und die Befugnis, uns von den Bergen zu holen. Wir sind in die Berge gegangen, weil wir ein sehr heiliges Ziel hatten: die Freiheit eines Volkes zu erlangen. Ohne dies erreicht zu haben, werden wir von den Bergen nicht herunterkommen. Auch in der Vergangenheit wurden die Kommunisten zersplittert, um die „eigenen" vom Staat abhängigen Kommunisten zu schaffen. Dies sieht dem sehr ähnlich, was der Staat mit den Kurden plant. Indem unser Vorsitzender und unsere Bewegung an die Seite geschoben werden, kann keine Lösung erreicht werden. Von den Diskussionen möchten wir überzeugt werden. Daher erwarten wir Aufrichtigkeit. Unser Vorsitzender ist auf Imralı. Wenn sie mit ihren Lösungsansätzen wirklich aufrichtig sind, sollten sie dies mit ihm besprechen. Die Meinung und Haltung von Abdullah Öcalan sind für die Guerilla und das kurdische Volk sehr bindend. Auch bei dem Interview mit Hasan Cemal haben wir dies erwähnt. Sollte der türkische Staat unseren Vorsitzenden aufgrund der gegebenen Bedingungen nicht als „angemessenen" Ansprechpartner sehen, steht unsere Bewegung zur Verfügung. Wenn auch diese nicht als Ansprechpartner gesehen wird, so gibt es vom kurdischen Volk legitim gewählte Vertreter und Politiker, die als Ansprechpartner gesehen werden können. Wenn der Staat auch von diesen nicht überzeugt ist, dann sollten von beiden Seiten unabhängige Intellektuelle und erfahrene Personen gewählt werden, um entsprechende Lösungsmethoden zu finden. Wir hoffen, dass der Staat eine richtige Herangehensweise zeigt, um eine richtige Lösung finden zu können." ♦

Interview mit Yaşar Kemal

Wie wird die kurdische Frage gelöst?

Cem Erciyes, Radikal 25.07.2009 (Interview ist stark gekürzt)

Wir haben uns nie gefragt:
„Warum sind diese Menschen seit 80 Jahren auf den Bergen?“

Yaşar Kemal ist nicht nur der größte Name der türkischen Literatur, sondern er war schon immer ein Schriftsteller, der es schaffte, das Gewissen der in der Türkei lebenden Völker zu sein. Sein ganzes Leben lang war er im Aufstand gegen jede mögliche Art von Unterdrückung und setzte sich stets für die Freiheiten der Menschen ein. Auch versteckte er nie sein Wort zur Lösung der kurdischen Frage. Seit Längerem spricht er sich bei jeder Gelegenheit direkt und ohne jegliche Angst für Frieden und Freiheit aus. In seinen Artikeln, Büchern und Reden unterstreicht er immer wieder, dass Sprachen nicht verboten und nicht vernichtet werden können.



Yaşar Kemal Foto: DIHA

Ich wollte schon seit Langem ein Gespräch mit Yaşar Kemal über die kurdische Frage in der Türkei, seine Gedanken dazu führen. Ein Gespräch, in dem er alle seine Gedanken äußern kann. Nun kamen wir endlich dazu. Ich besuchte ihn mit Ismet Berkan und Oral Çalışlar. Unser begonnenes Gespräch warf Fragen auf, deren Antworten wiederum neue Fragen erforderten, und eine wundervolle Unterhaltung kam zustande. Yaşar Kemal erinnerte an die Ordnung im „Osten“, erzählte über die Staatspolitik der Türkei, das Leugnen der Kurden, das Dorfschützersystem und das Verbot der Sprache. Er sagte: „Niemand will, dass ihre Kinder sterben. Das kurdische Volk will Frieden.“

In den vergangenen Tagen sprach Staatspräsident Gül von einer „historischen Gelegenheit“, die kurdische Frage zu lösen. Ist nun die Zeit zur Lösung dieses Problems gekommen, das ja auch hochoffiziell als „größtes Problem der Türkei“ benannt wurde?

Der Staatspräsident ist gutgläubig. Die kurdische Frage ist das größte Problem der Türkei. Die kurdische Frage ist die Frage der Kultivierung der Türkei. Die kurdische Frage ist die Frage der Demokratisierung der Türkei.

Seit der Gründung der Republik haben die Augen der „Führenden“ die KurdInnen niemals erblickt. Am Ende von Anatolien leben „Geschöpfe“, die schlafen. Aber ab und zu werden sie durch Pfeil und Bogen geweckt. Wenn sie aufwachen, dann mit Würde. Sie töten diese „Geschöpfe“. Sie schickten diejenigen, die sie nicht töten konnten, ins Exil. Es wird immer noch erzählt: Die „Regierenden“ in Dersim würden immer wieder lachen und fragen: „Gibt es denn hier in Dersim irgendetwas, was nach Menschen aussieht?“ Sie hätten sich darüber lustig gemacht: „Gibt es denn hier auf den Bergen irgendetwas Menschenähnliches?“ Sie hätten sich gefreut und sich gefragt: „Wo sind denn diejenigen hin, die immer wieder ´kart-kurt`[1] machen?“

Nun ist ja der Staatspräsident nicht der Einzige. Die Menschheit ist jetzt mit ihm. Diejenigen „Regierenden“, die das nicht merken, überlasse ihrem Gewissen.

Der große Führer Mustafa Kemal Atatürk sah den Weg! Aber die „Regierenden“ sahen ihn nicht. Diejenigen, die die Türkei an diesen Punkt brachten, arbeiten immer noch voller Eifer daran weiter. Wer sind die? Wer bringt diese Nation in eine solche Lage? Niemand weiß, wer die sind. Trotz allem wird die Türkei die Demokratie erreichen. Der Staatspräsident gab denjenigen Kraft, die wirklich keinen Krieg mehr wollen. Diese Kraft wächst immer stärker. Dadurch wächst der Teil der Gesellschaft, der wirklich gutwillig ist.

Sowohl Türken als auch Kurden wollten sich eigentlich nie voneinander trennen. Das wird auch keine Kraft schaffen. Auch diejenigen, die es bis hierher getrieben haben, werden sich schämen und einen Unterschlupf suchen, um sich zu verstecken. So schwer, wie es aussieht, ist es nicht: Ein Volk wie das kurdische wird die auf den Bergen sehr leicht wieder herunterholen können. Von jung bis alt, niemand will, dass seine Geschwister, seine Kinder sterben, unter keiner Bedingung. Das kurdische Volk will

Frieden. Sollte ihre Kraft ausreichen, wird sich alles verändern. Krieg wird zum Frieden umgewälzt. Ich kenne die KurdInnen. Es gibt eine Redewendung im Kurdischen: „KurdInnen sterben eher, als dass sie ihr Wort brechen.“ Dies ist für alle diejenigen so, die in irgendeiner Weise mit KurdInnen zu tun hatten.

Ähnliche Konflikte gibt es auch in europäischen Staaten. Dort wurden sie mit „kulturellen und politischen Rechten“ gelöst. Wird der EU-Prozess Einfluss auf die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei haben können?

Es gibt Minderheiten in den europäischen Staaten. Sie haben lange Zeit in eigenen Ländern gelebt, sie haben gekämpft, haben gesiegt und wurden besiegt. Als die Zeit kam und reif war, haben sie alle Abkommen mit den „Regierenden“ ihrer Heimat schließen können. Somit haben sie ihre Sprache und Kultur bekommen. Das wichtigste Beispiel hierfür sind die Katalanen. Die seit hundert Jahren mit Spanien kämpfenden Katalanen haben schließlich mit Spanien Abkommen treffen können und haben sich vereint. Nun sind sie sehr glücklich. Ich hatte die Möglichkeit, mich mit dem Vorsitzenden Jordi Pujol[2] – der ja zu einer Legende geworden ist – zu unterhalten. Er erzählte mir den Frieden von Anfang bis Ende. Auch er war wie alle anderen einfach nur glücklich. Der Frieden hatte beiden Völkern eine unglaubliche Freude gebracht. Denn sie hatten ihre Sprache und Kultur gewonnen. Diese Kultur, die nicht nur in Spanien, sondern auf der ganzen Welt unzählige Menschen bereichert hat und somit zur Bereicherung der Welt beitrug, hat wichtige Menschen hervorgebracht. Wie beispielsweise Miró, Tàpies, Dalí, Gaudí, Bofill in der Kunst und Albéniz, Casals, Caballé, Carreras in der Musik. Ein katalanischer Journalist, den ich kennenlernte, sagte einmal: „Wenn die uns jetzt wieder von Spanien trennen würden, würden wir wieder auf unsere hundertjährigen Berge steigen. Ich wünschte, Sie könnten unsere Sprache und würden sich mit den KatalanInnen unterhalten. Denn dann würden Sie hören, dass sie Ihnen dasselbe sagen würden.“ Katalonien ist seit hundert Jahren das reichste Gebiet Spaniens. Heute ist es immer noch so.

Die EU ist sehr uneins. Es gibt Staaten, die die Türkei mögen, und welche, die sie nicht mögen. Obwohl eine demokratische Türkei der EU sehr helfen könnte.

Die kurdische Frage ist ein Faktum, das die Kraft der Türkei auf der Welt schmälert. Die EU weiß nicht, wie sie sich gegenüber der Türkei verhalten soll. Die Regierenden in der Türkei haben auch große Angst vor der Demokratie. In einem demokratischen Land, lassen Sie 20 Millionen Menschen beiseite, sollte es nicht einen Menschen geben, der nicht die Möglichkeit hat, von seinen Rechten Gebrauch zu machen.

Fraglich ist, warum die EU trotz allem der Türkei Hilfe leistet. Dies habe ich bis heute nicht verstanden. Vielleicht etwa, weil sie wollen, dass die Türkei kein demokratisches Land wird? Obwohl die Gründer der EU das Ziel hatten, dass sich die Demokratie in allen europäischen Ländern und auf der ganzen Welt verbreitet. Die EU stellte eine große Hoffnung für die Menschheit dar.

Wird es für die Türkei nicht schwer sein, nach so viel Krieg, Tod, politischen Konflikten zu einer gleichheitlichen Türkei zu werden und mit der eigenen Bevölkerung in Frieden zu leben?

Eine gute Frage. In diesen Tagen, in diesen Jahren wird es leicht, sich zu versöhnen. Natürlich nur, wenn die Regierenden mit den in ihrem Land lebenden Völkern in Frieden leben wollen und nicht darauf beharren, auf die Kriegskarte zu setzen. Die überwältigende Natur und der Boden Anatoliens gehören niemandem und die Menschen in diesem Gebiet sind auch keine Waisen.

Vergessen wir nicht, einst hatten die Imperialisten die Welt besetzt. Die Länder leisteten Widerstand. Die Imperialisten töteten die Widerstand Leistenden wie am laufenden Band. Die Widerständler wurden massenhaft ins Exil verbannt. Indien stand unter der Herrschaft eines kultivierten Landes. Indien hatte aber auch einen Helden. Dieser Held war sehr gutwillig. Man sagt, dass er den passiven Widerstand von Tolstoi hatte. Die Imperialisten warfen den passiv Widerstand Leistenden immer wieder und ohne Ende in den Kerker. Der passiv Widerstand Leistende trug Sandalen an den Füßen und ein weißes Nachthemd. Immer wieder, wenn er aus dem Kerker freikam, hielt er sich unter der Bevölkerung auf. Manchmal ging er zusammen mit seiner Ziege nach England oder Südafrika. Tage vergehen, Jahre vergehen. Unser passiv Widerstand Leistender wird aus dem Kerker entlassen und bewegt sich in der Bevölkerung, um ihr den passiven Widerstand näherzubringen. Eines Tages begannen die Engländer, sich aus Indien zurückzuziehen. Für einige war dies ein Wunder. Die Engländer wussten, was der Grund war.

Der passive Widerstand unseres Zeitalters kann nicht der von Gandhi sein. Trotzdem werden die Menschen dieses Zeitalters mit passivem Widerstand für ihre Befreiung kämpfen und die Menschen werden von Hunger, Armut und Leid befreit. Und die Menschheit wird wie neugeboren in einer ganz neuen Welt leben.

Wie bewerten Sie die Äußerungen der DTP und die Tatsache, dass die DTP im Parlament vertreten ist? Können wir davon ausgehen, dass diese Tatsache die Chance auf eine politische Lösung vergrößert?

Sehr, sehr gut. Die Kurden haben es auf eine Weise geschafft, ins Parlament zu gelangen, aber diese alten Politiker können dies einfach nicht schlucken. Obwohl wir eigentlich durch den Einzug der DTP ins Parlament der Demokratie etwas näherkommen.

Zuvor waren die vom Volk gewählten VertreterInnen [*der DEP; 1994*] aus dem Parlament geworfen worden. Jede/r von diesen musste mehr als zehn Jahre im Gefängnis bleiben. Was war denn deren Schuld? Haben sie Menschen umgebracht und die Leichen anschlie-

ßend in Brunnen und Schächte geworfen? Haben sie das Volk beraubt? Haben sie dazu beigetragen, dass der Staat ausgeraubt wurde? Was war denn ihre Schuld? Eine Dame im Parlament, vom Volk gewählt, trägt ein rot-gelb-grünes Haarband, während sie ihren Eid ablegt. Am Ende ihres Eides sagt sie auf Kurdisch: „Diesen Eid lege ich für die Geschwisterlichkeit des türkischen und des kurdischen Volkes ab." Der Sturm bricht los. Über zehn Jahre mussten die Abgeordneten im Gefängnis sitzen. Nach ihrer Entlassung wurden ihnen alle ihre politischen Rechte entzogen. Sie sprachen von der EU; fragen wir uns doch einfach, was die EU, die ja eigentlich mit dem Ziel des Friedens gegründet wurde, unternahm? Gar nichts! Sie unternahm gar nichts. Beinahe hätte ich es ja vergessen: Die EU belohnte diese Dame, die im Parlament ihren Eid auf Kurdisch ablegte und deswegen Jahre im Knast verbringen sollte, mit einem sehr wichtigen Preis [*Sacharow-Preis für geistige Freiheit; 1995*].

Sollte sich ein Weg zum Frieden öffnen, wer wird dann miteinander verhandeln? Wer werden die Vertreter beider Seiten sein? Man sprach ja auch von einer „Delegation der Weisen". Würden Sie, Yaşar Kemal, die Rolle eines Vermittlers übernehmen wollen?

Alle wissen eigentlich, wie die Lösung aussehen muss, zumindest all diejenigen, die in der Lage sind, eine Lösung zu produzieren: die Gewährleistung der Menschenrechte, die ja ein unentbehrliches Recht der kultivierten Welt von heute sind. Nicht langsam, nicht ängstlich und nicht mit Schildkrötenschritten. Sondern die wahre Anerkennung dieser Rechte als Notwendigkeit und unentbehrlicher Bestandteil einer kultivierten Demokratie. Eine neue Ordnung ist vonnöten, in der alle Menschen ihre Sprache sprechen, ihre Kultur leben und in natürlicher Weise ihre Freiheit genießen können. Es muss von allen verstanden und akzeptiert werden, dass dies keine Gunst ist. Sondern eine Bereicherung des Landes bedeutet. Kurz gesagt, die Umwälzung der Türkei in ein kultiviertes demokratisches Land.

Diese „Delegation von Weisen" wurde rege diskutiert. Auch ich habe selbstverständlich darüber nachgedacht, was ich machen kann, wozu ich beitragen kann. Aber ich muss doch sagen, während die Lösung ja eigentlich so offen daliegt, sind eine Delegation von Weisen oder Vermittler nicht notwendig. Das einzig Notwendige ist eine entschlossene politische Instanz. Eine politische Instanz, die fähig ist zu sehen, dass alle politischen Züge, die auf Angst und Gewalt aufgebaut sind, den Konflikt nur noch stärker zu einem unlösbaren Knoten formen werden. Eine politische Instanz, die im wahrsten Sinne des Wortes an Demokratie, Menschenrechte, die Würde des Menschen, die Werte der Menschen nicht nur in der Theorie, sondern in der Tat glauben.

Krieg und Frieden zwischen Kalmüken und Kirgisen

Nun möchte ich eine Episode aus dem Manas-Epos erzählen, das ich zusammen mit Tschingis Aitmatow gelesen habe. Das Manas-Epos der Kirgisen ist zugleich das Epos der Lieder in Mittelasien. Es wird auf der Welt immer bekannter und bald so bekannt sein wie die Ilias und Dede Korkut.

Eine Anekdote – Während die „weisen Männer" in der Türkei so aktiv diskutieren.

Die Kalmüken sind ein großes und starkes Volk. Sie lassen den Kirgisen keine ruhige Minute. In der Geschichte wurden die Kirgisen immer wieder von den Kalmüken gefangen genommen. Sie leisten immer wieder Widerstand gegen die Unterdrückung durch die Kalmüken. Mal besiegen sie die Kalmüken – aber die greifen erneut an. Nach Jahren erlangen die Kirgisen ihre Freiheit zurück. Und das „Spiel" fängt von Neuem an. In beiden Nationen wechseln die „Chefs" (Khane) und die Menschen, der Krieg jedoch hält immer weiter an. Mal werden die Kirgisen von den Kalmüken besiegt. Anschließend siegen wieder die Kirgisen und gewinnen ihre Freiheit zurück.

Die Jahre vergehen – und ein wichtiger Khan an der Spitze der Kalmüken versammelt alle ihre Weisen und berichtet ihnen, dass sie die Kirgisen immer besiegen, die aber im Anschluss Widerstand leisten und wieder die Freiheit erlangen. Er fragt die Weisen: „Was müssen wir tun, damit die Kirgisen, nachdem wir sie besiegt haben, sich nicht mehr gegen uns erheben, damit sie endgültig nur noch Hirten werden, damit sie uns ihr Leben lang dienen und sich nie wieder erholen können? Geht los und kommt nach drei Monaten wieder. Sollte einer von Euch eine wirklich großartige Idee haben, wird er von mir reich beschenkt werden."

Die weisen Männer traten nach drei Monaten wieder vor den Khan: „Khan, wir haben alle nachgedacht und sind zu dem Entschluss gekommen, dass die Kirgisen keinen Aufstand mehr wagen können, wenn allen die Zunge abgeschnitten wird. Denn dann können sie nie wieder kämpfen und Krieg führen." Der Khan entgegnete: „Diese Antwort gefällt mir nicht. Geht und kommt nach drei Monaten wieder."

Nach drei Monaten kamen die Weisen erneut zum Khan. Jeder von ihnen hatte einen Vorschlag. Aber dem Khan gefiel keine dieser Ideen. Er sah jemanden in einer Ecke hocken: „Bist Du nicht der Meinung, dass wir ihnen die Zungen abschneiden sollen?" „Bin ich nicht", sprach der. „Nun gut. Was wäre denn Dein Vorschlag?", fragte der Khan. „Ich würde sagen, lasst uns zu den Kirgisen gehen. Die wollten doch schon seit Längerem Frieden mit uns", antwortete der Fremde in der Ecke.

Der Khan dachte kurz nach und sprach zu allen: „Ab jetzt wird es keinen Krieg mehr geben. Für nichts auf dieser Welt sollen mehr Menschen töten und sterben."

Eine Anekdote – Während die „weisen Männer" in der Türkei so aktiv diskutieren. ♦

Fußnoten:

1. Zur Herabwürdigung der KurdInnen wurde früher die Herkunft der Bezeichnung „Kurden" mit dem Geräusch von Schritten auf hartgefrorenem Schnee in den Bergen erklärt.
2. Bis 2003 Regierungschef Kataloniens und Parteivorsitzender der *Convergència i Unió*.

Lancierte Putschpläne und die dritte Anklageschrift

Die unendliche Dunkelheit der Türkei: Ergenekon

Baki Gül

Das Ergenekon-Abenteuer der Türkei dauert an. Während die noch immer versucht, dem EU-Beitrittsprozess nachzukommen, gelangen immer neuere Fakten und Tatsachen ans Tageslicht. Diese betreffen alle Bereiche von der Justiz bis zum Militär, von den Universitäten bis zu den Gewerkschaften, von zivilgesellschaftlichen Organisationen bis zu den Medien und der Mafiawelt. Der Ergenekon-Skandal bildet also ein dunkles Beziehungsnetzwerk. Mitte Juni veröffentlichte die in der Türkei erscheinende und liberal ausgerichtete Zeitung „Taraf" Dokumente, aus denen ersichtlich wird, dass innerhalb der türkischen Sicherheitskräfte Pläne geschmiedet worden waren, die regierende AK-Partei „fertigzumachen". Für diejenigen in der Türkei, die das Militär inzwischen gut kennen, war das nichts Erstaunliches. Dennoch werden diese Pläne in der Presse und der Öffentlichkeit immer noch diskutiert. Das Militär verkörpert das Zentrum der Putsch-Pläne. Daher wurde es nach der Veröffentlichung auch noch einmal aus einem anderen Blickwinkel diskutiert.

Nach der Publikation der Unterlagen in der Taraf am Freitag, dem 12. Juni, verordnete Generalstabschef Ilker Başbuğ Überstunden. Alle Computer der 3. Zweigstelle der Informationsunterstützungsabteilung des Präsidiums des Generalstabschefs wurden beschlagnahmt, denn man ging davon aus, dass die Unterlagen hier unter dem Tisch der Presse übermittelt worden waren. Zur gleichen Zeit wurde das gesamte Datenverarbeitungssystem einer technischen Inspektion unterzogen. Der Direktor der 3. Zweigstelle der Informationsunterstützungsabteilung des Präsidiums des Generalstabschefs wandte sich an die Mitarbeiter der gesamten Informationsunterstützungsabteilung und an Marineoffizier Dursun Çiçek, dessen Unterschrift auf den veröffentlichten Unterlagen zu sehen ist. Er erhoffte sich mehr Informationen. Der Oberst wurde zunächst von einem Zivilgericht verhaftet, ein Militärgericht jedoch sorgte für seine Freilassung, was die schmutzigen und komplexen Beziehungen der türkischen Justiz auf die Tagesordnung beförderte. Während dies sowohl in der Presse als auch in der Öffentlichkeit noch rege diskutiert wurde, erklärte die 13. Strafkammer Istanbul die 3. Anklageschrift im Ergenekon-Verfahren für angenommen. Darin tauchen erneut Namen von Universitätsrektoren, Professoren, Generälen, Gewerkschaftern, bekannten Medienleuten, eines ehemaligen Sekretärs des *Nationalen Sicherheitsrats* auf, ja sogar der Name des ehemaligen Generalstabschefs Hilmi Özkök. Mit dieser 1 454 Seiten langen Schrift werden als Angeklagte benannt: Ibrahim Şahin (ehemaliger Abteilungsleiter der Spezialeinheiten), Mustafa Özbek (ehemaliger Metall-Gewerkschafts-Vorsitzender) und zahlreiche Rektoren, Offiziere und Polizisten. Jedoch sind die Namen einiger Beschuldigter wie des flüchtigen Bedrettin Dalan nicht zu finden. Später wurde in Erfahrung gebracht, dass der Name Dalans nicht auftaucht, da auch die im Dorf Poyraz gefundenen Waffen nicht mit aufgenommen wurden.

Den Angeklagten werden als Delikte vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung anzuführen, Mitglied in einer terroristischen Vereinigung zu sein und die Regierung durch Gewalt und Nötigung in ihrer Arbeit behindert zu haben.

Laut der Zeitung Hürriyet sind dies die wesentlichen Punkte der umfangreichen Anklageschrift: Die Einleitung beinhaltet die Aktionen und die Anschlagspläne des als „Terrororganisation Ergenekon" benannten Gebildes. Auch die bisher in diesem Fall beschlagnahmten Waffen werden hier aufgelistet.

Das zweite Kapitel behandelt die individuelle und juristische Situation der Angeklagten. Außerdem werden die Beschuldigungen aufgezählt. Auch werden hier die Vorwürfe aus den vorherigen Ergenekon-Prozessen wiederholt.

Anders als in den anderen Anklageschriften wird in dieser den beschlagnahmten Waffen erheblicher Platz eingeräumt. In der Auflistung finden sich 57 Panzerabwehr-Waffen (14 davon leer), 84 Artilleriegeschosse, 424 Handgranaten, 175 Pistolen, 22 Langrohrwaffen, ca. 3 kg explosives Pulver.

In dieser Anklageschrift findet sich unter anderen auch die Behauptung, dass das Massaker von Sivas [*1993*] ebenfalls Ergenekon zu verantworten habe. Daher wird erwähnt, dass neue Videoaufnahmen zu dem Massaker aufgetaucht seien.

In der 1. Ergenekon-Anklageschrift, die 2 455 Seiten lang war, wurden insgesamt 86 Personen angeklagt.

Die 2. Anklageschrift umfasste 1 909 Seiten und klagte 56 Personen an. Ein wesentlicher Teil behandelte die Putschversuche und Tagebücher Angeklagter.

In der 3. Anklageschrift, die von der 13. Strafkammer Istanbul angenommen wurde, wird der armenische Patriarch Mesrop Mutafyan offiziell als „Opfer" benannt. ♦

Was werden die Wahlen in Südkurdistan bringen?

Die klassische Politik des Südens muss sich ändern

Eine Analyse von Baki Gül

Am 25. Juli 2009 fanden zum dritten Mal seit 1992 Wahlen in Südkurdistan statt. Im Vergleich zu den beiden Malen zuvor verliefen diese in einer ruhigeren Atmosphäre. 78 % der WählerInnenschaft (2,5 Mio. von 4,38 Mio. EinwohnerInnen) des seit 1991 autonomen Südkurdistan beteiligten sich an der Wahl, zu der 24 Listen antraten. Der auch von der *Partei für eine demokratische Lösung in Kurdistan* (PÇDK) unterstützten Liste „Hiwa" wurde die Teilnahme verboten. Gewählt wurden in drei kurdischen Provinzen der Präsident der „Autonomen Region Kurdistan" sowie die 111 Abgeordneten des Parlaments.

Während die *Patriotische Union Kurdistans* (YNK) und die *Kurdische Demokratische Partei* (PDK) auf der gemeinsamen „Kurdistani-List" antraten und mit 59 Sitzen wie erwartet stärkste Kraft im Regionalparlament wurden (gegenüber 90 % 2005), erhielt der aus der YNK ausgetretene frühere Vizeparteichef Nushirwan Mustafa mit seiner neu gegründeten Liste „Gorran" (Wandel) in der YNK-Hochburg Suleimaniya mit knapp 50 % (gegenüber ca. 35 % der „Kurdistan-Liste") die Mehrheit der Stimmen. Der PDK-Vorsitzende Mesud Barzani wurde mit knapp 70 % zum Präsidenten gewählt.

Welche Bedeutung haben diese Wahlen für Südkurdistan? Wie werden der Irak, die Türkei, der Iran und Syrien, vor allem aber die USA als die Staaten, die ihre dominante Politik in Kurdistan fortsetzen wollen, diese Wahlergebnisse bewerten? Wie wird der Status, den Südkurdistan gewonnen hat, in Zukunft gehalten werden? Welchen Einfluss werden Nordkurdistan und die PKK-Bewegung auf die Zeit nach den Wahlen haben? So und ähnlich kann unendlich weitergefragt werden. Doch ist es wirklich schwer, dies angemessen zu beantworten.

Trotz der Argumentation, aufgrund der Wahlen funktioniere die Demokratie in Südkurdistan, liegt hier doch noch immer eine „geschlossene Gesellschaft" vor. Dies gilt vor allem für das politische Leben und die Organisierung der dortigen politischen Parteien. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass externe Dynamiken, allen voran die USA, Irak, Türkei und Iran, die Realität in Südkurdistan beeinflussen wollen. Auch wenn politische Parteien mit Namen aus dem modernen Politik-Wortschatz gegründet werden, sieht ihre Praxis im politischen und gesellschaftlichen Alltag gegenteilig aus. Das hat sowohl mit historischen Gegebenheiten als auch mit den aktuellen Bedingungen zu tun.

In Südkurdistan wurde kein Wahlkampf geführt, wie wir ihn aus Nordkurdistan oder westlichen Demokratien kennen. Die Grundlage des Wahlkampfs der *Demokratischen Patriotischen Allianz Kurdistans* von PDK und YNK, die an der Macht sind und die Mehrheit im Parlament stellen, wurde zum ersten Mal von Mesud Barzani programmatisch in Suleimaniya bekannt gegeben: „Zu den Prioritäten des Programms gehört die Stärkung der Einheit und Geschlossenheit meines Volkes, der Schutz unserer Errungenschaften; die Verteidigung der Prinzipien der Demokratie, der Presse, der individuellen Rechte und Freiheiten. Denn unsere vorrangige Bedingung ist die Bewahrung der hohen Interessen und Errungenschaften des kurdischen Volkes sowie die Schaffung einer klaren Zukunft. Das Abkommen einer strategischen Zusammenarbeit zwischen PDK und YNK beruht auf dieser Linie." Er unterstrich auch in Suleimaniya, dass zwischen KurdInnen kein weiteres Mal Krieg ausbrechen dürfe: „Es darf nicht noch einmal zum Bruderkampf kommen. Kurdisches Blut darf nicht von kurdischer Hand vergossen werden. Wir haben dies für verboten erklärt. In Sachen Kirkuk gibt es keine Zugeständnisse." Außerdem werde der Kampf der KurdInnen um Rechte in Bagdad weitergehen, und Barzani fügte hinzu: „Wir haben besprochen, dass in Erbil ein umfangreicher Kongress stattfinden wird, an dem alle kurdischen Parteien und Organisationen teilnehmen. Auf diesem Kongress wollen wir nach außen die politische Einheit der Kurden bilden. Außerdem werden wir Transparenz- und Finanzprüfungskommissionen bilden, um in Zukunft die Korruption an ihrer Wurzel zu bekämpfen."

Diese Punkte aus dem Wahlkampfprogramm Barzanis betreffen nicht nur Südkurdistan. Der Status von Kirkuk und das kurdische Öl betreffen die gesamte Welt, vor allem aber die US-amerikanische und die irakische Zentral-Regierung. Darüber hinaus ist klar, dass der Iran, die Türkei und Syrien alles in ihrer Macht Stehende unternehmen werden, um mögliche Errungenschaften der KurdInnen zu verhindern. Sie werden sich nicht nur in Sachen Kirkuk und Öl, sondern auch kurdischer Nationalkongress „extrem empfindsam" verhalten, bis sie ihr Ziel erreichen. Die Aussage im Wahlprogramm, dass von nun an keine innerkurdischen Kämpfe mehr stattfinden sollen, bürdet den Süd-KurdInnen eine große Verantwortung

auf. Doch ist es ein anderer Diskussionspunkt, dass einerseits von der kurdischen Einheit gesprochen und andererseits in einem Gebiet, das Kurdistan heißt, eine kurdische Partei von den Wahlen ausgeschlossen wird.

In Südkurdistan warten im Wirtschaftsleben, im sozialen Bereich und auf kulturellem Felde eine Reihe von Schwierigkeiten auf ihre Behandlung. Sollte auch weiterhin nur durch den Bau von Gebäuden darauf geantwortet und keine Sozialpolitik entwickelt werden, wird dieses Problem in kurzer Zeit alle KurdInnen betreffen. Aus diesem Grund kann die Realisierung der Wahlen in Südkurdistan als wichtiges Ereignis bewertet werden. Ohne jedoch die momentanen politischen Strukturen, die Wirtschaftsordnung und die gesellschaftlichen Veränderungen richtig zu analysieren, enge Bindungen zu den anderen Teilen Kurdistans aufzubauen und die anti-kurdische Politik in Iran, Türkei, Syrien und Irak richtig einzuschätzen, wird es in Südkurdistan schwer werden, eine effektive Politik zu verwirklichen.

Türkei vergiftet die südkurdische Politik

Der Orden Fethullah Gülens ist dabei, sich in Südkurdistan zu organisieren. Der türkische Staat betreibt eine anti-kurdische Politik gegen die PKK. Das türkische Kapital versucht, die südkurdischen Ressourcen an die Türkei zu binden. Die in Südkurdistan beheimateten politischen Institutionen arbeiten daran, enge Verbindungen zur Türkei aufzubauen. All diese Punkte vergiften das ohnehin problematische politische Klima in Südkurdistan.

Die Wahlen in Südkurdistan wurden von der türkischen Presse sehr genau beobachtet. Auffallend und nachdenklich war der anschließende Hürriyet-Artikel vom 27. Juli 2009 „Einfluss des MGK [*Nationaler Sicherheitsrat*] auf die kurdischen Wahlen“. Demzufolge soll die *Unabhängige Hohe Wahlkommission* IHEC des Irak die Türkei darum gebeten und auch eingeladen haben, als Beobachterin an den Wahlen teilzunehmen. Die dann teilnehmende Beobachtungsdelegation – dies geschah nur mit der Zustimmung des MGK – hatte nicht das Ziel, die Wahlen zu beobachten, sondern sie im eigenen Interesse zu beeinflussen. Es ist anzunehmen, dass der MGK, sozusagen das Zentrum der Politik im Hinblick auf Südkurdistan, das Verbot der Kandidatur der kurdischen PÇDK verursachte. Die Türkei ist bestrebt, gegen alle pro-kurdischen Entwicklungen vorzugehen. Daher wird sie wahrscheinlich auch die gegenwärtigen Wahlresultate taktisch ins Leere laufen lassen wollen. Insbesondere Nushirwan Mustafa ist für seine Anti-PKK-Haltung bekannt. Es ist daher absehbar, dass sich sowohl die Türkei als auch der Iran in die Politik Südkurdistans einmischen werden, um ein Stück des Kuchens abzubekommen.

Gefährliche Phase für die Parteien im Süden

Ohne Frage wird sich jede Partei, die an den Wahlen teilgenommen hat, auch im Hinblick auf das eigene Wahlergebnis neu formieren und neu strukturieren. Die PDK, mit ihrem Zentrum in Hewler, hat es geschafft, ihre Kraft zu wahren. Von der YNK jedoch, hauptsächlich in Süleymania organisiert, wird erwartet, dass sie nun mit neuen Situationen konfrontiert sein wird.

All diejenigen, die sich in den politischen Balancen des Mittleren Ostens auskennen, weisen nach den Wahlen auf den YNK-Abtrünnigen Nushirwan Mustafa als eine „neue“ Figur hin. Diese kann zu einer erneuten Spaltung in der YNK führen, was fraglos auch Auswirkungen auf die PDK haben wird. Kein geringer Stimmenanteil waren die 25 % für Mustafa bei der Parlamentswahl, und das gegen den YNK-Vorsitzenden Celal Talabani, der ja gleichzeitig auch irakischer Staatspräsident ist. Für die Kurdistan-Politik ist diese Tatsache eine wichtige und neue. Ein erfahrener Journalist, der seit der Irak-Intervention die Politik vor Ort verfolgt, schreibt, dass die Diskussionen, die vorgesehene Regierung könne auf Grundlage dieses Wahlergebnisses nicht erwartungsgemäß gebildet werden, sich ausschließlich auf Süleymaniya und Hewler konzentrieren würden. Außerdem sei es besonders für die Außenmächte von großer Wichtigkeit, dass Barham Salih [*YNK, Spitzenkandidat der PDK-YNK-Allianz, irakischer Vize-Premier al-Malikis*] in eine Position zu befördern, dass er – wie nun geschehen – mit Leichtigkeit den Sitz des Ministerpräsidenten einnehmen könne.

Es hat zwar den Anschein, als sei die islamische Organisierung in Südkurdistan geschwächt. Doch fehlt in diesem Punkt ein klarer Überblick. Es lässt sich also anhand der Wahlergebnisse schwer ablesen, in welchem Zustand diese islamischen Organisationen wirklich sind, die ja noch bis vor einigen Jahren mit Aktionen verschiedener Art, auch mit massenhafter Teilnahme, sichtbar waren. Es ist auch genauso unklar, wie diese



Protest gegen das Verbot der Hiwa-Liste in Süleymaniye Foto: DIHA

halblegalen Organisationen sich legalisieren werden, um erneut an der legalen Politik teilhaben zu können. Vor den Wahlen im Jahre 2005 wurde ein Bombenangriff auf ein Büro der *Islamischen Partei* in Duhok verübt, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Ein weiterer Faktor für den schwindenden Einfluss der islamischen Parteien war der von YNK und PDK in den letzten vier Jahren auf sie ausgeübte Druck. Der war so stark, dass sie noch nicht einmal zum Wahlkampf in der Lage waren. Es wird spekuliert, dass die zuvor den islamischen Parteien zugefallenen Stimmen nun an die „Gorran"-Liste gehen.

Die PKK kritisierte offen den Wahlausschluss der PÇDK. Die KCK erklärte sich in diesem Wahlgang für unparteiisch.

USA sind mit der aktuellen Lage unzufrieden

Nach dem langsamen Beginn des Abzugs von US-Truppen und entsprechenden Äußerungen von US-Seite werden die Wahlen in Südkurdistan als Stabilisierung des dortigen politischen Lebens bewertet. Die USA zeigen eine sehr ausgewogene Politik in Bezug auf den bisher noch nicht geklärten Status Kerkuks und die dadurch entstehenden Widersprüche mit der zentralirakischen Regierung. Eine konkrete Bemühung ist in diesem Fall nicht zu sehen. Sie versuchen, beide Seiten auszubalancieren. Auch ist fraglich, wie die USA nach diesen Wahlergebnissen die Kurdenpolitik der Türkei beeinflussen werden. Die Kurden sind in diesem Punkt sehr bedachtsam.

Jerry Weinberger, Professor der Politischen Wissenschaften an der Staatsuniversität Michigan und bis vor Kurzem noch an der US-amerikanischen Universität in Süleymania, kritisierte jüngst in einem Artikel scharf die politische Mentalität von Barzani und Talabani. Auch bewertet er die Entwicklungen in Südkurdistan als „chaotisch" und plädiert für einen dringenden Politikwechsel. Weiterhin schreibt er: „In Kurdistan laufen die Sachen nicht gerade im Lot. Wenn alle Halunken in den Knast kämen, gäbe es keinen mehr, der die Regierung führen könnte. Auch gäbe es dann keinen mehr, der einen Überblick über die Erdölabkommen mit der Außenwelt hat. Ebenfalls gäbe es dann auch niemanden mehr mit Überblick über die Machenschaften in der Black Box Regierung. Der Westen lobte Kurdistan, weil es ein gutes Vorbild für eine Demokratie und eine gute Regierung wäre. Dies ist eine Legende. Wetten wir: Die außenpolitischen Gremien der USA sind davon überzeugt, dass die in Süleymania in den dunklen Ecken gebauten Hochhäuser oder die entsprechend noch andauernden Bauarbeiten eine Entwicklung darstellen würden. Obwohl es gar nicht so ist. (…)

Die beiden Parteien PDK und YNK sind nach dem sowjetischen Parteimodell gebildet. Beide besitzen je ein Politbüro, das dafür genutzt wird, strikte Befehle von oben an alle zu erteilen. Die PDK unter der Führung Mesud Barzanis ist noch strenger und konservativer. Die Wurzeln der YNK unter der Führung Celal Talabanis wiederum liegen in einer fortgeschrittenen Koalition. Daher verfügt sie auch im Gegensatz zur PDK über eine immer noch lockerere Struktur. Die Parteien üben ihre Kontrolle über breite imperative besitzergreifende Netzwerke aus. Diese beiden Politbüros haben in Kurdistan fast alle Familien in ihren ´Besitz` genommen. (Schließlich ist ca. einer von vier Kurden von der Regierung angestellt. Das ist kein kleiner Anteil.) Dies bildet das Gesicht der Regierung, der Wirtschaft und der zivilgesellschaftlichen Organisationen."

Südkurdistan benötigt eine demokratische Basispolitik

Basierend auf diesen Feststellungen und den gegenwärtigen Tatsachen ist es von großer Notwendigkeit für Südkurdistan, dass sich das Volk auf der Grundlage einer Basisorganisierung an der Politik beteiligt. Es ist PDK und YNK nur zu empfehlen, die Erfahrungen der PKK zu erörtern, die ihren Kampf in Nordkurdistan begann und dann auf die anderen Teile ausweitete und rege Unterstützung der Bevölkerung genießt. Denn diese Erfahrungen könnten den beiden südkurdischen Parteien, deren Politik ziemlich eingeschränkt erscheint, aus der gegenwärtigen Lage helfen.

Das erste Fazit ist also: Die Wahlen in Südkurdistan haben gezeigt, dass die klassische Politik des Südens sich ändern muss.

Das zweite Fazit ist: Es ist eine bedeutsame Grundlage für die PKK entstanden. Nushirwan Mustafa [*als momentan größte Oppositionskraft*] wird auch keinen Ausweg aus der engen politischen Praxis aufzeigen. Denn er will Veränderung verhindern. Hierbei stützt er sich auf die auswärtigen Mächte.

3. Fazit: Die Versuche des türkischen Staates (MGK) und von Fethullah Gülen, die Politik im Süden zu vergiften und somit immer wieder mit Kurden zu ringen, muss verhindert werden. Daher ist es unbedingt notwendig, eine offene demokratische Politik zu betreiben. Ansonsten ist die Zukunft Südkurdistans in keiner Weise gesichert. Denn PDK und YNK verteilen Geld an die Bevölkerung, die dennoch andere Parteien wählt. Das bedarf einer entsprechenden Analyse. PDK und YNK ist der erwartete Erfolg verwehrt geblieben. Gründe sind u. a. Veruntreuung, indifferente Haltung gegen die türkische anti-kurdische Politik und der immer noch unklare Status von Kerkuk. Gäbe es eine ernstzunehmende Alternative zu Nushirwan Mustafa, hätten diese beiden Parteien weitaus mehr Stimmenverluste zu beklagen gehabt. Im Endeffekt stellen die 500 000 Menschen, die aus Protest die Wahl boykottierten, eine ernstzunehmende Opposition dar.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die verdeckten Diskussionen zwischen PDK und YNK um die Präsidentschaft immer noch andauern. Dies lässt natürlich nachdenken. Sollte die YNK die Präsidentschaft von der PDK bekommen, ist noch nicht abzusehen, wie das YNK-PDK-Bündnis dann aussehen würde. Denn eine Ausweitung dieser Diskussion würde sowohl das Bündnis als auch die Machtstrukturen in Südkurdistan bröckeln lassen. Der Grund für all diese Entwicklungen ist einzig und allein der, dass alle Beteiligten im Süden eine Politik betreiben, die auf internationalen Kräften basiert. Und nicht auf der eigenen. ♦

500 000 NichtwählerInnen, die aus Protest den Wahlen in Nord-Irak fernblieben

Welche Politik werden die Süd-Kurden einschlagen?

Mazlum Özdemir

Erwartungsgemäß wurden die kurdischen regionalen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Irak zugunsten des PDK-YNK-Bündnisses entschieden. Es erhielt die meisten Stimmen. Und allgemein stellt sich jetzt nach dem Wahlsieg die Frage nach der Taktik dieses strategischen Bündnisses, das ja noch höhere Stimmenverluste erlitt als zuvor durch Umfragen vermutet. 2009 ist für die Kurden ein Wahljahr. Während die DTP nach ihrem großen Wahlerfolg in der Türkei die Grundlage der Diskussionen zur Lösung der kurdischen Frage bildet und dort die politische Tagesordnung mit ihrer strategischen Haltung bestimmen kann, wird von Tag zu Tag konkreter, welche Politik die Süd-Kurden nach den Wahlen einschlagen werden.

Die Türkei ist das Land mit den meisten Kurden, der föderale Nord-Irak wiederum das Land mit „offiziellen" Errungenschaften für die Kurden. Beide Länder wurden dieses Jahr von Wahlen geprägt. Auch wenn es sich dabei um Wahlen innerhalb zweier verschiedener Länder handelt, gibt es in beiden interessante Entwicklungen. Bei den Kommunalwahlen in der Türkei war von einem enormen Stimmenverlust für die *Partei der demokratischen Gesellschaft* DTP ausgegangen worden, was zu einem schweren Schlag für die kurdische Politik geführt hätte. Die DTP verhinderte dies, indem sie es zu einem Stimmenverlust gar nicht erst kommen ließ – und im Gegenteil den Sieg davontrug. Schon seit Langem hatte die Frage „Wer ist Ansprechpartner bei den Kurden?" eine wichtige Rolle in der Türkei gespielt. Darauf gab die DTP mit ihrem Sieg also auch eine klare Antwort; denn sie hatte an Kraft gewonnen und präsentierte sich als Ansprechpartner. Das Kalkül, dass die AKP im Falle einer erfolglos bleibenden DTP als Vertretung des kurdischen Volkes gelten sollte, sah vor, dass die AKP dann den Bewegungsspielraum der bewaffneten kurdischen Opposition (PKK) eingeschränkt hätte. Der DTP-Erfolg bei den türkischen Kommunalwahlen hat einerseits diese Pläne ins Leere laufen lassen und andererseits der DTP eine gewichtigere Rolle bei der demokratischen Lösung der kurdischen Frage zugemessen. Diese Tatsache ist auch ein wesentlicher Faktor dafür, dass die „kurdische Frage" gegenwärtig in der Türkei die Tagesordnung der türkischen Politik bestimmt.

Roadmap im Mittelpunkt der Diskussionen

Am 15. August wird Abdullah Öcalan eine „Roadmap" zur Lösung der kurdischen Frage veröffentlichen. Sowohl die türkische Presse als auch die türkische Öffentlichkeit richten ihr Augenmerk auf dieses Datum. Wie diese Roadmap aussehen, was sie beinhalten und wie sie strukturiert sein wird, ist ebenfalls zentraler Bestandteil der gegenwärtigen Diskussionen in der Türkei. Es gibt kein Spektrum, das sich zu der von Öcalan erwarteten Roadmap bisher noch nicht geäußert hat. Nachdem Öcalan begonnen hatte, Vorschläge und Ansichten zur Lösung der kurdischen Frage von türkischen Intellektuellen, SchriftstellerInnen und KolumnistInnen einzuholen, fing auch das von Innenminister Beşir Atalay angeführte und erstellte „Projekt zur Lösung der kurdischen Frage", wie Öcalan, mit dem Sammeln von Meinungen von Intellektuellen und SchriftstellerInnen an. Beide „Seiten" tauschen sich mit allen möglichen gesellschaftlichen Kreisen aus, diskutieren über die Lösung der kurdischen Frage. Das Tragikomische an der Sache ist leider, dass diese beiden Seiten diese Diskussion nicht miteinander führen. Obwohl das der größte Schritt zur Lösung der kurdischen Frage sein würde, sich direkt miteinander auszutauschen und in eine Diskussion einzutreten, statt über solch große Umwege gegenseitig Botschaften zu vermitteln. Fraglos wurden in der 80-jährigen Geschichte der türkischen Republik solche Diskussionen bisher nicht geführt. Daher haben sie jetzt eine wichtige Entwicklungsstufe erreicht. Bedeutsam ist, wie sich die Phase nun weiter entwickeln wird und in welchem Grad und wie alle gesellschaftlichen Kreise, denen gewichtige Aufgaben zufallen, ihre Aufgaben erfüllen werden.

Bewaffnete Nichtlösung oder politische Lösung?

Staatspräsident Abdullah Gül antwortete in Kayseri auf eine Frage: „Wir wollen die kurdische Frage in den gegebenen Grenzen, mit den eigenen Kräften lösen." Trotzdem trifft sich das speziell gegen die PKK gebildete Trio USA-Irak-Türkei. Dies wirft natürlich im Hinblick darauf, ob dieses Problem wirklich in den gegebenen Grenzen, mit eigenen

Kräften gelöst wird oder gelöst werden kann, ein großes Fragezeichen auf. Dieser Trio-Mechanismus, welcher gegen die PKK (als konkretes Resultat der ungelösten kurdischen Frage in der Türkei) gegründet wurde, trifft sich nicht irgendwann! Sondern zu einem Zeitpunkt, zu dem die Lösung der kurdischen Frage ernsthaft auf der Tagesordnung steht. Diese Tatsache reicht natürlich aus, Bedenken zu wecken, ob die Angelegenheit nicht erneut mit Waffen und Unterdrückung gelöst werden soll. Bei allen vorherigen Treffen dieses Dreier-Mechanismus, kam die Eventualität einer demokratischen Lösung nicht einmal zur Sprache, was uns in unserer Auffassung bestärkt. Ohne Frage ist es möglich, die in der Türkei bestehende kurdische Frage mit eigener Dynamik zu lösen. Hierbei sollten die „Außendynamiken" jedoch nicht außer Acht gelassen werden. In diesem Zusammenhang betrifft die kurdische Frage nicht nur die in der Türkei lebenden Kurden, sondern beschäftigt auch Syrien, Irak und Iran. Sie ist maßgeblich für die Stabilität des Mittleren Ostens.

Die schweigsame Opposition im Nord-Irak

Während die Diskussionen in der Türkei zunehmen, kamen die Kurden im Nord-Irak mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erneut auf die Tagesordnung. Bei diesen seit 1991 nun zum dritten Mal durchgeführten Parlamentswahlen erlitt das PDK-YNK-Bündnis „Kurdistan-Liste", das ja seit Jahren die Macht in der Hand hält, nun ganz unerwartet enorme Stimmenverluste. Als wichtigste Gründe dafür sind die Initiativlosigkeit im Kerkuk-Problem, Veruntreuung und allem voran das zu geringe Bestreben um die Einheit der Kurden anzusehen. Die politische Inkompetenz beider Parteien führte dazu, dass die Gorran-Liste unter Federführung des aus der YNK ausgetretenen Nushirvan Mustafa [*s. a. S. 24*] mehr Stimmen erhielt als erwartet. Es ist natürlich äußerst schwer zu behaupten, dass die Gorran-Liste eine Veränderung repräsentiert. Es ist ein wahrer Verlust für die Demokratie Südkurdistans, dass sowohl das PDK-YNK-Bündnis als auch die Gorran-Liste in Orten, wo sie sowieso sehr starke Unterstützung erhalten, den Wahlkampf anderer Parteien verhinderten. Viele Proteststimmen gegen die Regierungsparteien PDK und YNK gingen an die Gorran-Liste. Was nicht bedeutet, dass diese die einzige oppositionelle Partei sein wird. Denn die Hiwa-Liste, deren Teilnahme an den Wahlen mit der Behauptung, sie stehe der PKK nahe, verhindert wurde, und ca. 500 000 NichtwählerInnen, die aus Protest den Wahlen fernblieben, stehen als größte Opposition noch da. Die meisten von diesen taten das aus der Überzeugung, dass keine der zu den Wahlen antretenden Parteien eine wahre Lösung der Probleme erreichen könne. Dem PDK-YNK-Bündnis, von dem eine erneute gemeinsame Regierungsbildung erwartet wird, steht eine sehr schwierige Zeit bevor. Die immer größer werdende Opposition wird diese beiden Parteien in ihren Beziehungen zur zentral-irakischen Regierung, zu Iran, Syrien und der Türkei immer stärker unter Druck setzen und verhindern, dass die bisherige Politik in die Sackgasse führt. Viele Alternativen haben diese zwei Parteien eigentlich gar nicht: Entweder vertrauen sie auf die Kraft des eigenen Volkes und werden somit zu einem wahren Faktor im Mittleren Osten, oder aber ihre Kraft wird inmitten der Konflikte, Kämpfe und Zusammenstöße der Nachbarstaaten immer stärker dahinschmelzen und auf ihrem Rücken werden die Elefanten ihre Kämpfe austragen.

Flüchtlingslager Maxmur – mit 10 000 Flüchtlingen

Sowohl nach den Kommunalwahlen in der Türkei als auch nach den Regionalwahlen im Nord-Irak bekam die kurdische Frage ein internationales Ausmaß und die Diskussionen darum sind ununterbrochen geführt worden; sie halten weiterhin an. Aufgrund der Vernichtungspolitik der Türkei mussten seinerzeit Tausende Menschen von dort flüchten. Sie suchten Zuflucht im Nord-Irak. Es entstand das Flüchtlingslager Maxmur. Im Anschluss der Wahlen im kurdischen Nord-Irak erwuchsen rege Debatten zwischen der Türkei und dem Irak um Maxmur und um die Existenz der kurdischen Guerilla auf den Bergen Nord-Iraks. Die Türkei, die militärisch gegen die PKK vorgeht und dies ebenfalls von den Kurden im Nord-Irak erwartet, bleibt dabei jedoch allein. Einen der Hauptkonflikte zwischen beiden Ländern stellt eben das Flüchtlingslager Maxmur dar, das die Türkei seit Jahren geschlossen haben will und entsprechenden Druck ausübt. Die *Kurdische Regionalregierung* stellt sich gegen die Forderung der Türkei, das Flüchtlingslager zu schließen, in dem ca. 10 000 KurdInnen aus der Türkei leben. Einer der wesentlichen Gründe für ihre Weigerung ist die Sorge vor Reaktionen von kurdischer Seite, sollten diese Menschen vertrieben werden. Das ist auch der Grund, warum aktuell erörtert wird, ob das Flüchtlingslager, das gegenwärtig unter der Kontrolle der *Kurdischen Regionalregierung* steht, an die zentrale irakische Regierung übergeben werden soll. Die nordirakischen Kurden würden somit einerseits dem Verlangen der Türkei nachkommen und andererseits auch nicht Ziel negativer Reaktionen sein, wenn ihre 10 000 MitbürgerInnen zwangsumgesiedelt werden. Denn sie wären ja nicht der „Grund" hierfür. Jedoch scheint es so, als würden eine Leerung des Lagers und das Problem der kurdischen Guerilla auf den nordirakischen Bergen ohne eine demokratische Lösung der kurdischen Frage nicht lösbar sein. Denn die wichtigste Bedingung für die Rückkehr der Maxmur-BewohnerInnen ist die verfassungsrechtlich verankerte Garantie der Rechte der KurdInnen. Auch die PKK, die seit Jahren gegen die Türkei kämpft, verlangt genau dies. ♦

Wahlergebnisse bringen diesen Konflikt zum Ausdruck

Der Soran-Behdinan-Konflikt

Yusuf Ziyad

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Südkurdistan sind vorüber. Schaut man sich die Verteilung der Stimmen an, wird man sehen, dass sich seit 1978 kaum etwas geändert hat. Diese Aufteilung ist eine Fortsetzung der sunnitischen Differenz, die sich auf den Soran-Behdinan-Konflikt stützt, welcher wiederum ein Resultat des Machtkampfs zwischen PDK und YNK ist. 1975 hatten der Iran und der Irak das Algerien-Abkommen unterzeichnet, was aus Sicht der PDK ihre Liquidation bedeutete. Kurze Zeit später, am 22. Mai 1975, wurde die YNK gegründet, die versuchte, im Behdinan-Gebiet unterzukommen, um dort das Erbe der PDK zu übernehmen und im gesamten Kurdistan an Einfluss zu gewinnen. Dass die YNK in diesem Gebiet zu einer wirkungsvollen Kraft wurde, bedeutete für die PDK das Ende ihrer Herrschaft in Südkurdistan.

Beginn des Soran-Behdinan-Konflikts

Aus diesem Grund schickte die YNK im Jahre 1978 fast 700 Peschmerga-Kämpfer, darunter auch wichtige Führungspersonen wie Ali Askeri, Dr. Xalit, Huseyin Babaşêx und Mulazim Ömer, in dieses Gebiet. Die PDK jedoch rieb diese Einheit komplett auf. Dieser Massenmord, als Unglück von Hakkari in die Geschichte eingegangen, sollte als Beginn des Soran-Behdinan-Konflikts eine Rolle spielen, der auf verschiedene Weise bis ins 21. Jahrhundert fortgedauert und sich in dieser Zeitspanne immer mehr vertieft hat. Da in diesem Krieg zwischen PDK und YNK jegliches Eigentum – Frauen und Mädchen mit eingeschlossen – als Beute galt, hat dieser Kampf zwischen zwei Organisationen innerhalb der südkurdischen Gesellschaft Wunden geschlagen, die nur schwer zu schließen sind. Dass im Laufe des Konflikts annähernd zehntausend Menschen verschwunden sind, hält ihn im gesellschaftlichen Gedächtnis lebendig. Wenn die Familien dieser Verschwundenen vor dem kurdischen Parlament oder den Zentralen von YNK und PDK nach dem Verbleib der Gebeine ihrer Ehemänner und Ehefrauen, Kinder und Mütter fragen, dann zeigt es doch, dass dieser Schmerz noch immer frisch ist. Jedoch besitzen weder PDK noch YNK heute die Stärke, sich ihrer Vergangenheit zu stellen.

Wahlergebnisse reflektieren den Konflikt

Solange die Schmerzen dieselbe Intensität behalten, solange wird auch der Soran-Behdinan-Konflikt andauern. Der Grund für die Tiefe dieses Konflikts liegt in dem schmutzigen und endlosen Kampf zwischen den beiden Parteien, am Behdinanismus der PDK und Soranismus der YNK ohne ideologische Grundlage. Während die Soraner die den kurdischen Dialekt Kurmancî Sprechenden als potentielle Übeltäter betrachten, gelten aus Behdinan-Sicht die Soranî-Sprechenden als ebensolche. Bis zum heutigen Tag hat sich an dieser Situation kaum etwas geändert.

Aus dieser Perspektive betrachtet spiegeln die Wahlergebnisse eben diesen Konflikt erkennbar wider. Die Gorran-Liste erhielt im soranischen Gebiet die Mehrheit der Stimmen, im Behdinan-Gebiet aber nur einen niedrigen Stimmenanteil. Sie benutzte für ihren Wahlkampf hauptsächlich zwei Umstände: erstens die Veruntreuung unter YNK und PDK, zweitens den Fakt, dass jegliche staatliche Einrichtung (z. B. Sicherheitskräfte, Justiz) in der Hand dieser Parteien liegt.

Hierbei handelte es sich um treffsichere Wahlpropaganda. Die Menschen im Behdinan- und Soran-Gebiet gaben der Gorran-Liste in dieser Sache Recht. Ein Großteil der Bevölkerung in Südkurdistan ist von PDK und YNK genervt und will keine der beiden. Jedoch bekam die Gorran-Liste unter dem Vorsitz Nushirwan Mustafas zwar im soranischen Gebiet viele Stimmen, in Behdinan aber nicht. Sie erreichte das Stimmenpotential der YNK, gewann allerdings kaum Stimmen unter den PDK-WählerInnen. Aus diesem Grund stellt die Gorran-Liste die YNK unter anderem Namen dar.

Nushirwan ist kein Oppositioneller

Nushirwan Mustafa ist offiziell immer noch Mitglied des YNK-Zentralrats. Was er in der Phase vor und während der Wahlen nicht einmal bestritt. Er sagte, als Gorran-Liste seien sie YNKler und ihr eigentliches Ziel sei es, die YNK zu ihrer alten Linie zurückzubringen. Eines der größten Probleme der südkurdischen Parteien ist die fehlende ideologische Grundlage. Der von Nushirwan Mustafa bei den Wahlen eingeheimste Erfolg ist nicht Resultat eines ideologischen Kampfes, sonders eines politischen. Aus diesem Grund hat Mustafa einen politischen Kampf gegen die YNK gewonnen. Denn es gibt auch aus seiner

Sicht keinen ideologischen Boden, von dem er ausgehen kann.

Mustafa war in der Lage, die Entwicklungen richtig zu bewerten, die Probleme zu deuten und zu formulieren. Auf diese Weise hätte er innerhalb der YNK zur politischen Führung gehören können. Doch besitzt er noch immer keine ideologische Grundlage. Deshalb ist nicht klar, wie lange er diese Phase weiterführen wird. Ist er in der Lage dazu, in Südkurdistan eine ernsthafte Opposition aufzubauen? Dies wird die Zeit zeigen. Denn er ist von Kadern umgeben, die wie er selbst auch seit Jahren in der YNK aktiv gewesen sind. Diese haben sich als Opposition zu Jalal Talabani positioniert, weil sie nicht genug von der Macht abbekommen haben. Weiter muss man fragen, ob Nushirwan Mustafa mit dem Mangel an Ideologie in der Lage sein wird, diese Kader gegenüber der Anziehungskraft von Macht und Veruntreuung zu kontrollieren. Hat er die Kraft dazu? Soll deren Gewissen die Garantie bieten? Aber wir sollten nicht vergessen, dass auch das Gewissen über eine ideologische Basis verfügt.

Wenn es bei diesen Wahlen auch im Behdinan-Gebiet solch einen wirkungsvollen Kandidaten wie Nushirwan Mustafa gegeben hätte, würde die PDK jetzt in der gleichen Situation stecken wie die YNK.

Schlag gegen das strategische Abkommen zwischen PDK und YNK

Natürlich ist es von Bedeutung, dass Nushirwan Mustafa die seit 34 Jahren andauernde Herrschaft Jalal Talabanis ins Wanken gebracht hat. Dies wird das Selbstvertrauen des Volkes stärken. Außerdem wird es dazu führen, dass die Bevölkerung, die keinerlei ideologische Bindung zu diesen Parteien besitzt, diese allein aus Loyalität und Tradition wählt, diese Parteien erneut hinterfragt.

Die neue Sitzverteilung im Parlament wird das politische Gleichgewicht in Südkurdistan verändern. Vor allem aber wird dem 2002 geschlossenen strategischen Abkommen zwischen PDK und YNK ein Schlag versetzt. Denn Nushirwan wird es so nicht akzeptieren. Dazu kommt, dass PDK und YNK auf einer gemeinsamen Liste an den Wahlen teilgenommen haben. Sie werden die Ämter untereinander aufteilen. Dabei wird die PDK sich nicht dem Druck einer dermaßen geschwächten YNK beugen. Was bedeutet, dass die 50:50-Balance zwischen PDK und YNK mit diesen Wahlen zerstört wurde. Und wenn in dieser Phase eine starke Opposition entstehen sollte, könnte es zu neuen Entwicklungen in Südkurdistan kommen.

Am wichtigsten ist aber, ob Teile innerhalb der PDK, sich von dieser Situation gestärkt fühlend, zur Opposition ziehen werden oder nicht. ♦



Protest gegen das Verbot der Hiwa-Liste — Foto: DIHA

Die neue Phase im Iran und die KurdInnen

Eine zentrale Kraft im demokratischen Wandel

Ismet Akurt, Juli 2009

Während der Präsidentschaftswahl im Iran beteiligten sich die KurdInnen erstmalig aktiv an den Wahlen. Die von der *Partei für ein freies Leben in Kurdistan* PJAK vor der Wahl veröffentlichte 14-Punkte-Deklaration fand bezüglich der Demokratisierung des Iran und der Lösung der kurdischen Frage Gehör. Die Präsidentschaftskandidaten Mehdi Karroubi und Hossein Mussawi nahmen, wenn auch nur teilweise, diese Forderungen von kurdischer Seite in ihre Wahlerklärungen auf.

Die PJAK-Deklaration wurde von den Wählerinitiativen in Ost-Kurdistan aufgenommen und die kurdische Öffentlichkeit unterstützte diese offen. Die Haltung der PJAK zur Teilnahme an der Wahl motivierte die WählerInnen, wählen zu gehen, was sich auch auf die Wahlergebnisse auswirkte.

Die WählerInnen aus Ost-Kurdistan wählten den Reform-Kandidaten Mussawi, dem sie eine höhere Erfolgschance zubilligten, und vermittelten so dem Staat ihre Wünsche hinsichtlich Reformen und Demokratisierung. Trotz des Wahlbetrugs wurde Mussawi in der mehrheitlich kurdisch und belutschisch bewohnten Provinz Sistan und Belutschistan Erster. Dies hat auch bestätigt, dass die Kurden und Belutschen diejenigen Gruppen sind, die die Reformen im Iran am aktivsten unterstützen.

Die Entwicklungen und Proteste nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse erfordern eine korrekte Bewertung der Geschehnisse im Iran. Diese Proteste begannen in Teheran und haben sich teilweise auf andere Städte ausgeweitet.

Teheran ist die größte kosmopolitische Stadt im Iran. In dieser großen Metropole leben PerserInnen, AserbaidschanerInnen, KurdInnen und BelutschInnen zusammen. Dass Teheran Zentrum der Proteste ist, bedeutet nicht, dass die Protestierenden ausschließlich PerserInnen und AserbaidschanerInnen sind. Unter den bei den Protesten Getöteten befinden sich mindestens fünf KurdInnen. Auch unter den Festgenommenen sind sie zahlreich vertreten. Dies zeigt, dass die KurdInnen sich tatkräftig an den Aktivitäten für die Forderungen nach Demokratie und Reformen beteiligen. Die westlichen Medien haben diese Situation nicht gesehen, oder sie wollten dies nicht berichten.

Während die KurdInnen in Teheran bei den Protesten aktiv waren, hat sich in Kurdistan eine besonnene Haltung entwickelt. Es kam zwar in vielen kurdischen Städten zu Protesten, jedoch zeigte das Volk eine politische Herangehensweise und bot dem Regime so keine Gelegenheit für ein Massaker. Dennoch wurden bei den Protesten in Kermanschah mindestens fünf KurdInnen getötet, zahlreiche DemonstrantInnen festgenommen.

Ohne Zweifel gibt es wichtige Gründe dafür, dass die Bevölkerung an den Wahlurnen ein anderes Verhalten zeigte als auf der Straße. Das iranische Regime hat die Proteste in Kurdistan immer mit Massakern beantwortet. Obwohl die KurdInnen 1979 aktiv an der Bewegung gegen den Schah teilnahmen, mussten sie nach der Etablierung des neuen Regimes das größte Massaker erleiden. Die lebendige Erinnerung daran hat bei den KurdInnen dazu geführt, ein besonnenes Verhalten an den Tag zu legen.

Die Erklärung des Basij-Kommandanten Teherans [*A. d. Ü.: paramilitärische Miliz des Iran, rekrutiert aus Freiwilligen*] der Nachrichtenagentur IRNA gegenüber, „die PJAK hat während der Proteste gegen unsere Kräfte gekämpft und manche Protestierende haben ihr Leben verloren“, weist auf Vorbereitungen zum Angriff gegen die KurdInnen hin. Die PJAK-Führung gab sofort eine Erklärung ab und wies diese Vorwürfe zurück. Die KurdInnen seien für eine faire und transparente Wahl gewesen und strebten die Demokratisierung des Iran an.

Trotz allem haben die KurdInnen bei der Wahl und bei den Protesten in Teheran gezeigt, dass sie eine zentrale Kraft im demokratischen Wandel des Iran sind. Die demokratischen Kräfte im Iran können diese Realität nicht verleugnen. Auch wenn die Erfahrungen aus vergangenen Ereignissen alle Seiten zu besonnenem Verhalten zwingen, ist ein Regimewandel im Iran nicht möglich, ohne dass die demokratischen Kräfte eine gemeinsame Front bilden und die Existenz sowie die Kraft der KurdInnen berücksichtigt werden. ♦

Im Gedenken an Heval Erdal

Was ich von Dir gelernt habe …

Sakine Zagros über Engin Sincer (Erdal), gestorben am 18.8.2003 in Kandil

Wenn ich an Dich denke, erfüllt mich eine reine Liebe. Eine Liebe, die die Grenzen meines Körpers, meiner Gefühlswelt und meines Herzens überschreitet. Eine Liebe, die auf der einen Seite begeistert, auf der anderen Seite schmerzt. Die Begeisterung der Zeit, in der wir gemeinsam gekämpft und gearbeitet haben, und der Schmerz des Verlustes stehen nebeneinander. Auch wenn es weh tut, möchte man es festhalten wie eine Leidenschaft, von der man nicht lassen kann. Und eine Seite des Denkens an Dich ist im Maßstab der Kraft der Liebe eine grenzenlose Sehnsucht. Dein Nicht-da-sein ist eine mit jedem vergehenden Tag größer werdende Leere in unseren Herzen, die mit Deiner Liebe gefüllt sind.

Die Zeit heilt alle Wunden, sagt man. Bei manchen Dingen und zu bestimmten Zeiten glaube ich daran. Aber wenn es um Dich geht, haut das einfach nicht hin. Die Zeit ohne Dich wird länger, aber die Wunden schließen sich nicht, sie werden nur noch tiefer, lieber Genosse Erdal. Denn wenn ich die langen sechs Jahre ohne Dich betrachte und auch noch daran denke, wie viele wunderbare weitere Menschen wir verloren haben, ist es nicht möglich, keinen Schmerz zu empfinden. Du und viele weitere geliebte Menschen sind nicht mehr unter uns. Aber glaubt uns, Ihr seid jeden Moment, bei jeder Aktion, jeder Unterhaltung, jedem Lachen und jeder Trauer bei uns.

Warum lernen wir immer nur aus Verlusten? Menschen! Können wir nicht verstehen lernen, ohne jemanden zu verlieren? Ich zum Beispiel habe, nachdem ich Dich und weitere GenossInnen verloren habe, einiges gelernt.

Was ich gelernt habe? Dass Revolutionäre heitere, warme und liebevolle Menschen sein müssen. Dass es nicht zu Revolutionären passt, lieblos und kalt zu sein. Wem oder was man Liebe oder Wut entgegenbringen sollte. Dass jedeR, egal in welcher Stellung oder Position, vor allem erstmal Mensch ist und dass es darum geht, sich ein menschliches Denken zu bewahren. Dass man sich – wie es das Gesetz der Berge vorsieht – bei jeder Trennung voneinander verabschieden muss und dass jeder Abschied der letzte sein kann. Dass man das, was man tun muss, auch rechtzeitig tun sollte, und dass es keinen Sinn macht zu jammern, wenn man zu spät gekommen ist. Den Wert der Liebe, und den Wert, jemanden spüren zu lassen, dass man ihn liebt. Sich nicht davor zu fürchten zu lieben; liebevoll vorzugehen, ohne es zuzulassen, dass irgendetwas, das nur halb vollendet wurde, später kommt und das Herz besetzt. Was noch alles? Schönheit, Bescheidenheit, der unvergleichliche Wert genossenschaftlicher Beziehungen, Gerechtigkeit, Gewissenhaftigkeit, Reinheit, Fleiß und der unerschrockene Kampf gegen alle Hässlichkeit …

Neulich warst Du Thema bei einem Gespräch mit einer Freundin, die Dich auch sehr liebte und die auch mir sehr wichtig ist. Überall, wo es schön ist, in all unseren Erinnerungen tauchst Du auf. Was haben wir gelacht und geweint, als wir von Dir gesprochen haben. Später haben wir unsere Tränen abgewischt. Und uns gesagt, dass Ihr wie eine Regel im Leben seid. Haben uns gegenseitig erzählt, wie wir uns Kraft ziehen aus Eurem Leben und Eurer Haltung angesichts der Schwierigkeiten, die das Leben und insbesondere der Kampf hervorbringen. Und bedeutet nicht genau das, genossenschaftliche Beziehungen zu führen? Einander in schwierigen Momenten beistehen, unter allen Bedingungen und Umständen Respekt angesichts der geleisteten Arbeit zu zeigen, und sich unbedenklich bei dem Genossen oder der Genossin anlehnen zu können? Aneinander zu glauben und sich vertrauen, sich gerecht und gewissenhaft einander anzunähern …

Wir haben miteinander geteilt – wenn auch verspätet und nicht rechtzeitig ausgesprochen – was wir von Dir gelernt haben: Wie sehr wir Dich geliebt haben … dass diese Liebe keine individualistische oder Besitz anstrebende Liebe war. Eine Liebe, die Energie gibt für die weitere Arbeit. Und dass wir besonders Deine Beharrlichkeit im Kampf um Prinzipien geliebt haben … Dass Du und jedeR Gefallene zum Prinzip geworden sind … Und wir haben uns erneut versprochen, das Leben nach diesen Prinzipien anzugehen …

Du wunderbarer Mensch – sechs Jahre, nachdem Du von uns gegangen bist, gedenke ich Deiner und unserer geliebten Xelat Soran, die sich gemeinsam mit Dir auf den Weg in die Ewigkeit gemacht hat. Und ich wiederhole ein weiteres Mal: Die Liebe und die Sehnsucht, die wir nach Euch verspüren, werden wir mit unserer Liebe zur Erde und zum Menschen, mit unserer Sehnsucht nach dem Schönen und unserer Hoffnung verbinden und auf dem Weg, den Ihr uns gewiesen habt, weitergehen … ♦

„Es gibt die Erfahrung von Solidarität, und es gibt die Erfahrung, dass Widerstand möglich ist“

Die Frauen sind eine organisierte Kraft ...

Interview mit Sudan Güven (SELIS), befragt von Britta Wente

Mitte April 2009 begann in der Türkei eine Verhaftungswelle, in deren Rahmen Hunderte von aktiven Menschen der DÖKH (*Demokratische Freie Frauenbewegung*), der DTP (*Partei der demokratischen Gesellschaft*) und später auch der KESK (*Gewerkschaftsdachverband des öffentlichen Dienstes*) festgenommen wurden. Sie sollen Mitglied oder sogar Anführer/in einer illegalen Organisation sein. Unter den Inhaftierten befinden sich viele Frauen der DÖKH.
Inzwischen zeigten Frauen aus der gesamten Türkei ihre Solidarität mit den Frauen der DÖKH, der DTP und der KESK und fuhren am 31.5.2009 nach Diyarbakır. Auf einem Frauenforum haben sie damit begonnen, sich auszutauschen und ihre gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten zu besprechen. Ihr Entschluss nach dem ersten Treffen war, sich als Frauen gemeinsam vehement für eine sofortige Beendigung des Krieges und die Freilassung der Gefangenen einzusetzen.

Im Folgenden ein Interview mit Sudan Güven über die DÖKH. Sudan Güven ist Mitarbeiterin des Frauenberatungszentrums SELIS und Vorsitzende des SELIS-Frauenvereins in Diyarbakır [*vgl. KR 143, S. 41 f.*]. Als Vertreterin von SELIS ist Sudan Güven in der DÖKH. Das Interview fand in Diyarbakır am 29. Mai 2009 statt.

Wann und mit welchem Ziel habt Ihr die DÖKH gegründet? Wer ist darin aktiv?

Die DÖKH wurde 2005 gegründet. Warum und aus welchem Bedürfnis heraus?

Unsere Gegend ist ein Kriegsgebiet, wir befinden uns in einer Gefechtssituation, die schon 32 Jahre andauert. Frauen haben sehr schwere Traumata durchlebt. Das sind die Grundlage und die Notwendigkeit, aus der die *Demokratische Freie Frauenbewegung* entstand. Sie sollte eine Vereinigung sein, in der Frauen sich selbst ausdrücken können, ihre Probleme zur Sprache bringen können und sich als einen Teil dessen begreifen. Solch eine Vereinigung muss von Frauen geschaffen werden, da sie selbst ihre Situation am besten verstehen und dies auch am besten ausdrücken können. Im Moment besteht die DÖKH aus kurdischen Frauen, weil wir als kurdische Frauenbewegung entstanden; aber unser Ziel ist eigentlich mehr eine „demokratische freie Frauenbewegung“, d. h. eine Bewegung, die jede Frau, die sich selbst als Demokratin sieht und für Freiheit eintritt, umfasst. Es gibt in der Türkei eine „Frauenbewegung der Türkei“, eine „Feministische Frauenbewegung“. Unsere kurdische Frauenbewegung geht ein bisschen weiter als die anderen Bewegungen, denn sie ist eine demokratischere, freie Frauenbewegung. Dies ist unser Selbstverständnis, welches alle Frauen umfassen kann: Frauen jeder Sprache, jeder Religion, jeder Hautfarbe, jeder Ethnie. Sie sollen für die Frauenfrage sensibilisiert sein, gegen die angewandte Gewalt gegen Frauen eintreten und sich selbst als Teil dieser Bewegung begreifen.

Inzwischen sind wir Hunderte von Frauen in dieser Bewegung. Es ist möglich, sich sowohl individuell dieser Bewegung anzuschließen als auch organisiert. So sind wir als SELIS Teil der DÖKH, sie bedeutet für uns eine übergeordnete Identität. Wir sind eine Vereinigung, die an der Basis auf Frauen ausgerichtete Arbeit leistet. Wir haben zum jetzigen Zeitpunkt Projekte in Diyarbakır, in der gesamten (kurdischen) Region und in Istanbul. Es gibt Frauenvereine, Kooperativen, eine Zusammenarbeit der DÖKH mit Stadtverwaltungen, es gibt Frauenräte in den Stadtteilen und in den Städten. Sie alle zusammen bilden die DÖKH, sie alle drücken sich innerhalb dieses Selbstverständnisses aus und organisieren sich.

Was hat die DÖKH bis heute erreicht?

Die DÖKH hat inzwischen Tausende von Frauen erreicht, sie hat Dinge gemacht, die bis jetzt keine Bewegung, keine Organisation hier gemacht hat. Wir zeigten sowohl zum 8. März als auch zu Newroz, zum 25. November, dem „Tag gegen Gewalt gegen Frauen“, immer Präsenz, wir werden weiterhin präsent sein und mit unserem Selbstver-

ständnis Tausende Frauen erreichen. An Orten, wo es bislang keiner Kraft gelungen ist, ein paar Tausend Menschen auf die Straße zu bringen, brachte die DÖKH mit ihrer Mobilisierung Zehntausende auf die Plätze, sei es zu Jahrestagen oder nach verübten Massakern an Frauen, bei Begräbnissen von Freundinnen, die bei Verbrechen im Namen der Ehre umgebracht worden waren. [*Anm.: Die Frauenbewegung sorgte in mehreren Fällen für eine respektvolle Beerdigung der ermordeten Frauen, um die sich sonst niemand gekümmert hätte.*] Dabei finden die Frauen die Möglichkeit, sich selbst auszudrücken. Selbstverständlich sind die Inhalte der DÖKH nicht ausschließlich auf Frauen bezogene Themen. Die DÖKH arbeitet in insgesamt vier Bereichen: dem politischen, ideologischen, sozialen und in einem, der für uns mit am wichtigsten ist, dem Bereich der jungen Frauen. Denn eine Bewegung lebt ja davon, sich selbst ständig zu erneuern, immer an der Seite der Jugend zu sein, für sie einzutreten und sie mit einzuschließen.

Inzwischen verfolgen wir in allen diesen vier Bereichen ernstzunehmende Projekte. Keinen der Bereiche kann man auslassen. Du kannst die Politik nicht vom Leben trennen, denn die Politik existiert nun einmal. Du kannst dich nicht außerhalb der Zeit stellen, in der du lebst. Der soziale Bereich ist sowieso ein Teil des Lebens, der Bereich, der dich prägt. Der ideologische Bereich ist eine Nahrungsquelle, die dich am Tagesgeschehen teilnehmen lässt, die dich wirklich am Leben hält, denn die eine Hälfte des Lebens ist Ausbildung und Lernen. Wenn Frauen nichts lernen, sich nicht weiterbilden können, ihr eigenes Bewusstsein über ihre Identität nicht ausbilden können, können sie sich selbst nicht finden, nicht herausfinden, was sie wollen, und keine Forderungen entwickeln. Das kann es ohne ideologische Schulungen nicht geben. Der soziale Bereich ist für uns schon deshalb wichtig, weil wir Frauen da ohnehin sehr präsent sind.

Im politischen Bereich ist eines unserer wichtigsten Themen die Frauenquote. Dafür haben bereits viele Frauen ihr Leben geopfert, haben sich selbst verbrannt, wurden misshandelt und vergewaltigt. Mit den Auswirkungen hiervon haben wir heute umzugehen. Wenn es heute eine Frauenquote von 40 % gibt, dann ist das ein Ergebnis großer Auseinandersetzungen. Denn bis jetzt konnten sich viele Frauen in der Politik einfach nicht ausdrücken, es waren ständig Männer und der Staat, die in ihrem Namen Entschlüsse fassten. Nun hat die DÖKH zusammen mit der DTP, die sich diese Politik ebenfalls zu Eigen machte, den Prozess weiter vorantreiben können. Und zwar nicht in dem Sinne, dass versucht wurde, die Frauen zu vereinnahmen, sondern mit dem Bewusstsein, wenn Tausende Frauen sich auf einem Platz eingefunden haben, ist diese Kraft nicht nur eine aktionistische Kraft, sondern beinhaltet eine neue Ausdruckskraft, eine eigene gedankliche Kraft, einen eigenen Freiheitswillen. So gibt es inzwischen bei der DTP, auf die wir uns am stärksten konzentriert haben, eine Frauenquote von 40 % [*Anm.: Diese Quote ist sogar eine „Geschlechterquote", bezieht sich auf Frauen und Männer*], was sowohl lokal als auch auf Parlamentsebene ein starker Ausdruck ist. So sind von 23 Parlamentsabgeordneten (der DTP) 8 Frauen. Das hat für uns eine große Bedeutung, unabhängig davon, inwieweit sie von Seiten der herrschafts- und systemtreuen Gesinnung akzeptiert werden. Neben dieser Gruppe von 8 Frauen im Parlament gibt es in der gesamten Türkei 19 Bürgermeisterinnen, und von diesen 19 sind 14 von der DTP. Dies eröffnet den Frauen neue Wege, gibt ihnen Möglichkeiten, an der Macht wie am sozialen Leben teilzunehmen und überhaupt eine Integrierung in das gesellschaftliche Leben zu erreichen. Dafür gibt es einen ernsthaften Kampf der Frauen: „Ja, mich gibt es, ich habe eigene Gedanken, ich bin produktiv, ich helfe etwas entwickeln, ich bin auf den Plätzen zugegen, ich setze mein Leben ein." Es gibt aber auch die andere Seite: „Man verkauft meinen Körper. Ich werde misshandelt. Ich werde vergewaltigt. Ich bringe ein Kind zur Welt, das ohne Vater aufwachsen wird." Denn dies ist ein Kriegsgebiet, viele Frauen werden traumatisiert. Gleichzeitig gibt es Probleme, die genauso an allen anderen Orten der Welt existieren. Probleme, die Frauen die Selbstbestimmung über ihren Körper nehmen, ihnen ihr eigenes Denken nehmen. Am Ende wird die Frau nur noch als defizitär wahrgenommen. Aber heute haben die Frauen einen Willen, sie sind eine Kraft. Bevor über etwas entschieden wird, ist es auch die Tür der Frau, an die man klopfen muss, die man um ihre Meinung fragen muss. Wenn die DTP einen Kongress macht beispielsweise, fragen sie erst in den Frauenräten nach: „Wie machen wir das? Wie können wir die Teilnahme von vielen Frauen sicherstellen?" Denn wir kämpfen zwar viel im sozialen Bereich gegen Gewalt, die sich gegen Frauen richtet, aber das genügt uns nicht. Wir wollen, dass die Frau auch in der Politik einen Platz hat, mit Aufgaben betraut wird, Verantwortung übernehmen kann. Dafür ist es nötig, eine gemeinsame Kraft zu sein, einen gemeinsamen Willen zu artikulieren und sich über Gedanken und erlebte Gefühle auszutauschen. Das alles ist Ergebnis eines Krieges, eines Krieges mit Waffen, und eines Kampfes um Gedanken. Dieser Krieg dauert an.

Wogegen wir uns mit am stärksten wehren, ist, dass der Wille der Frauen nicht respektiert wird, dass immer wieder etwas über ihren Kopf hinweg entschieden wird. Nur ein Beispiel: Ein Thema, das bei der Regierungspartei AKP zur Zeit problematisiert wird, ist das Tragen von Kopftüchern, aber es wird nicht mit den Frauen darüber diskutiert, es sind Männer, die darüber sprechen und entscheiden. Dagegen führen wir einen ernsthaften Kampf.

Wenn wir über Gewalt gegen Frauen sprechen, weist Ihr oft darauf hin, dass Ihr als Kurdinnen noch weiteren Gewaltmechanismen ausgesetzt seid. Ihr sprecht zum Beispiel von einem Identitätsproblem. Kannst Du darüber etwas sagen?

Wir haben ein Identitätsproblem, das mit der Sprache eng verbunden ist. Denn viele von uns können sich im öffentlichen Raum nicht ausdrücken. Dazu muss man bedenken, dass annähernd 5 000 Dörfer zerstört wurden und dies für die Frauen heißt, dass sie sich nun im städtischen Leben zurechtfinden

müssen. Dies hat viele Probleme für sie geschaffen, da sie weder die Sprache noch die Kultur des Ortes kannten, an dem sie nun sind, und sie wussten nicht, was sie dort anfangen sollten. Im Dorf war die Frau freier, dort hatte sie Selbstvertrauen, aber in der Stadt ist ihr das vollkommen abhanden gekommen. Sie sucht Antworten auf die Frage: „Wer bin ich? Was kann ich tun?" Und eines der größten Probleme hierbei ist die Sprache. Die Sprache, die wir gerade sprechen, ist nicht unsere Muttersprache. Wir dürfen uns in unserer Muttersprache nicht öffentlich ausdrücken, über lange Zeit war sie vollständig verboten. Unsere Identität wird nach wie vor oft geleugnet, unsere Gedanken verboten. [*Anm.: Mit dem § 301 des türkischen StGB werden in der Türkei nach wie vor häufig Menschen der „Gedankenschuld" angeklagt.*] Wir müssen uns mit etwas auseinandersetzen, das lange Zeit verboten war. Die Folge hiervon ist die Traumatisierung einer ganzen Gesellschaft.

Ich kann heute sagen, ich bin Kurdin, aber das ist mit sehr vielen „Abers" verbunden. Und ich bin eine kurdische Frau, habe eine lange Liste von Problemen miterlebt. Und ich habe Folter erlebt, physisch, psychisch, auch verbal, weil ich Kurdin bin.

Ich vertrete eine Einrichtung, die SELIS heißt, und wenn ich als Vertreterin von SELIS z. B. nach Ankara, Istanbul oder Adana gehe, wird mir das immer noch entgegengehalten, dass ich Kurdin bin: „Ihr seid die anderen, Ihr seid nicht von uns. Du bist aus dem Osten, Du bist Kurdin." Uns wird einzig auf der Ebene der ethnischen Identität begegnet. Ich werde immer noch beleidigt, bin Gewalt ausgesetzt, weil ich Kurdin bin.

Das alles benötigt Klärung, Bewusstsein und eine angemessene Praxis. Dies verkörpert die *Demokratische Freie Frauenbewegung*. In der Türkei, im Südosten und zum Teil auch in Europa ist sie bekannt. Man weiß, warum sie geschaffen wurde, aus welchen Bedürfnissen heraus es sie gibt. Wir haben vorrangig ein Sprachproblem, ein Identitäts-Problem, aber wir sollten unsere Probleme als Frauen nicht nachrangig behandeln. Wir haben eine Verantwortung und wir haben Probleme. Deswegen versuchen wir beides in einem zu lösen. Für uns geht das eine nicht ohne das andere.

Du hattest vorher mal die Frauenstadtteilräte erwähnt. Kannst Du darüber etwas erzählen. Wie arbeiten diese Räte?

Unser Konzept ist, Einfluss zu nehmen von unten nach oben, über Frauenstadtteilräte die Probleme der Frauen zu bestimmen, um das dann in den Stadtrat zu tragen. Wir sind selbst im Stadtrat vertreten, im Sozialbereich. Der Grund, weshalb wir am Stadtrat teilnehmen, ist das Leid, welches in der Stadt existiert. Wir stellen uns die Frage: „Was ist der Grund für das Ausmaß der Not und welcher Art ist sie, gerade in Bezug auf die Frau, und wie können wir uns einmischen?"

Über den Frauenrat kommen auch Frauen auf uns zu. Wir nehmen ihre Bedürfnisse auf und besprechen, was wir unternehmen können.

An dem Punkt unterscheiden wir uns mit unserem Konzept, von unten nach oben zu arbeiten, von der alten Hierarchie, von oben nach unten zu wirken.

Bei uns als Frauen gibt es von Natur aus im Denken nicht viel Raum für Hierarchie, denn die Frau sieht sich genauso wie die anderen Frauen als einen Bestandteil des Lebens. Daher kommt sie nicht auf den Gedanken, sich selbst über die anderen zu stellen. Ja, ich bin eine von ihnen und für uns zählt, wie wir uns angesichts der Probleme gemeinsam einmischen können. Und weil uns auch klar ist, dass Entscheidungen oft ohne Frauen getroffen werden, fragen wir uns, wie wir das als Frauen gemeinsam ändern können. Denn wenn eine Frau gemeinsam mit den anderen eine Entscheidung getroffen hat, wird sie sich auch für deren Umsetzung einsetzen. Aber wenn über ihren Kopf hinweg entschieden wird, kann es sein, dass sie sich ausgeschlossen fühlt. Jetzt gibt es



Frauenfriedensdemonstration in Izmir — Foto: DIHA

eine politische Grundlage. Jetzt kann sich die Frau selbst ausdrücken, ihre Meinung sagen. Das ist für uns sehr wichtig und ist in etwa das, was wir schaffen wollten.

Wer nimmt an den Frauenräten teil?

In unserem Stadtteilrat nehmen zum Beispiel Anwältinnen des Menschenrechtsvereins, Vertreterinnen von Frauenzentren, Hausfrauen und Frauen der Stadtverwaltung oder des Gemeinderats teil. Die in den Stadtgremien arbeitenden Frauen bringen auch ihre Probleme vor. So berichten auch die DTP-Frauen von ihren Sorgen. Die im Stadtteil lebenden Frauen erzählen von ihren eigenen Problemen oder den Problemen der Nachbarin.

Wir gehen auch in die Stadtteile, um mit den Frauen Gespräche zu führen, ihnen zuzuhören und uns bekannt zu machen. Wir unterhalten uns bei gemeinsamen Hausbesuchen mit vier, fünf Frauen oder auch zehn, so viele Frauen wie halt zusammenkommen.

Eine neue Entscheidung ist, aufs Land, also in die Dörfer zu gehen. Denn in den Städten, in den Zentren haben wir durch unsere Arbeit schon einige Dinge erreicht, die Frauen haben ihr Wissen erweitert, es gibt ein Bewusstsein dort. Aber die Frauen in den Dörfern haben wir noch nicht erreicht, im ländlichen Raum existieren weiter Not und Elend. Durch Hausbesuche und die Durchführung von Gesundheitsprogrammen können wir die Frauen erreichen. Also führen wir medizinische Untersuchungen, Meinungsumfragen und Hausbesuche durch. Wir sprechen einzeln mit den Frauen, hören ihnen zu, lernen ihre Bedürfnisse kennen und diskutieren mit ihnen, was wir gemeinsam tun können.

Denn wenn es eine Frauenbewegung sein soll, muss sie auch alle Frauen einschließen, nicht nur einen Teil. Ich bin ein Mitglied der Frauenbewegung. Kann es mir ausreichen, in die Stadtteile zu gehen und mich mit den Frauen dort zu unterhalten, um mich zu zeigen? Nein! Wir haben als nächsten Schritt Tausende von Kilometern hinter uns zu bringen.

Seht Ihr als „Ergebnis" auch eine gesellschaftliche Entwicklung?

Natürlich, unser Ziel war es ja, eine gesellschaftliche Realität an die Oberfläche zu bringen. Solange man sie nicht sieht, kommt man ihr auch nicht bei. Man verschließt die Ohren, verschließt die Augen, drückt dir einen Pfropfen in den Hals, damit du nicht redest. Aber wir haben vor, eine Sensibilität dafür zu erzeugen, und glauben auch, dass wir die erzeugen können. Und keine Kraft, die sich dagegenstemmt, kann das mehr aufhalten!

Der Staat übt zurzeit starken Druck auf die DÖKH aus. Wie geht Ihr damit um?

Gegen uns wird ein systematischer Krieg geführt, nicht nur physisch, sondern auch psychisch. Und die Ursachen für diesen Krieg erleben wir gerade. Gerade sind zum Beispiel 23 Aktivistinnen der *Demokratischen Freien Frauenbewegung* im Gefängnis. Sie waren zuerst in Diyarbakır inhaftiert. Da sich aber die Frauen hier um sie kümmerten, sind sie alle an unterschiedliche Orte verlegt worden, einige nach Urfa, andere nach Midyat und wieder andere nach Siirt. Das ist nicht hinzunehmen. Zuerst hatten sie keine Angst vor der Organisierung und Kraft der Frauen. Ihre Logik war, sie ins Gefängnis zu werfen und sie dadurch fertigzumachen.

Jetzt gibt es eine neue Frauenbewegung – diese besteht nicht nur aus 23 Frauen. Es gibt Tausende von Mitgliedern und Hunderte von Aktiven. Und wenn eine geht, übernimmt sofort eine andere ihren Platz – so haben wir uns organisiert. Das ist einer unserer Grundsätze, deinen Platz nicht nur für dich selbst zu gestalten. Es geht also nicht nur um dich allein, denn wenn du gehst ... Dieses System steht für uns im Mittelpunkt.

Sie akzeptieren uns nicht, sie sehen uns nicht als das, was wir sind und um was wir uns bemühen. Sie sagen: „Sie terrorisieren uns, sie sind eine Terrororganisation." Wir sagen: „Habt keine Angst vor uns, kommt und lasst uns diskutieren, kommt, lasst uns miteinander reden: wer wir sind, was wir wollen, welches unsere Ziele sind, was wir versuchen zu erreichen. Lasst uns darüber miteinander diskutieren."

Und in der Zeit der Wahlen waren es die Frauen, die die Führung übernommen haben. Das ist etwas, was alle begreifen müssen. Die DTP ist jetzt in dieser Region [*Anm.: in der kurdischen Region im Osten der Türkei*] an der Macht, aber was die DTP auf den Füßen hält, ist die Kraft der Frauen. Die Frauen sind eine organisierte Kraft. Es gibt einen Entscheidungsmechanismus. Es gibt die Erfahrung von Solidarität, und es gibt die Erfahrung, dass Widerstand zu leisten möglich ist.

Dass die Bewegung aus dieser widerständischen Richtung kommt, ist letztendlich auch ein Grund für die Übergriffe. Sowohl die Erfolge der KurdInnen und auch die Erfolge der Frauen ertragen sie nicht, denn von den 53 FreundInnen, die verhaftet wurden, sind 23 Frauen. Wir haben gesagt, „sogar bei den Verhaftungen haben wir eine Quote eingeführt". Wir fingen mit einer (Frauen-) Quote von 40 % an, bald haben wir eine 50%-Quote. Das System bringt zum Ausdruck, wie sehr es vor den Frauen Angst hat. Wenn vorher die Frau nicht beachtet wurde, kann nun ohne sie, über sie hinweg und in ihrem Namen keine Politik mehr gemacht werden. Denn wir akzeptieren das nicht, wir mischen uns da ein. Wenn etwas für die Frau oder in ihrem Namen sein soll, dann muss es auch möglich sein, dass eine Frau darüber entscheidet. Denn es ist ihr Leben.

Seit dem 14. April 2009 wurden Hunderte von Menschen unter dem Vorwurf, Mitglied einer illegalen Organisation zu sein, festgenommen und/oder verhaftet. Vor allem aktive Mitglieder der DTP und der DÖKH. Unter den Verhafteten befinden sich sehr viele Frauen. Inzwischen wurden auch Gewerkschafter/innen verhaftet. Wie ist die Reaktion aus der Bevölkerung, wie die Reaktion der Frauen darauf? Gab es Proteste? Erfahrt Ihr Unterstützung? Werden die Inhaftierten unterstützt? Wie geht Ihr als DÖKH damit um?

Die Operationen begannen am 14. April dieses Jahres. Von morgens an protestierten die Frauen und fragten sich gleichzeitig, was da eigentlich passiert. Wir waren alle überrascht: Was passiert mit uns? Gibt es wieder einen Putsch wie am 12 September? [*Anm.: der Militärputsch vom 12. September 1980*] Und ist dieser Putsch ein mehr gegen Frauen gerichteter Putsch? Die Frauen waren anfangs regelrecht verwundert über die Repression. Es gab und gibt keinen offensichtlichen Grund, der diese Repression rechtfertigen würde. Wie kann das sein? Was machen wir? Aber die Frauen fassten sich bald und am nächsten Tag wurde eine Kommission ins Leben gerufen. Am zweiten Tag begannen schon die Aktionen der Frauen.

Am zweiten Tag, also am 16. April, blockierten um 12 Uhr ungefähr 2 000 Frauen die Straße vor dem AKP-Gebäude. Sie hielten den Verkehr an und setzten sich auf die Straße. Es war eine halbstündige Sitzblockade. Alle BürgermeisterInnen und Abgeordneten waren gekommen und wir machten gemeinsam eine halbstündige Sitzblockade. Wir brachten damit zum Ausdruck, dass sie uns nicht aufhalten können. Natürlich waren wir dort mit Polizeiterror konfrontiert. Am dritten Tag hielten die Frauen eine Pressekonferenz ab. Am vierten Tag wurden die Freundinnen schließlich festgenommen. Also bevor sie in Haft kamen, wurden sie vor Gericht gebracht. Dort vor dem Gerichtsgebäude blieben protestierende Frauen die ganze Nacht bis zum Morgen. Das ist neben dem Rathaus. Sie blieben dort und gingen nicht nach Hause. Am nächsten Morgen kamen die Freundinnen in Haft. Noch an diesem Tag gaben wir vor dem Gefängnis eine Presseerklärung ab und führten eine Sitzblockade durch, an der sich über 5 000 Frauen beteiligten.

Also die Polizei schien wirklich schockiert. Schließlich sagte der stellvertretende Leiter der Sicherheitspolizei: „Wir dachten, wir hätten sie fertiggemacht, aber sie haben nicht aufgehört."

Dort wurde also eine halbstündige Sitzblockade durchgeführt und eine Presseerklärung abgegeben. Die BürgermeisterInnen und Abgeordneten [*der DTP*] legten sich selbst in Ketten und

Sexuelle Übergriffe auch im Gefängnis

Nachdem der Fall sexueller Misshandlung einer Aktivistin der kurdischen Frauenbewegung durch Polizisten in Amed bekannt gemacht wurde, gehen immer mehr Frauen mit ähnlichen Erlebnissen an die Öffentlichkeit. Der jüngste Bericht kommt von Ajda I., die wegen Mitgliedschaft in der PKK viereinhalb Jahre inhaftiert war und vor drei Tagen das Gefängnis verlassen konnte.

Ajda I., die 1983 in Amed geboren wurde, wurde im Mai im Krankenhaus, in das sie vom F-Typ-Gefängnis Sincan aus gebracht worden war, von Jandarma sexuell misshandelt. Die Rechtsverletzungen in türkischen Haftanstalten sind seit dem Übergang zum F-Typ-System und dem Erreichen der höchsten Häftlingsanzahl in der Geschichte der Republik Türkei stark angestiegen.

Wie Frau I. berichtet, befinden sich in Sincan ungefähr 25 bis 30 weibliche Untersuchungs- und Strafgefangene. Die meisten hätten ernsthafte gesundheitliche Probleme, die nicht behandelt würden. Einen Gefängnisarzt gebe es nicht und jeder Gang zum Krankenhaus sei von Übergriffen, Beleidigungen und körperlicher Gewalt begleitet. „Aus diesem Grund will keine der politischen Gefangenen zum Arzt", so Frau I., die selbst an Herzbeschwerden, einem Geschwür und Hautproblemen leidet. Im Mai sei es ihr so schlecht gegangen, dass sie ins Krankenhaus eingeliefert worden sei: „Auf dem Weg ins Krankenhaus bin ich von dem Kommandanten Osman Biçer angegriffen worden. Während der ärztlichen Untersuchung waren Soldaten anwesend. Sie drehten sich noch nicht einmal um und sagten verletzende Sachen in Bezug auf meine politische Identität. Während der Untersuchung machten sie Sprüche wie ‚Schaut euch die Frau an, guckt doch'. Die Ärzte fingen an, mit den Soldaten zu debattieren. Der Kommandant sagte sogar zum Arzt: ‚Warum schützt du diese Terroristin'? Der Doktor entgegnete, dass er bloß seiner Aufgabe nachkomme. Deshalb wurde ich vollständig bekleidet untersucht. Als sie mich nach dem Behandlungsraum in die Zelle unten brachten, wurde ich sexuell misshandelt, sowohl verbal als auch physisch. Es sind jetzt zwei Monate vergangen, aber dieses Trauma habe ich noch nicht überwunden. Darüber hinaus wurde ich geschlagen, als ich zur Blutentnahme gebracht wurde. Sie griffen mich im Krankenhaus an, schlugen und traten mich, zogen mich an den Haaren hinter sich her, stießen unglaubliche Beleidigungen aus. Wenn jemand dagegen etwas sagte, meinten sie: ‚Das ist eine Terroristin.' Es fällt mir schwer, das alles zu erzählen." Dass es ihr schwerfällt, wird an ihren zitternden Händen offensichtlich.

Ajda I. hat noch aus der Haft heraus Strafanzeige gestellt. Ihrem Antrag, sofort der Gerichtsmedizin vorgeführt zu werden, wurde erst anderthalb Monate später stattgegeben. „Zu dem Zeitpunkt waren natürlich die physischen Misshandlungen nicht mehr nachweisbar." Der Kommandant Osman Biçer habe sie weiter bedroht, sogar als er eine Aussage zu den Vorfällen abgeben musste: „Er sagte: ‚Uns passiert sowieso nichts, aber um euch selbst solltet ihr Angst haben!"

Tausende Frauen protestieren erneut in Amed

In Amed hat der Stadtfrauenrat erneut gegen die sexuelle Misshandlung einer Aktivistin der kurdischen Frauenbewegung DÖKH durch Polizisten protestiert. Tausende Demonstrantinnen riefen in Sprechchören den Gouverneur zum Rücktritt auf und forderten eine Verurteilung der Täter. In Redebeiträgen wurde festgestellt, dass der Vorschlag der Polizeidirektion, die Täter anhand von Fotos aller 5 000 am betreffenden Tag in Amed im Dienst befindlichen Polizeibeamten zu identifizieren, „fernab von Logik und Verstand" sei.

Quelle: ÖP, 28.07.2009, ISKU

sagten: „Wenn das, was die Inhaftierten getan haben, eine Straftat ist, dann sind auch wir Schuldige, wir haben die gleiche Straftat begangen. Wenn sie Terroristen sind, sind auch wir Terroristen, wenn sie PKK sind, sind auch wir PKK, wir haben die gleichen Straftaten begangen, holen Sie auch uns." Natürlich wurden auch Parolen gerufen und als die Freundinnen drinnen die Stimmen gehört haben, waren sie sehr erregt. Als wir sie danach besuchen gingen, sagten sie zu uns: „Wir glauben, dass sie uns von hier wegbringen werden, wenn Ihr hier Aktionen macht." Tatsächlich wurden sie dann weggebracht.

Darüber kamen in allen Landkreisen Hunderte von Frauen zusammen, organisierten Demonstrationen, gaben Presseerklärungen ab und schickten den Freundinnen Postkarten. In der Art: „Wir können nicht alle besuchen gehen, also zeigen wir unsere Solidarität auf diese Weise." TV-Programme wurden gemacht; dafür gaben die Fraueninstitutionen Presseerklärungen ab. Das Wichtigste ist, dass diese Initiativen von der Bevölkerung ausgingen. Die Stadtteilräte haben das gemacht, die Frauen draußen haben das gemacht. Zum Beispiel gab es eine 70-jährige Mutter, die meinte: „Warum sitzen wir hier rum? Auf, gehen wir, besetzen wir das AKP-Gebäude, machen wir dies, machen wir das ..." Also, wenn eine 70-jährige Mutter so etwas sagt, dann versuch´ Dir vorzustellen, was die anderen vorgeschlagen haben.

Denn von 7 bis 70, alle waren sehr in Aufruhr und setzten sich ein. Zum Beispiel führten Frauen aus einem Stadtteil in Yenişehir einen Jahrmarkt durch und auf der Kundgebung am Sonntag werden sie Kuchen, Kekse und Börek verkaufen. Wir fragten sie, weshalb sie das machen. Ihre Antwort war: „Wir haben uns gesagt, dass wir sie nicht besuchen können, dafür werden wir ihnen das Geld ins Gefängnis schicken." Für etwas einzutreten, ist eine sehr wichtige Sache. Das tun die Frauen jetzt, sie drücken sich aus. Zum Beispiel fragte ich gestern Abend: „Was macht Ihr? Wie geht es Euch?" Ihre Antwort war: „Ihr sollt es auch wissen, dass wir eine Organisation haben, und wir finden, dass die Freundinnen wenigstens keine ökonomischen Probleme haben sollen." Bevor wir zum Besuch ins Gefängnis gingen, haben sich alle Frauen versammelt und besprochen, was die Freundinnen benötigen, wie wir diesbezüglich helfen können und wie wir ihre Bedürfnisse stillen können.

Das ist für uns sehr wichtig und für die Frauen drinnen ist das auch wichtig. Denn sie sehen, „Sie haben uns nicht alleingelassen". Zum Beispiel schrieb eine Freundin einen Brief an die Zeitung, der veröffentlicht worden ist. Sie sagt darin: „Ihr habt uns nicht alleingelassen. Von den Frauen in den Stadtteilen bis zu den Abgeordneten, von den Frauen der Organisationen bis zu denen in der Stadtverwaltung, Ihr alle habt uns nicht alleingelassen."

Bis heute hat die Repression nicht aufgehört ...

Ja, das ist richtig. Es hat immer noch nicht aufgehört. Vor ein paar Tagen wurde wieder eine Freundin festgenommen und schließlich verhaftet. Sie wurde von der Straße mitgenommen. So geht der Druck auf uns weiter. Eine andere Welle gibt es im Moment gegen die KESK. Wieder sind Freundinnen der KESK festgenommen worden und werden vielleicht auch in Haft genommen. Jetzt bin ich hier und erzähle, aber ein bisschen später muss ich zur Staatsanwaltschaft, sie wollen eine Aussage von mir haben. Das heißt nicht, dass sie mich nicht verhaften könnten. Es gibt für eine Frau, die hier aktiv ist, keine Garantie. Jetzt bist du da, aber du weißt nicht, was passiert, wenn du morgen rausgehst. Es wird gegen die Frauen ein psychologischer Krieg geführt. Sie hören die Telefone ab, sie hören die Plätze ab, sie nehmen dich fest, sie belästigen dich, sie sind ständig um dich herum und lassen dich das spüren.

Die Repression gegen uns wird derzeit nicht aufhören, denn es gibt eine starke Kraft, die sich gegen eine Lösung stellt. Eigentlich sind wir einer Lösung bezüglich der kurdischen Frage sehr nah – und gleichzeitig sehr fern. Es gibt im Moment eine ernstzunehmende Kraft, die sich dagegenstemmt. Es existiert eine Gegenwehr, die sich auch gegen die Frauen richtet. Deshalb wird die Repression weitergehen.

Möchtest Du den Frauen in Europa oder in Deutschland etwas sagen?

Natürlich: Prinzipiell wenden wir uns mit dem Aufruf zur „Zusammenkunft der Frauen" an alle Frauen, alle Freundinnen. Wir sind Freundinnen und Weggefährtinnen, denn wir gehen denselben Weg, wir haben vor allem einen Freiheitswillen. Was auch unsere Identität sein mag, unsere Grundlage ist unser Freiheitswille. Daher ist unser Appell an die Frauen in Europa, dass es nötig ist, zuallererst sich ihrer selbst und danach der Probleme aller Frauen anzunehmen. Also, sie sollen nicht von den Frauen im Osten sprechen, sie sollen nicht von den kurdischen Frauen sprechen, sie sollen nicht von „den anderen" Frauen sprechen. Sich der Frauenfrage anzunähern, sich der Realität der Frau anzunähern, bedeutet, sich selbst näherzukommen.

Wir haben jedoch die persönliche Freiheit nie zu unserer Grundlage gemacht. Wenn es eine Freiheit gibt, dann ist das eine Freiheit im Organisiertsein. Eine Freiheit, die auf dem Organisiertsein basiert, gilt für alle. Wir haben ein Motto: „Unsere Freiheit ist unser Organisiertsein." Wenn wir uns organisieren, sind wir frei. Und ich denke, die Frauen in Europa könnten an diesem Punkt etwas sensibler sein. Sie könnten sich in Solidarität mit uns wiederfinden, denn wir sagen offenen Herzens ja zu allen Freundinnen, zu allen Weggefährtinnen/Genossinnen.

Die Probleme stehen in einem Kontext. Unser Ziel ist es, den Umfang der Probleme abzustecken.

Wir sehen die Probleme der Frauen in Deutschland und wir wünschen uns, dass die Frauen in Deutschland auch unsere Probleme erkennen. Unsere Forderung und unser Ziel ist auch dies: der Dialog unter Frauen, die Organisierung der Frauen und die Solidarität unter Frauen. Unseren Aufruf haben wir erneut auf dieser Grundlage abgefasst: Lasst uns zusammenkommen! Gemeinsam bekommen wir Kraft. Mit dieser Kraft ist nichts unmöglich. Keine Macht, die den Status quo erhalten möchte, kann gegenüber dieser Kraft standhalten, und sie wird sich angesichts unserer Kraft auflösen. ♦

Das Mesopotamische Sozialforum

Ein Ort für soziale Kämpfe



Tuncay Ok, Aktivist des *Mesopotamischen Sozialforums* MSF

Der „Fruchtbare Halbmond", nach Meinung einiger Forschungen der erste verbotene Garten von Adam und Eva, das paradiesische Abbild der anderen Welt, von der einige träumen, Mesopotamien, der historische Anfangspunkt der Völker, der Mittlere Osten ...

Warum Mesopotamien?

Die Gegend, in der erstmalig in der Geschichte das sesshafte Leben begann, in der ein gesellschaftliches Bewusstsein der Menschheit entstand, in der sich zwischen den Menschen eine natürliche Arbeitsteilung entwickelte und zur Phase der Massenproduktion übergegangen wurde, in der der Mensch so viel konsumierte, wie er verbrauchte, und erstmalig sein eigenes gesellschaftliches System bildete ...

In diesem Gesellschaftssystem, das wir als primitive kommunale Gemeinschaften bezeichnen, betrieb der Mensch erstmalig Ackerbau und galt als „natürlicher" Produzent. Mit der Entwicklung der Landwirtschaft widmete der Mensch seine Arbeitskraft stärker dem Boden und der Natur, schützte er die Natur, und je mehr er sie schützte, desto mehr Produkte erzielte er, und je mehr Produkte er erzielte, desto mehr teilte er diese. Und genau hier erfährt das kapitalistische neoliberale System seine Kritik, eigentlich in der Tiefe der Geschichte Mesopotamiens.

Diese Region war über Jahrhunderte hinweg die Inspirationsquelle für die soziokulturelle Entwicklung der Menschheit. Aufgrund des Reichtums an unter- und überirdischen Ressourcen und weil die Niederschläge als natürliches Bewässerungssystem fungierten, war sie in der Geschichte stets ein Anziehungspunkt. Daraus resultierte, dass die hiesigen Gemeinschaften in sozioökonomischer und kultureller Hinsicht in enger Verbundenheit mit der Natur lebten. Diese Gegend hat immer noch eine große Bedeutung auf der Welt.

Historische Forschungen ergaben, dass hier über Tausende von Jahren verschiedene Zivilisationen angesiedelt waren. Sumer, Babylonien, Akkad, Assyrien, Mittani, Urartu, Medien sind nur einige davon. Diese Zivilisationen hatten immer über ein gesellschaftliches System Bestand.

Im kapitalistischen System wird alles zur Ware

Einhergehend mit der imperialistischen Globalisierung sind der Mittlere Osten und Mesopotamien zu einem Gebiet großer Ausbeutung geworden. Diese Ausbeutung entwickelte sich vieldimensional und dauert bis heute an. Im kapitalistischen System wird alles zur Ware. Die Region, die den Bedarf nach Rohstoffen deckt, wird mit jedem Tag ärmer und ist zu einem Marktplatz geworden.

Als Resultat dieser Politik haben sich in Mesopotamien als einem Gebiet sozialer Kämpfe starke Netzwerke gebildet und es wurde gegen die Ausbeutung des Menschen und der Natur durch den Menschen und die damit verbundene Degeneration und Vernichtung ein alternativer Prozess gestartet.

Auf der einen Seite steht eine konsumierende Gesellschaft im zerstörerischen kapitalistischen System, die aus der Welt nahezu eine Müllhalde macht, die Gräben zwischen den Völkern verbreitert und die Natur zerstört. Dagegen stehen freiheitliche soziale Bewegungen, die versuchen, eine Alternative zum bestehenden System aufzubauen, die die Widersprüche zwischen Mensch und Mensch sowie zwischen Natur und Mensch sehen, jede Art von Ausbeutung ablehnen und versuchen, eine freie und gleichberechtigte Gesellschaft zu erschaffen ...

Weltsozialforum – Mesopotamisches Sozialforum

Die gegen das bestehende System opponierenden Bewegungen, die sich 2001 in Porto Alegre, Brasilien, trafen und die eine neue Welt fordern, haben mit dem *Weltsozialforum* (WSF) einen politischen Prozess eingeleitet. Das *Mesopotamische Sozialforum* (MSF) sieht sich als Teil dieses Prozesses und erkennt die Prinzipien des WSF an. In diesem Sinne ist es zu einem Kampfnetzwerk von Frauen, Jugendlichen, Armen, Glaubensgruppen und ethnischen Strukturen geworden, die auf der Suche nach einem alternativen System sind.

Dieses Netzwerk vertritt folgende Prinzipien:

- Bewegung nach dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit;
- Meinungs- und Organisierungsfreiheit;
- Schutz historischer und kultureller Existenzen sowie Bewahrung für die kommenden Generationen;
- Bodenschätze und Rohstoffe sollen nicht den übernationalen Firmen

zugutekommen, sondern den wahren Besitzern in der betreffenden Region;
- das Prinzip gesellschaftlicher Gleichberechtigung;
- das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Das *Mesopotamische Sozialforum* hat sich zum Hauptprinzip gemacht, alle gesellschaftlichen Gruppen im Mittleren Osten zu erreichen. Diese Region, das Lebenszentrum fundierter Zivilisationen, hat ihr eigenes System noch nicht bilden und einen gesellschaftlichen Mechanismus, in dem die Völker gemeinsam existieren, noch nicht erschaffen können. Das Sozialforum kann zu einer Plattform werden, auf der die in der Region Lebenden ihre eigenen Probleme diskutieren und ein Solidaritätsnetz mit anderen Völkern weltweit entsteht. Damit kann aus dieser Gegend, in der die verschiedensten Kulturen und Völker miteinander verwoben sind und die daher als Gebiet voller Konflikte und Widersprüche wahrgenommen wird, eine Region der sozialen Bewegungen werden, die sich gegenseitig zur Geltung kommen lassen und einen gemeinsamen Reichtum darstellen.

Die Teilhabenden des Forums formulieren ihre grundlegende Kampfphilosophie folgendermaßen:

Wir werden mit denen Solidaritätsnetzwerke gründen, die Kämpfe führen gegen:

- die Herrschaft des Menschen über die Natur;
- die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, der Weißen über die Schwarzen, des Mannes über die Frau sowie der Großen über die Kleinen;
- alle Formen der Ausbeutung, allen voran die Ausbeutung der Völker;
- die Einstellung, dass Armut ein Schicksal sei und soziale Gerechtigkeit lediglich ein Mittel zur Sicherung des Systems;
- das kapitalistische System, das den Menschen nicht zu einer bedürfnisorientierten Produktion, sondern zu einem wahnsinnigen Konsum animiert, das Profit an die erste Stelle stellt und Menschen und Natur mit Füßen tritt;
- die Kriege um Vorherrschaft, die begonnen werden, um die sinkenden Marktanteile zu erhöhen, neue Märkte zu erschließen, Aufschwung in den Markt zu bringen und die Krise des Kapitalismus zu überwinden;
- die Herrschaftsformen, die dazu dienen, das System zu beschützen und zu verfestigen;
- den Militarismus, der die gesamte Gesellschaft durchdringt.

(aus dem Aufruf zum MSF, 20. Dezember 2008)

Am Sozialforum nehmen Institutionen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und demokratische Massenorganisationen sowie Individuen teil, die ein Netz der Solidarität zwischen den Völkern Mesopotamiens aufbauen wollen und auf der Suche nach einem gemeinsamen Blickwinkel auf die weltweiten Probleme sind. Eine dieser Gruppen ist das InternationaleCamp.

Eines der Ziele des Camps ist es, ein Treffen zwischen den kurdischen, türkischen, assyrischen und anderen Völkern dieser Region mit europäischen internationalistischen AktivistInnen zu gewährleisten. Wie auf anderen Camps und Sozialforen sollen verschiedene Veranstaltungen und Diskussionen stattfinden und darüber ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den in Mesopotamien Lebenden und den als Gäste am Camp Teilnehmenden ermöglicht werden.

Die Geschichte beginnt in Mesopotamien. Es ist die Geschichte der Menschheit. In dieser Region, die zur Bewegung gesellschaftlichen Bewusstseins geworden ist, wird eine Alternative zum System, das auf dieser Welt den Menschen über die neoliberale Politik sozusagen zu einem mechanischen Monster gemacht hat, geschaffen werden. Denn die Geschichte liegt in der Gegenwart verborgen ... ♦



Wichtig: neuer Termin für Camp und MSF

Camp:
25.–30. September

MSF:
28.–30. September

Der Termin vom MSF und somit auch der vom Camp wurden aus organisatorischen Gründen vorverlegt!

weitere Informationen: www.international-amed-camp.org/

Ilisu-Staudamm vorläufig gestoppt – Kampagne konzentriert sich nun auf Türkei

Europäische Kreditversicherung für Ilisu-Staudamm zurückgezogen

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Am 7. Juli 2009 kam die lang ersehnte Nachricht in den europäischen, türkischen und kurdischen Medien: Die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz sind mit ihren Kreditversicherungen für das höchst umstrittene Ilisu-Staudamm- und Wasserkraftwerkprojekt am Tigris ausgestiegen. Damit kann das in vieler Hinsicht destruktive Ilisu-Projekt in der jetzigen Form erst einmal nicht verwirklicht werden, denn ohne Kreditversicherung von ihren Regierungen und darauf basierende Kredite europäischer Banken werden die beteiligten europäischen Unternehmen nicht am Projekt mitbauen können[1]. Zwei Tage später folgten die drei beteiligten europäischen Banken – die deutsche DekaBank, die österreichische Bank Austria und die französische Société Générale – mit ihrem Ausstieg aus dem Ilisu-Projekt. Dieser Ausstieg und vorläufige Stopp des Projekts ist das direkte Ergebnis des sich seit Jahren steigernden Widerstandes der betroffenen Menschen in Türkisch-Kurdistan und auch der anderen Anti-Ilisu-Kampagnen in der Türkei und Europa. Um es hervorzuheben: Nicht aus humanitären oder anderen gut gemeinten Gründen, sondern weil sie erheblich unter Druck gesetzt wurden, haben die drei europäischen Regierungen ihre Kreditversicherungen zurückziehen müssen. Zwar wurde in der offiziellen Begründung der drei für ihre Regierungen arbeitenden Exportkreditanstalten (ECA) erklärt, dass „die Türkei die vertraglich vereinbarten Auflagen im Bereich der Umwelt, Kulturgüter und Umsiedlung nicht genügend erfüllt hat und daher die Grundlage für eine Fortführung des Projekts mit staatlicher Absicherung aus den drei Ländern nicht mehr gegeben ist“.

Zweifellos spielte dieser Aspekt eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung, womit die Gegner des Ilisu-Projekts sich zu Recht intensiv auseinandergesetzt haben. Doch der entscheidende Grund des Ausstiegs – übrigens einmalig in der Geschichte der europäischen Exportkreditversicherungen! – waren die anhaltenden und sich ausweitenden Proteste und das Interesse der Öffentlichkeit. In einer gut funktionierenden Zusammenarbeit schafften es die *Initiative zur Rettung von Hasankeyf*, welche die Betroffenen repräsentiert, und die europäische Ilisu-Kampagne – bestehend aus der deutschen *Gegenströmung*, die österreichischen *Eca-Watch*, der schweizerischen *Erklärung von Bern*, der italienischen *Acquasuav*, den Hamburger und Berliner Hasankeyf-Aktionskreisen und vieler anderer Organisationen und Einzelpersonen in diesen drei und anderen europäischen Ländern –, Menschen zu mobilisieren und die Öffentlichkeit zu überzeugen. Zusätzlich unterstützte die Wirtschaftskrise den Ausstieg, da u. a. die europäischen Regierungen in viele zuvor abgesicherte Projekte wegen deren unsicher gewordenen Verwirklichung einspringen müssen. Auch forderte im Juni die irakische Regierung von den drei europäischen Regierungen die Beendigung der Kreditversicherung für das Ilisu-Projekt, was auch an einem im Frühling 2009 zwischen der Türkei, Irak und Syrien stattgefundenen Streit über die Nutzung des Euphrats, der wegen ausbleibender Niederschläge relativ wenig Wasser führte, lag.

Für die seit Jahren zu Exportkreditversicherungen arbeitenden europäischen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen bedeutet dieser Ausstieg einen wichtigen Meilenstein, höhere Standards für die Vergabe von 10 % der die Außenwirtschaft abdeckenden Exportbürgschaften zu erreichen.

Nun stellt sich natürlich die Frage, wie es denn weitergehen wird, da die türkische Regierung seit Wochen immer wieder erklärt, dass sie das Ilisu-Projekt auf jeden Fall umsetzen will. Diese Frage kann zurzeit niemand genau beantworten, da dies von vielen Akteuren und Faktoren abhängt. Doch können einige Voraussagen getroffen werden.

Zunächst fühlen sich die Betroffenen und AktivistInnen in der Türkei durch diesen Ausstieg in ihren Aktivitäten gegen den Ilisu-Staudamm bestärkt. Aber auch diejenigen Menschen, die gegen andere zerstörerische Talsperrenprojekte kämpfen, schöpfen Mut aus dieser Entwicklung. So agieren sie immer offensiver. Denn endgültig wird über die Natur, Mensch und Kultur zerstörende Projekte in der Türkei entschieden.

Somit verlagert sich die ganze Diskussion nach dem Ausstieg der europäischen Regierungen und Banken auf die Türkei. Allerdings unter der Bedingung, dass die europäischen Unternehmen auch aus dem Projekt aussteigen, was jedoch noch nicht erfolgt ist. Wenn Andritz, Züblin und Alstom im Konsortium verbleiben und eine andere Finanzierung finden sollten, wäre eine intensive Kampagne in Europa gegen diese Unternehmen notwendig.

Wenn die europäischen Unternehmen im Projekt bleiben, werden sie in Europa kaum eine Bank finden, nachdem in den Jahren zuvor auch die schweizerische UBS und Züricher Kantonalbank ausgestiegen sind. Ob sie einen Kredit von türkischen Banken erhalten, ist

unklar, da eine mögliche Kreditversicherung durch die türkische Regierung für die Unternehmen nicht interessant und sicher ist.

Überhaupt ist es angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise sehr schwierig, Kredite für solch fragwürdige Projekte zu erhalten. Wenn doch, dann nur mit einem hohen Zinssatz und durch die Abdeckung mit Kreditversicherungen westlicher Regierungen, was ja jetzt nicht mehr der Fall ist.

Seit Jahren benutzt die Türkei das Argument, dass chinesische Unternehmen am Ilisu-Staudamm-Projekt Interesse zeigen, als Erpressungsmittel gegenüber den europäischen Regierungen und der Öffentlichkeit. Doch Verhandlungen mit diesen Unternehmen laufen zurzeit nicht. Wenn solch ein Prozess doch starten sollte, kann dies noch lange Zeit dauern und noch mehr Proteste in der türkisch-kurdischen Öffentlichkeit hervorrufen. Denn chinesische Unternehmen sind für besonders niedrige Standards bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten bekannt. Aus strategischen Gründen wird die Türkei es sich dreimal überlegen müssen, ob sie chinesische Firmen ins Boot holen sollte. Die USA und die EU wären nicht darüber „erfreut". Es kommt noch hinzu, dass die türkischen Bauunternehmen mit den westlichen Unternehmen im Wassersektor verflochten sind.

Auch wurde von einigen Kreisen spekuliert, dass indische Unternehmen in das Projekt einspringen könnten. Dies erscheint ebenfalls unwahrscheinlich. Auch wenn Unternehmen aus diesen beiden großen Ländern billiger sind, ist die Qualität gegenüber europäischen Unternehmen spürbar geringer. Nordamerikanische Unternehmen werden nach einem Ausstieg sich europäische Unternehmen an solch einem Projekt nicht ihre Finger verbrennen.

Auch der folgende Weg wäre machbar: Die Enteignungen gehen weiter und zwar im gesamten betroffenen Gebiet. Die türkischen Unternehmen bauen erst einmal so weit, wie sie selbst machen können. Die schwierigeren Komponenten des Projekts werden dann in einer Salamitaktik ausgeschrieben und versucht zu realisieren. Hier stellt sich allerdings auch für europäische Unternehmen die Frage nach eine Kreditversicherung.

Ein weiterer Weg wäre: Die ganzen Enteignungen werden durchgesetzt, einige Monumente in Hasankeyf werden versetzt, und dann stellt das bisherige Ilisu-Konsortium einen neuen Antrag auf Kreditversicherung. In diesem Fall würden die europäischen Regierungen keine Auflagen mehr über die Umsiedlung und die Kulturgüter machen. Somit wären deutlich weniger kritische Aspekte zu beachten. In solch einem Fall müssten die Gruppen in Europa sehr schnell reagieren und Öffentlichkeit schaffen.

Wie auch immer die türkische Regierung vorgehen wird, der Widerstand in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan würde anwachsen. Wir hoffen, dass ein Niveau erreicht wird, das eine Umsetzung des Ilisu-Projekts unmöglich macht. Damit dies realisiert werden kann, ist es von größter Bedeutung, dass die Forderung nach Aufnahme von Hasankeyf und des Tigristales in die Liste der UNESCO-Welterbestätten[2] intensiviert wird. Damit lassen sich breite Kreise mobilisieren und es wird eine wichtige Perspektive für die Entwicklung der betroffenen Region, in der zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte Siedlungen gebaut wurden, aufgezeigt. Zweitens ist es wichtig, dass die Betroffenen noch besser informiert werden, wie sie ihre Rechte wahrnehmen können und Widerstand gegen die Umsiedlungsbestrebungen des Staates leisten können. Dies ist die Basis für alle weitere Planungen. Wenn die Betroffenen aktiver werden, wird das mehr andere Menschen mobilisieren. Im gleichen Sinne ist ein Bündnis mit anderen talsperrenkritischen Bewegungen in der Türkei ein Muss.

Die talsperrenkritischen Bewegungen arbeiten seit über einem Jahr immer intensiver zusammen. Zuletzt organisierten sie am 6. Juni 2009 eine gemeinsame Demonstration in Ankara. Die Zeit ist geeignet, dass solch ein Bündnis mit einer Offensive eine neue Wasserpolitik in der Türkei in die Diskussion und die Regierung in Bedrängnis bringt. Während die Ilisu-, Yusufeli-, Allianoi- und Munzur-Talsperrenprojekte ins Stocken geraten sind, sind in der vergangenen Zeit in der ganzen Türkei unzählige neue Talsperren- und Wasserkraftprojekte angegangen worden. In vielen Regionen wird geplant und gebaut. Es stehen noch bis zu 2 000 Projekte an. In der östlichen Schwarzmeerregion sollen Hunderte kleine Wasserkraftwerkprojekte errichtet werden, wogegen sich viele Initiativen bilden. In den kurdischen Provinzen wird auch viel gebaut. So z. B. am Peri-Fluss zwischen Elazığ und Dersim. Neben einem existierenden Staudamm, sollen vier weitere gebaut werden. In Van-Muradiye wird eine mittelgroße Talsperre höchstwahrscheinlich einige Dörfer und die bekannten Wasserfälle von Muradiye zerstören. Am Zap-Fluss, der im Norden Iraks in den Tigris mündet, in Hakkari, sind drei Talsperren in konkreter Planung. Eine besondere Stellung haben elf geplante und teilweise begonnene Talsperren in den Provinzen Şırnak und Hakkari. Ihre Stauseen sollen zur „Aufstandsbekämpfung gegen die kurdische Guerilla" dienen. Auf dem Garzan-Fluss in der Provinz Siirt ist der große Garzan-Staudamm vor Kurzem an ein internationales Konsortium – darunter auch an die österreichische Andritz – vergeben worden.

Anhand dieser Beispiele ist eine Dringlichkeit notwendig. Die talsperrenkritischen Bewegungen müssen schnell handeln, viele zivile Organisationen auf ihre Seite bringen und die Öffentlichkeit mit konkreten Forderungen besetzen. Neben den lokalen und regionalen Auseinandersetzungen brauchen wir auch eine starke und breite türkeiweite Kampagne. ♦

Fußnoten:

1. Im März 2007 haben die deutsche, österreichische und schweizerische Regierung eine (Export-)Kreditversicherung für das Ilisu-Projekt genehmigt. Wegen der Proteste und der öffentlichen Kritik wurden der Türkei 153 Auflagen in den Bereichen Umwelt, Kultur, Umsiedlung und internationale Auswirkungen gemacht.

2. Online unterschreiben unter: http://www.kesfetmekicinbak.com/apps/proposal.ap p/view_m.php/5?ln=de

Der Völkermord an den Tamilen geht weiter, während die Großmächte um strategische Vorteile manövrieren

Die Strategie der Aufstandsbekämpfung

Viraj Mendis, Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V

Der Krieg um die Kontrolle über die 15 000 Quadratkilometer, die zuvor von den ‚*Tamil Tigers*' verwaltet worden waren, war am 18. Mai 2009 von der srilankischen Regierung als beendet erklärt worden. Internen Dokumenten der UN zufolge verursachten im April 2009 Luftangriffe und der Gebrauch schwerer Waffen täglich durchschnittlich den Tod von 116 Tamilen. Nach Berichten der englischen und französischen Presse wurden in den letzten Wochen des Krieges über 20 000 Tamilen getötet. (‘The Times’, ‘Le Monde’ und ‘France 24’ – sämtlich vom 29.05.09). Ungefähr 270 000 Menschen, die zuvor frei unter ihrer eigenen Verwaltung in ihren eigenen Häusern gelebt hatten, vegetieren nunmehr in einem von srilankischen Soldaten betriebenen Lager. Im Gegensatz zu anderen, ähnlichen Lagern für inländische Binnenflüchtlinge (beispielsweise Darfur), ist es den Internierten nicht erlaubt, das Lager zu verlassen. All diese Menschen, vertrieben durch die Militäroperation der srilankischen Regierung, traumatisiert durch die Gewalt des Krieges und um den Verlust geliebter Angehöriger trauernd, werden in diesen von ihren Peinigern eingerichteten und verwalteten Gefangenenlagern festgehalten.

Die Isolation der Menschen in diesen Lagern wird durch das strikte Verbot für Außenstehende, die Lager zu betreten, noch verschärft. Auch Journalisten ist der freie Zutritt verboten. Der britische ‘Channel 4 News’ berichtete am 5. Mai, mit Hilfe versteckter Kameras, von systematischem sexuellem Missbrauch durch die Machthaber in den Flüchtlingslagern – am 10. Mai wurden die berichtenden Journalisten gezwungen, Sri Lanka zu verlassen. Zwar haben Mitglieder des *Internationalen Komitees des Roten Kreuzes* (ICRC) begrenzten Zugang, es ist ihnen jedoch verboten, über ihre gewonnenen Erkenntnisse zu berichten. Trotz der strengen Auflagen der Regierung von Sri Lanka ist es durch die Größe und das Ausmaß dieses Konzentrationslagers unvermeidlich, dass Berichte von Missbrauch und weiteren Leiden der Internierten durchsickern. Ehemänner werden von ihren Frauen getrennt, ebenso Kinder von ihren Eltern. Die britische Zeitung ‘The Guardian’ schrieb über „Tamilen, die, in Internierungslagern gefangen, von der verzweifelten Suche nach ihren Lieben“ berichteten (26.05.09), während BBC von „tamilischen Kindern, die aus Internierungslagern entführt wurden“ sprach (20.05.09). Kürzlich berichteten britische Medien, unter Bezug auf Hilfsorganisationen, dass wöchentlich 1 400 Menschen in den Camps durch vermeidbare Krankheiten und Hunger sterben. Am 16.08.09 berichtete der englischsprachige srilankische ‘Sunday Leader’: „Sintflutartige Regenfälle ließen am Freitag in Vavuniya provisorische Abwasserrohre zerplatzen und zerstörten Rückflussklappen, so dass Tausende von Binnenflüchtlingen (IDPs), die in Menik Farm in Vavuniya interniert sind, (von Abwässern) eingeschlossen sind. Regenwasser gemischt mit Abwässern, Maden und Exkrementen steigt in die Zelte, die 20 000 IDPs beherbergen. Berichte, die ‘The Sunday Leader’ gestern erreichten, sagten aus, dass IDPs aus den Zonen 3 und 4 der Menik Farm besonders betroffen seien, weil schlecht konstruierte Drainagen schwere Überschwemmungen in diesem Gebiet verursachen. Durch die Situation sei Panik entstanden. Die Regierung habe zusätzliches Militärpersonal in das Gebiet entsandt, weil sie befürchte, dass eine große Zahl von IDPs aus den mit Stacheldraht eingezäunten Lagerrn entkommen könnte.“

Der weithin publizierte und international unterstützte Aufruf, dass politische und zivile Verantwortliche der LTTE aus der Kampfzone herauskommen sollten, unbewaffnet und mit weißen Fahnen, führte in allen Fällen zur Exekution derjenigen, die diesem Folge leisteten, durch das srilankische Militär. Ferner ist allgemein bekannt, dass mindestens 10 000 Tamilen in geheimen Lagern ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten werden. Eine Reihe von politischen Anführern und höheren Verwaltungsoffizieren, die sich in der letzten Woche des Krieges bei den Hunderttausenden von Flüchtlingen befanden, wurden ebenfalls vom Militär eingesperrt und werden ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten.

Selbst die regierungsfreundlichen Medien widersprechen nicht der Tatsache, dass die tamilischen Anführer der folgenden Liste zur ‘Befragung’ durch die srilankische Armee gefangen und festgesetzt wurden (vor nunmehr mehr als drei Monaten), ohne Kontakt zu einem Anwalt ihrer Wahl oder zum *Internationalen Roten Kreuz* :

1) **K. V. Balakumaran** (hochrangiger LTTE-Führer; zuständig für die politische Erziehung der LTTE-Kader)

http://www.humanrights.de/doc_en/countries/srilanka/balakumar.html
2) **Subramaniam Shivathai** (Thamilini – Frauenvorsitzende des politischen Flügels der LTTE); siehe Videointerview mit englischen Untertiteln: www.humanrights.de/doc_en/countries/srilanka/tamilini/tamilini_h.wmv
3) **Yogaratnam Yogi**, ebenfalls bekannt als Dilip Yogi (ein früherer politischer Führer der LTTE)
4) **Baby Subramaniyam**, auch bekannt als Ilankumaran (eines der Gründungsmitglieder der tamilischen Widerstandbewegung und hoher politischer Führer der LTTE)
5) **S. Thangan**, auch bekannt als Sudha Master (stellvertretender Anführer des politischen Flügels)
6) **S. Elilan** (politischer Anführer der LTTE/Region Trincomalee)
7) **Lawrence Thilakar** auch bekannt als Lawrence Christy (Planungsdirektor der '*Tamil Rehabilitations Organisation*' – TRO); siehe (auf Englisch): http://www.tamilnet.com/art.html?catid=13&artid=28800 und http://www.tamilnet.com/art.html?catid=13&artid=29182
8) **Elamparuthy** (hochrangiges Führungsmitglied der LTTE)
9) **Mr. Pappa** (Führer der LTTE-Sportabteilung)
10) **Puthuvai Raththinathurai** (Führer des kulturellen Flügels der LTTE)
11) **Sivagnanam Karikalan** (früherer politischer Führer der LTTE im Osten)

Der internationale Propaganda-Schutzschild des Genozids

Die srilankische Regierung begann den Krieg mit dem erklärten Ziel, die tamilische Bevölkerung aus den 'Klauen' der LTTE zu retten, die die Menschen gegen ihren Willen festhalten würde. Unter den heutigen Umständen mag dies lächerlich klingen, aber während des Krieges fand diese Begründung Widerhall in den internationalen Medien. Der größte Propagandasieg, mit dem der Genozid an den Tamilen verdeckt werden sollte, war die Behauptung, die LTTE würde die tamilische Bevölkerung als menschlichen Schutzschild missbrauchen. Diese Verdrehung der Tatsachen, die in Gaza scheiterte, war im Falle der Tamilen im Vanni auf ganzer Linie erfolgreich. Wie konnte Sri Lanka erreichen, woran die israelische Propagandamaschinerie scheiterte?



Mindestens 10 000 Tamilen werden in geheimen Lagern ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten Foto: Viraj Mendis

Tatsächlich war die Propaganda des ‚menschlichen Schutzschildes' nicht für die singhalesische Bevölkerung gedacht. Wie ich bereits im KR 143 erklärt habe, war für die Singhalesen die Argumentation der ultrarechten JHU passend, dass die tamilische Bevölkerung im Vanni eng mit den Kadern der LTTE verbunden war, und dass viele von ihnen Angehörige von LTTE-Mitgliedern waren, dass sie alle die LTTE zu der Kraft aufgebaut hatten, die sie war. Dass die Propagierung des 'menschlichen Schutzschildes' für die singhalesische Bevölkerung irrelevant war, zeigte sich während der letzten Kriegswochen, als die srilankischen Streitkräfte nach fast zwei Jahren intensiver Angriffe plötzlich die siegesreiche Erklärung herausgab, dass sie „nun tatsächlich die tamilische Bevölkerung sehen" könnten. Dies bedeutete natürlich, dass sich während des Fortganges des Krieges etwas zwischen der singhalesischen Armee und der tamilischen Bevölkerung befand – die LTTE. Die Freude der singhalesischen Bevölkerung über diese Mitteilung fußte auf der Erkenntnis, dass die srilankische Armee die Verteidigung der LTTE niedergerissen hat, die bis dahin die tamilische Bevölkerung beschützt hatte.

Wenn es im singhalesischen Bewusstsein eine Unterscheidung von tamilischen Zivilisten und der LTTE geben würde, könnte man erwarten, dass die singhalesische Bevölkerung aufs Schärfste gegen die Internierung der gesamten Bevölkerung des Vanni protestieren würde, nachdem die LTTE zerstört wurde. Als Dr. Nimalka Fernando, ein singhalesischer Anwalt und außergewöhnlich aufrechter Menschenrechtsaktivist, sagte, dass die Tamilen in den Lagern nicht wie 'Kriegsopfer' sondern wie 'Kriegsverbrecher' behandelt werden würden, war die Mehrheit der Singhalesen nicht geschockt – im Gegenteil selbstzufrieden. Ingesamt denken sie, dass die tamilische Bevölkerung, die sich zu einem freien Leben im LTTE-kontrollierten Vanni entschlossen hatte, in solch einem Ausmaß bestraft, gequält und erniedrigt werden müsse, bis ihr Wille komplett zerstört ist.

Die Strategie der Aufstandsbekämpfung

Wie lange wird die singhalesische Bevölkerung von solch einem extremen Standpunkt beherrscht? In der Zeit des Friedensprozesses, der im Jahr 2002 begann, war die Haltung der Singhalesen sicherlich noch eine andere. Sowohl die Singhalesen als auch die Tamilen waren optimistisch, dass der Krieg nicht zurückkehren würde. Die politischen Kräfte wie die JHU, die erneut Krieg

forderten, wurden als extremistische Randgestalten abgetan. Im KR 143 habe ich bereits erklärt, welch wichtige Rolle die USA dabei gespielt haben, diese extremistischen Kräfte ins Machtzentrum Sri Lankas zu katapultieren, und warum sie es taten. Ich möchte diesem Bild ein weiteren Aspekt hinzufügen – die Strategie der Aufstandsbekämpfung.

Die USA, die EU und Japan waren die Mächte, die sich dem von Norwegen vermittelten Friedensprozess in Sri Lanka verpflichteten. Die USA hatten einen klaren Plan zur Aufstandsbekämpfung, der in der ersten Phase als die Denkrichtung der 'Herzen und Köpfe' beschrieben werden kann, um eine revolutionäre Bewegung zu zerstören. Diese Strategie, die in Ländern wie El Salvador (wo die kräftige FMLN nach einer relativ kurzen Periode von Friedensgesprächen neutralisiert wurde) erfolgreich war, bedeutet im Wesentlichen zu versuchen, die Bevölkerung von der Politik der Befreiungsbewegung zu entfernen, während zur gleichen Zeit die – wie es der britische Armeegeneral Frank Kitson nannte – 'wahren subversiven Elemente' selektiv eliminiert werden. In der Theorie wird die Bewegung nach kurzer Zeit ihre revolutionäre Energie verlieren. Im Fall Sri Lankas und der Tamilen funktionierte diese Strategie nicht, da die LTTE im Vanni sehr erfolgreich eine zivile und politische Infrastruktur aufbaute und damit ihre politische Unterstützung der Bevölkerung aufrechterhielt, ohne ihre politischen Prinzipien zu kompromittieren. Es stimmt zwar, dass sogenannte 'Deep Penetration Units' – Spezialkommandos der srilankischen Armee – zahlreiche wichtige LTTE-Führer ermordeten, jedoch ohne der LTTE ernsthaft Schaden zuzufügen.

Auf dem Höhepunkt des Irakkrieges in 2003 – und den strategisch wichtigen Hafen Trincomalee im Blick – wurden die USA der Aufstandsbekämpfungs-Strategie der 'Herzen und Köpfe' eindeutig müde und wandten sich der robusteren, auf Zwang beruhenden Denkrichtung zu. In dieser Strategie wird nicht versucht, die Herzen der Menschen – in diesem Falle der Tamilen – zu gewinnen. Man greift auch nicht gezielt die Befreiungsbewegung an, da die unausweichlichen Kollateralschäden die Menschen in die Hände der Bewegung treiben könnten. Man macht das Gegenteil. Man greift die Menschen an – man übt derart viel Druck auf die Menschen aus – durch Bombardements, Embargos auf Lebensmittel, Wasser und Medizin, um so die Menschen zu zwingen, jegliche Unterstützung für die Befreiungsbewegung abzulehnen. Die Logik dahinter ist, dass die Menschen mit genügend Druck jegliche Selbstachtung, jegliche Prinzipien verlieren und auf ihre grundlegenden tierischen Instinkte reduziert werden. Dann, wenn die Streitkräfte die Menschen auffordern, in ihre Lager zu kommen, wo sie nicht bombardiert werden, ihre Familie in Sicherheit wägen, zu essen bekommen, die Menschen über kurz oder lang gebrochen werden könnten.

Die LTTE wusste natürlich, was kommen würde. Anstatt von den Menschen des Vanni weg und nach Jaffna oder in den Osten zu gehen oder die Insel vorübergehend zu verlassen, entschied sie, die tamilische Bevölkerung, welche die Freiheit geschmeckt hatte, vor dem Schicksal zu beschützen, das sie jetzt ereilt hat. In seiner Essenz wurde diese Wirklichkeit von den Tamilen und auch den Singhalesen verstanden. Die singhalesische JHU verbreitete den notwendigen politischen Ansatz unter den Singhalesen, damit die Streitkräfte die brutale Zwangsmethode der Aufstandsbekämpfung gegen die Tamilen umsetzen konnten. Aber die Gegenwehr der LTTE und der Tamilen machte es notwendig, dass die internationalen Nutznießer dieser Brutalität geschützt sind, während die schrecklichen Angriffe gegen die tamilische Bevölkerung ungehindert durchgeführt werden. Aus diesem Grunde erhielt die Propaganda, dass die „Tigers die tamilische Bevölkerung als menschliches Schutzschild“ benutzen würden, wie es von der in New York ansässigen NGO *Human Rights Watch* vehement vertreten wurde, eine äußerst wichtige Bedeutung. Die Kraft dieser Propaganda war derart, dass die meisten Medien sie unhinterfragt ohne Beweise wiederholten und selbst solche Kommentatoren hineingezogen wurden, die als progressiv und unabhängig bekannt sind. Als die strategische Wichtigkeit der Insel denjenigen Kräften klarer wurde, die in Opposition zu den USA die Interessen Chinas unterstützen, begannen sie, offen das srilankische Regime zu unterstützen – um in einer Zeit nach der LTTE einen Vorteil für China zu erreichen. Durch diesen Umstand können wir heute an dem ungewöhnlichen Schauspiel teilhaben, dass Kuba die Position des srilankischen Regimes im UN-Menschenrechtsrat vertritt. ♦

Für weitere Informationen:
www.humanrights.de



20 000 Tamilen, interniert im Lager Menik Farm in Vavuniya Foto: Viraj Mendis

Verstoß gegen die Residenzpflicht – acht Monaten Haft

Freiheit für Felix Otto! Abschaffung der rassistischen Sondergesetze!

Zusammenstellung von der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Felix Otto, politischer Flüchtling aus Kamerun, befindet sich seit März in Gefangenschaft. Er wurde wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht zu acht Monaten Haft verurteilt.

Bereits zuvor war Felix Otto zu mehreren hundert Stunden Zwangsarbeit verurteilt worden: „Im Jahr 2004 hat man von mir verlangt 660 Stunden Zwangsarbeit zu leisten. Ich schuftete in der Küche des Landratsamtes Schleiz und wurde dafür nicht bezahlt. Diese Arbeit hat man mir aufgebürdet, nur weil ich mein natürliches Recht auf Bewegungsfreiheit wahrgenommen habe. Wie kann ein Mensch vier, fünf, sechs oder mehr Jahre in einem Landkreis eingesperrt sein, ohne verrückt zu werden. Im Jahr 2005 wurden mir 330 Arbeitsstunden auferlegt, nur weil ich den Landkreis Schleiz verlassen habe. Im Jahr 2007 wurde ich in Töpen, das nur einen Kilometer von meinem Heim liegt, aber schon in Bayern, im Auto eines Freundes von der Polizei angehalten." Für unerlaubtes Verlassen des Landkreises hält Deutschland ungeachtet des Menschenrechts auf Bewegungsfreiheit Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis bereit.

Breiter Protest hat sich mittlerweile gegen die Inhaftierung von Herrn Otto und gegen die Residenzpflicht als Instrumentarium der Kriminalisierung von Flüchtlingen entwickelt. Initiiert wurde von der Flüchtlingsorganisation *The VOICE Refugee Forum*, in der Herr Otto selbst Mitglied ist, und unterstützt von der *KARAWANE* eine Solidaritäts- und Protestkampagne.

Während das thüringische Innenministerium hunderte Protestbriefe mit der Forderung nach Freilassung von Felix Otto erhielt, bereitet die Ausländerbehörde im Saale-Orla-Kreis jetzt eine Abschiebung von Herrn Otto nach Kamerun vor. Nachdem Herr Otto mehr als die Hälfte der Strafhaft für sein Recht auf Bewegungsfreiheit abgemacht hat, hat die Ausländerbehörde jetzt zusätzlich Abschiebehaft beantragt.

Felix Otto ist vor der gewalttätigen und unberechenbaren Herrschaft von Präsident Biya geflohen. Seit 1982 wird das Land von Biya und seinen Leuten regiert. Der Weg von der Alleinherrschaft zum „Mehrparteiensystem" unter Kontrolle der Regierungspartei – ähnlich der Transformation der togoischen Diktatur unter der Eyadema-Familie – hat an der brutalen Unterdrückung tatsächlicher Opposition, den systematischen Menschenrechtsverletzungen und der Gewalt gegen Proteste der verarmten Bevölkerung nichts geändert.

Die Abschiebung muss unbedingt gestoppt werden, andernfalls ist sein Leben in großer Gefahr.

Bitte unterstützen Sie die Briefkampagne!
Musterbrief zum Download und weitere Informationen unter:
www.thevoiceforum.org und
www.thecaravan.org

Solidaritätsgrüße an Felix Otto bitte an:

Herr Felix Otto, z. Zt. JVA Suhl-Goldlauter, Zellaer Str. 154, 98528 Suhl-Goldlauter
(es dürfen maximal 10 Briefmarken einem Brief beigelegt werden)

Die Organisation von Flüchtlingen in Deutschland, „The VOICE Refugee Forum", hat, um der Ignoranz gegenüber dem staatlich angeordneten Rassismus in Deutschland und der Ignoranz gegenüber den Kontinuitäten des kolonialen Unrechts entgegenzutreten, ein längeres Positionspapier unter dem Titel „Weshalb Felix Otto im Gefängnis ist: Eine Abhandlung über koloniales Unrecht und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Deutschland" (http://thevoiceforum.org/node/1342) veröffentlicht.

Ein Teil davon ist hier dokumentiert:

„ ... Konkreter sieht eine vereinfachende Geschichte so aus:

X riskiert alles und macht eine schwierige Reise nach Deutschland im Versuch zu überleben und auf der Suche nach dem Recht auf Leben. Sobald er das Land betreten hat, werden von ihm Fingerabdrücke genommen und evtl. wird er verhaftet, bis er einem Flüchtlingslager zugeteilt wird (einer Art Open-Air-Gefängnis) irgendwo in Deutschland. Oft sind solche Lager in alten Armeekasernen der ehemaligen ostdeutschen Volksarmee isoliert mitten im Wald untergebracht.

Ohne die Erlaubnis zu arbeiten und bar jeder Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen, sagt man X, dass er in dem ihm zugewiesenen Kreis zu bleiben hat, bis sein Asylverfahren beendet ist, und dass er diesen nicht ohne vorherige Erlaubnis der Behörden verlassen darf. Wo X lebt, ist niemand sonst aus

seinem Land. Man gibt ihm Lebensmittelgutscheine statt Bargeld, um alle Nahrungsmittel zu kaufen. Schon traumatisiert, weil er gezwungen war, Familie und Freunde zurückzulassen und die gefährliche Reise zu einem unbekannten Land zu machen, bekommt X schwere Depressionen.

Schließlich gelingt es ihm, Kontakt zu Leuten aus seinem Land herzustellen, die in einer anderen Stadt leben, welche ihn einladen, um sie ein paar Tage zu besuchen und sich zu erholen und mal aus dem Lager herauszukommen. Um nicht seinen Asylantrag zu gefährden, geht X zur Ausländerbehörde um eine Erlaubnis zu beantragen, seine Freunde zu besuchen. Weil ihm keine Gelegenheit gegeben wurde, Deutsch zu erlernen, ist er in der Möglichkeit, sich mit den Fallbearbeitern zu verständigen, extrem behindert, ihm wird nicht geholfen, weil die Sachbearbeiter in der Behörde darauf bestehen, dass nur Deutsch gesprochen werden muss (auch wenn er eine der kolonialen Sprachen wie Französisch, Englisch oder Spanisch spricht).

In einem barschen Ton und mit vielen Worten, die X nicht verstehen kann, wird ihm klargemacht: Er ist kein Tourist in Deutschland, sondern ein Asylsuchender. Folgerichtig kann er keine Freunde besuchen, eine Erlaubnis bekommt er bloß in einem Notfall oder um einen Rechtsanwalt aufzusuchen, er soll gefälligst die Behörde verlassen um nicht seinen Asylantrag aufs Spiel zu setzen.

Wie auch immer, X hält die Monotonität des Open-Air-Gefängnisses nicht länger aus, die Beschimpfungen durch das Personal, das dort arbeitet, die schweren Depressionen all der anderen „Open-Air-Gefangenen“. Er entscheidet sich, lieber zu gehen und seine Freunde zu besuchen, als an solch einem schrecklichen Ort wahnsinnig zu werden. X macht seine erste Reise aus seinem Kreis, ahnungslos was ihn erwartet.

X kommt an der ersten Bahnstation an, wo ihm 5 Minuten bleiben, seine Verbindung herauszusuchen. Stimmen erschallen aus dem Lautsprecher, die einen unverständlichen Wortschwall ausspucken. X ist verwirrt und versucht, jemanden um Hilfe zu bitten, aber er trifft nur auf hasserfüllte Blicke. Weil er nicht weiß, was er machen soll, geht er den Bahnsteig entlang, um in die Vorhalle zu gelangen, um den Anschlusszug herauszufinden. Überall sind Leute und er geht die Treppe hinunter, als er plötzlich zwei Polizeibeamten gegenübersteht. „Ausweis!“ X versteht nicht, was man zu ihm sagt, noch weshalb sie so überaus aggressiv sind. „Ausweis“ Gib uns deinen Passport.

X ist verängstigt und weiß nicht, was er machen soll. Er denkt, dass sie seine Papiere sehen wollen, aber er ist nicht sicher warum. Er hat nichts Schlechtes getan. Der Zug ist voller Leute und alle starren ihn an. X übergibt schließlich seine deutschen Identitätspapiere (sein Pass war ihm von der Ausländerbehörde abgenommen worden, als er in Deutschland eintraf) und nach wenigen Minuten wird er in ein Polizeiauto gesteckt, wo er auf seinen nächsten Zug wartet. Er wird seine Freunde nicht besuchen. Er wird in sein Open-Air-Gefängnis zurückgebracht, wo ihn eine Bestrafung erwartet, weil er den ihm zugewiesenen Kreis verlassen hat.

Xs Asylantrag braucht einige Jahre. In dieser Zeit wird die Routine lediglich aus Essen und Schlafen unerträglich. X macht einige Ausflüge außerhalb des Kreises, er fragt nicht mehr nach einer Erlaubnis nach so vielen Ablehnungen. Obwohl er nur selten verreist, hat sich die Strafe, die er für das „Verbrechen“ zu zahlen hat, das Lager zu verlassen, auf mehrere hundert Euro aufsummiert. Ihm ist nicht erlaubt zu arbeiten, er muss von 40 Euro Bargeld im Monat leben und hat nun zwischen Zwangsarbeit im Lager oder Gefängnis zu wählen.

Nach einigen solchen Jahren ist sein einziger Aufenthaltsstatus „geduldet“, was bedeutet, dass er nur so lange toleriert wird, bis man seine Abschiebung arrangiert hat. Die deutsche Regierung stellt fest, dass sein Asylantrag „offensichtlich unbegründet“ ist, und dass es für ihn sicher sei, nach Hause zurückzu-

Stoppt die Abschiebung von Felix Otto nach Kamerun!

Schluss mit der Kriminalisierung durch Residenzpflicht!

Seit über viereinhalb Monaten sitzt Felix Otto, Aktivist der Flüchtlingsorganisation „The Voice Refugee Forum“, in der JVA Suhl-Goldlauter eine Gefängnisstrafe wegen Verletzung der sogenannten Residenzpflicht ab. Sein Vergehen: sich außerhalb des Landkreises, dem er durch die deutschen Behörden zugeteilt worden ist, aufgehalten zu haben.

Jetzt forciert die zuständige Ausländerbehörde in Schleiz/Saale-Orla-Kreis Thüringen seine Abschiebung nach Kamerun: Die Strafhaft für Felix Otto wegen Residenzpflicht-Verstoß wurde umgewandelt in Abschiebehaft. Die Ausländerbehörde hat bei der Botschaft von Kamerun ein „Heimreise“-Passersatzdokument besorgt, das bis zum 3. September gültig ist. Wir müssen damit rechnen, dass die Behörden alles versuchen werden, innerhalb dieser Zeit die Abschiebung zu vollstrecken. Das heißt: Felix Otto ist gerade jetzt, bis zum 3. September, akut von Abschiebung bedroht. Das wollen wir nicht zulassen – Schluss mit dem Unrecht gegen Felix Otto!

Wir rufen deshalb für Montag, 17. August, auf zu einem geballten, koordinierten Telefon- und Fax-Protest an das Innenministerium von Thüringen und an die Ausländerbehörde Schleiz. Beschickt die verantwortlichen Stellen ununterbrochen mit Faxen und ruft dort ständig an, auf dass die Leitungen zusammenbrechen! Fordert den sofortigen Stopp der Abschiebung und die sofortige Freilassung für Felix Otto!

http://thecaravan.org

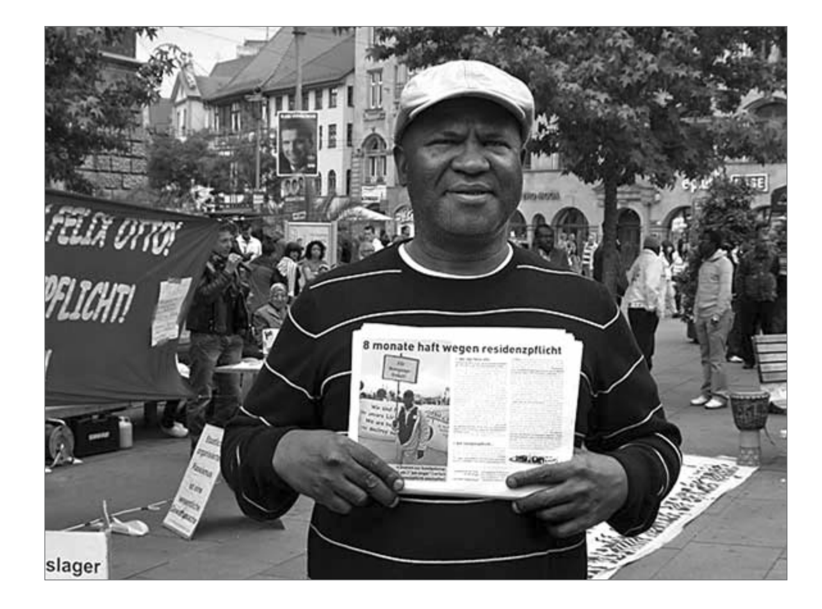
kehren. Am Ende hat X viele Jahre seines wertvollen Leben umsonst verloren. Während der gesamten Zeit in Deutschland war es X nicht erlaubt zu arbeiten oder zu lernen. In Handschellen und begleitet von zwei Polizeibeamten wird X gewaltsam in sein Land zurückgebracht ohne einen Cent Geld auf ewig verwundet durch das Trauma seiner inhumanen Behandlung im demokratischen Deutschland.

Die doppelte Moral westlicher Gesellschaften, die Menschenrechte proklamieren und Antidiskriminierungsgesetze auf den Weg bringen, stehen in krassem Widerspruch zur Realität der weiteren Fortführung von Misshandlungen an Menschen der kolonisierten Welt, so als seien sie Untermenschen, die mehr als 500 Jahre nach der Ankunft der europäischen Kolonialismus immer noch nicht dieselben Rechte verdienen, wie sie den Kolonialherren zugestanden werden.

Zur selben Zeit provoziert die unglaublich rassistische deutsche Politik eine Situation, in welcher sich die Gesellschaft immer mehr vom Recht entfernt und Millionen von Menschen wie Felix Otto eine klare Botschaft präsentiert wird: Du bist hier nicht willkommen. Wenn du bleibst, werden wir dich bestrafen und zerstören, bis du entweder gehst oder wir dich hinauswerfen.

Wir sind alle, ohne Ausnahme, das Produkt eines brutalen Systems der Ausbeutung und Unterdrückung, welches unser Leben und unsere Psyche prägt. Wir sind alle an diese Ketten des Horrors entfesselter Sklaverei und Kolonialherrschaft gebunden, von denen wir noch immer nicht frei sind. Niemand ist frei von ihnen, wir sind an diesen Horror nur von unterschiedlichen Positionen aus angebunden.

Wie unterschiedlich die Perspektiven auch sein mögen, bis wir uns selbst damit konfrontieren, mit unseren Positionen an diesen Ketten und dem kompletten unnötigen menschlichen Elend, welches diese verursachen, bis wir uns wirklich vereinigen an beiden Enden der Ketten und trotz der Widrigkeiten unser Bestes tun, diese zu brechen, werden wir weiter das Verhältnis von Aggressor und Opfer fortführen, von Kolonisierer und Kolonisierten. In der Zwischenzeit wird nicht nur Felix Otto im Gefängnis bleiben. Ihm werden Tausende Menschen wie er folgen.



Solidaritätskundgebung am 30. Mai in Erfurt für die Freiheit von Felix Otto
Foto: Thomas Kriska | http://www.umbruch-bildarchiv.de

Wo anfangen?
Freiheit für Felix Otto

Felix Otto muss freigelassen werden. Jeder Tag, den er im Gefängnis verbringt, ist nicht nur ein Tag, der ihm von seinem Leben geraubt wird sondern auch ein Tag, an dem die Ketten, an die er gezwungen ist, an unserer kollektiven Seele nagen. Seine Inhaftierung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und, weil dieses inhumane deutsche Gesetz nur auf Nicht-Weiße angewendet wird (und in manchen Fällen auf Osteuropäer, die traditionell als minderwertig angesehen wurden), kann und muss als ein rassistisches Verbrechen charakterisiert werden, m. E. als ein Verbrechen basierend auf der Hautfarbe einer Person.

Seine Verhaftung ist unvereinbar mit jeglicher demokratischer oder rechtsstaatlicher Maßnahme eines Landes, das die Menschenrechte respektiert. In der Tat erzwingt die deutschen Regierung rassistische Strategien mit der Absicht, es legal und akzeptabel zu machen, Polizeikontrollen an Menschen vorzunehmen, deren Aussehen es nahelegt, dass sie dieses entsetzliche Gesetz verletzen, m. E. also alle nicht-weißen Leute, im Besonderen Schwarze.

Statt vorwärts zu gehen in eine neue Ära, in welcher die Last der Sklaverei und des Kolonialismus eine wichtige Erinnerung an Menschenrecht und Barbarei sind, machen uns Strategien wie die Residenzpflicht die schmerzhafte Wahrheit klar, dass diese Mentalität und diese Praktiken nie geendet haben, dass sie sich nur gewandelt haben.

Wie lange werden wir dem erlauben, so weiterzugehen?“ ♦

KPLANETK

7 June / 22 November 2009

Der kurdische Planet im Planet K

Deniz Derya, ANF News Agency, Venedig

Die kurdischen KünstlerInnen, die erstmalig an der Biennale in Venedig teilnehmen, präsentieren ihre Werke unter dem Projekt „Planet K" (Planet Kurdistan). Planet K ist, wie in der Beschreibung des kurdischen Pavillons zum Ausdruck gebracht wird, ein Laboratorium mit kulturellen und politischen Aspekten. Es ist ein Atelier, in dem Werke zu den Themen Sprache, Identität und Grenzen ausgestellt werden.

Der italienische Kurator Emiliano Gandolfi hat für die 53. Internationale Kunstbiennale von Venedig 13 kurdische KünstlerInnen aus verschiedenen Regionen und Kulturen ausgewählt.

Bei der Biennale „Making Worlds" werden seit dem 7. Juni die Werke kurdischer KünstlerInnen in der alten Kirche San Leonardo ausgestellt.

Im Projekt Planet K wird Identität als Gedächtnis von Krieg und Flucht interpretiert. Azad Nanakeli, in Hewler geboren und in Florenz lebend, stellt seit einigen Jahren in seinen Werken den Identitätsverlust in den Vordergrund. Die Videopräsentation Nanakelis in Venedig weist auf das Gefühl der „Fremdheit" hin, das sich im Exil verstärkt.

Ilter Rezan, der in Dersim geboren wurde und in Deutschland lebt, interpretiert im Rahmen der eigenen Erfahrungen mit seinen Fotos die Themen Verfolgung, Flucht, Leben im Exil und Entfremdung von den eigenen Wurzeln.

Baldin Ahmet, der in Bagdad, Florenz und Bologna gelernt hat, lebt seit 19 Jahren im holländischen Utrecht. In einer Reportage erzählt er davon, dass er, nachdem er sein mit Schnee bedecktes Heimatland verlassen hat, das wilde Blau der Ägäis, die Schönheit der toskanischen Hochebenen und den grauen Himmel Hollands kennengelernt hat.

Der 47-jährige Keramikkünstler Rebwaar Saeed ist der Meinung, dass Grenzen Länder nicht abgrenzen, sondern spalten. Er gibt der Keramik sowohl Form als auch Verzierung. Auf der Oberfläche stechen gerade und gewellte Linien ins Auge. Die Bedeutung, die er diesen Linien beimisst, hat sich in den Kindheitsjahren entwickelt. „Die Linien hatten für mich immer eine besondere Bedeutung. Ich habe als Kind gemerkt, dass die Grenzen meines Heimatlandes besetzt wurden."

Walid Siti, der in London im Exil lebt, zeichnet Berge. Diese stellt er als Pyramide, als Zelt oder als Hütte dar. Sie sind für Menschen, die zum Leben im Exil gezwungen wurden, ein Ort der Zuflucht.

Ein anderes von den kurdischen KünstlerInnen angesprochenes Thema ist die Sprache. Diese ist in Ländern, in denen der mündliche und schriftliche Gebrauch der kurdischen Sprache verboten ist, eine Form des Widerstandes. Aber diese Sprache vermittelt auch eine Friedensbotschaft. Die Eröffnungsansprache, die den Aspekt der Sprache auf der Biennale thematisiert hat, wurde – im Vorfeld der Kommunalwahlen in Italien – vom Bürgermeister Venedigs, Massimo Cacciari, und Leyla Zana gehalten. Bei dieser Veranstaltung wurden die jahrelangen Schwierigkeiten dargestellt, die eigene Sprache nicht gebrauchen zu dürfen, was insbesondere die in der Türkei lebende kurdische Bevölkerung betrifft.

Diejenigen, deren Weg nach Venedig führt, können mit der alle 15 Minuten neben dem Bahnhof startenden Straßenbahn auf einer 20-minütigen interessanten Reise die verschiedenen Ausstellungsorte erreichen.

Die von den kurdischen KünstlerInnen für das Projekt Planet K entwickelten Werke warten auf ihre BesucherInnen. Wie der italienische Theaterkünstler Dario Fo und seine Frau Franca Rame betonen: „Eine historische Gelegenheit", die man nicht verpassen sollte. Alle Ausstellungen sind bis zum 22. November geöffnet. ♦

http://www.planetk.org/

Eine Betrachtung der kurdischen Bewegung im Film

Norden oder Süden

Aydın Orak, ANF News Agency, Istanbul 05.07.2009

Der Journalist Berzan Iso hat seinen Dokumentarfilm „Norden oder Süden", der von der kurdischen Freiheitsbewegung handelt, fertiggestellt.

Der Regisseur greift darin die weltweite Kritik an der kurdischen Freiheitsbewegung auf und erklärt: „Aussagen wie z. B. 'Waffen sind keine Lösung', 'in der jetzigen Welt kann keiner seine Rechte mit Waffen gewinnen', 'der Krieg muss aufhören', 'die kurdische Freiheitsbewegung in Nord-Kurdistan ist der Grund für so viele Menschenrechtsverletzungen', 'weil sie den bewaffneten Kampf gewählt haben, sind sie Terroristen', 'Separatisten', 'sie wissen nicht, was sie wollen', 'sie entwickeln kein Lösungskonzept', sind weit weg von der Realität. Die Bewegung wurde auch von einem Teil der kurdischen Bevölkerung kritisiert. Ein wichtiger Grund für diejenigen KurdInnen, die sich nicht an der Freiheitsbewegung beteiligt haben, ist die ideologische Kritik der kurdischen Bewegung. Diesbezüglich hat die Propaganda-Behauptung, die Bewegung sei gegen Religion, einen wichtigen Einfluss gehabt."

Iso sagt: „Demzufolge hätte die kurdische Freiheitsbewegung im neuen Jahrhundert – wie im Aufstand von Scheich Said zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts – eine religiöse Ideologie wählen müssen." Ein Teil der KurdInnen sei unparteiisch geblieben, ein anderer Teil habe sich auf die Seite des Staates gestellt; letztere seien vor allem die „Dorfschützer" geworden. Der Regisseur weist darauf hin, dass die Auswirkungen der Repression, Assimilation und Unterdrückungspolitik in den kurdischen Gebieten als Grund dafür nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Mit dem Film soll gezeigt werden, wie die kurdische Freiheitsbewegung in einer solchen Region entstanden und größer geworden ist und einen Großteil der kurdischen Bevölkerung überzeugt hat. Er zeigt, unter Berücksichtigung der o. g. Kritik, die ideologische Entwicklung und die Kampfstadien und versucht, die Realität dieser Bewegung zu erfassen und darzustellen.

Iso: „Die Auseinandersetzung mit meiner Realität und der meines Volkes hat mich gezwungen zu handeln, und so begann ich den Dokumentarfilm." Er fährt fort: „In meiner Umgebung trösten sich die meisten Jugendlichen mit banalen Geschichten. Manche versuchen, dies mit finanziellen Problemen zu begründen, andere klagen über die fehlende Unterstützung durch kurdische Institutionen. Ich war der Überzeugung, irgendwo anfangen zu müssen, um nicht den gleichen Fehler zu begehen." Zunächst einmal arbeitete Iso bei einer Zeitung. Er war der Überzeugung, dass die KurdInnen und die kurdische Bewegung stärker die Aufmerksamkeit der ausländischen Presse erreichen müssen.

Mit Unterstützung eines Institutes im Ausland drehte er einen Dokumentarfilm über die KurdInnen in den Dörfern. Dies sei eine erfolgreiche Erfahrung für ihn gewesen. Er habe sich daraufhin entschlossen, den kurdischen Kampf im Norden in einer zweiten Dokumentation darzustellen. Mit wenigen Eigenmitteln begann Iso mit den Dreharbeiten: „Auch wenn mir nur wenige Möglichkeiten zur Verfügung standen, habe ich immer daran geglaubt, es zu schaffen. Sowohl beim ersten als auch bei diesem Dokumentarfilm habe ich die Montage selbst übernommen."

Berzan Iso, Student im Fachbereich Internationale Beziehungen, fasst die Schwierigkeiten, den kurdischen Freiheitskampf und seine Absichten darzustellen, in folgenden Sätzen zusammen: „Da die kurdische Freiheitsbewegung selten Thema von Dokumentarfilmen ist, kann man auch mit eingeschränkten Mitteln viel erzählen. Vor allem im Norden wurde über die KurdInnen ein Embargo verhängt. Es wurden tausende kurdische DorfbewohnerInnen getötet, hunderte Dörfer entvölkert, und hunderttausende BewohnerInnen mussten in andere Gebiete flüchten. All diese Menschenrechtsverletzungen und die Realität des Krieges wurden in der ausländischen und türkischen Presse nicht thematisiert. Ganz im Gegenteil, der Staat hat gegenüber der ausländischen und eigenen Presse die selbst begangenen Menschenrechtsverletzungen und Tötungen den KurdInnen angelastet. Wir müssen daher den kurdischen Freiheitskampf mit allen wahren Hintergründen darstellen. Unvollständige Aspekte müssen wir benennen und kritisieren."

Iso sucht in seinem Film Antworten auf folgende Fragen: „Haben die KurdInnen im Norden keine demokratischen Wege gesucht? Hatten sie eine andere Wahl, als zur Waffe zu greifen? Besteht diese Notwendigkeit noch heute? Gibt es Lösungsprojekte? Wie viele Opfer hat es gegeben? Was hat die türkische Presse gemacht, um die Wahrheit zu vertuschen? Da in der Türkei die Medien die Wahrheit unterdrücken, kennt die türkische Bevölkerung die Realität nicht; so erhält der Krieg seine Legitimität. Die türkische Bevölkerung glaubt den staatlichen Medien, und die kurdische Presse spielt in der türkischen Gesellschaft keine Rolle. Daher habe ich bei diesem Film als Zielgruppe eher an die anderen Volksgruppen und nicht an die Kurden gedacht." Iso wird sich um die Ausstrahlung des Filmes im Ausland bemühen. Denn die TürkInnen und der türkische Staat nehmen Dokumente, die im Ausland die Verhältnisse im Inland darstellen, ernster. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch



Verteidigungsschriften
Urfa – Segen und Fluch einer Stadt
Abdullah Öcalan
Mezopotamien-Verlag
Herausgeber:
Internationale Initiative
„Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan“

aus dem Vorwort des Herausgebers:
Urfa, Abdullah Öcalans Heimatregion, kann als Mikrokosmos Kurdistans und des gesamten Mittleren Ostens gelten. Hier leben, arbeiten und handeln Kurden, Türken, Araber, Turkmenen, Armenier und Assyrer seit Jahrhunderten miteinander und scheinen so der Vorstellung, es könne im Mittleren Osten „ethnisch reine“ Nationalstaaten geben, Hohn zu sprechen. ...
In „Urfa – Segen und Fluch einer Stadt“, ... schlägt Öcalan einen weiten Bogen von den Anfängen menschlicher Zivilisation in Urfa bis in dessen Gegenwart und versucht, demokratische Zukunftsperspektiven für die Region zu formulieren. ... ISBN: 3-931885-94-1

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Collage zum 15. August in Eruh, Foto: DIHA

Rückseite:
17. Internationales Festival “Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan“

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

17. internationales a navnetewî

FESTÎVAL

"Freiheit für Abdullah Öcalan
Frieden in Kurdistan"

Rêbertiya Azad
Nasnameya Azad
Demokratiya Xweser

12.09.2009
GELSENKIRCHEN

Trabrennverein,Nienhausenerstr. 42,45883 Gelsenkirchen

Org: YEK-KOM e.V.
Graf-Adolf-Str. 70a, 40210 Düsseldorf
Tel:+49 211 17 11 451,Fax:+49 211 17 11 453
www.yekkom.com, info@yekkom.com